

DIE STELLUNGNAHME DER KOMINTERN  
UND DER KPČ ZUR FRAGE DER DEUTSCHEN IN  
DEN SUDETENLÄNDERN

*Von Rudolf Hilf*

*Der Marxismus und die nationale Frage*

Zu wissen „was die Welt im Innersten zusammenhält“, diese uralte Menschheitsfrage glauben die Marxisten gelöst und beantwortet zu haben. Sie sind dabei selbst Produkt einer europäischen geistigen Entwicklung und Geschichte, die vom gnostischen Weltbild und dem christlichen Heilsschema über die diversen Formen des Humanismus bis in den Materialismus unserer Tage reicht.

Unbestreitbar ist, daß der Marxismus die im 19. Jahrhundert einsetzende und die Gesellschaftsstruktur verändernde technische Revolution — wenn auch nur von einer Seite her — intensiver erfaßt und in Rechnung gestellt hat als andere philosophische Richtungen. Er hat auch die nach dem Zerfall der Dynastien und übernationalen Reiche sich bildende bürgerliche und nationale Enge zu überwinden versucht. Er tat dies allerdings unter dem begrenzten Blickwinkel des historischen Materialismus, nach dem sich die Geschichte nur als der Kampf der Klassen um die Produktionsmittel darstellt, der zudem im Sinne des Fortschrittsglaubens, analog der christlichen Heilsgeschichte, vorbestimmt wäre, in einer alle Völker umfassenden klassenlosen Gesellschaft — dem säkularisierten Gottesreich der christlichen Endzeit — zu münden.

Wenn die Geschichte lediglich als Klassenkampf aufgefaßt wird, so ist es logisch, daß alle anderen Werte und gewachsenen Formen den daraus entspringenden Erfordernissen untergeordnet und gegebenenfalls negiert werden können. Die Klasse geht quer durch die Völker und Rassen. So wie sie unerbittlich Klüfte aufreißt, so überbrückt und beseitigt sie auch andere, zumindest in der Theorie. Am Beispiel der kommunistischen Politik gegenüber den Sudetendeutschen läßt sich allerdings auch das Versagen dieser Auffassung oder der sie vertretenden Menschen verdeutlichen.

Für den Marxismus stellt die Nation keinen Wert an sich dar. Sie ist ein Durchgangsstadium der Geschichte. Nation und Nationalismus werden ausschließlich in ihrem „Klassencharakter“ begriffen. Das bedeutet nicht, daß man das nationale Moment immer und überall ablehnt und bekämpft. Im Geschichtsbild des historischen Materialismus hat es seinen legitimen Platz auf einer bestimmten Entwicklungsstufe.

Von seinem fortschrittsgläubigen und revolutionären Standort her urteilt der Marxist ganz verschieden über Nation und Nationalismus. Er wird beides dort bejahen, wo es gilt, die alten vorkapitalistischen „feudalen“ Formen zu zerbrechen und er wird beides dort verneinen, wo nach seiner Auffassung der Schritt zum „proletarischen Internationalismus“ getan werden muß. Soweit die Theorie. In der Praxis der Geschichte jedoch bestimmen Machtstrukturen und ihre Interessen über die Anwendung dieser oder jener Lehrsätze.

Im Gang der Geschichte ergeben sich unvermeidlich Widersprüche zwischen der absoluten, feststehenden „Wahrheit“ und der sich ständig verändernden lebendigen Wirklichkeit. Wenn wir bei den überkommenen Fortschrittsbegriffen bleiben, so zielt, bildlich gesprochen, die revolutionäre Entwicklungslinie nach „links“. Ganz links steht die Utopie der Endzeit, rechts davon „the dark and bloody ages“, nur durch ein paar Propheten sporadisch erhellt. In der Gegenwart der Politik, auf die der Marxist das gleiche Schema anwendet, erstreckt sich der Spannungsraum vom „rechten Opportunismus“ bis zum „linken Sektierertum“. Den Akzent setzt die momentane politische Zweckmäßigkeit. Es kann für den Praktiker der kommunistischen Linie erforderlich sein, sich irgendwelchen Gegebenheiten der Wirklichkeit anzupassen — das bedeutet dann, einen „Rechtskurs“ einschlagen. In einem solchen Fall hemmt allzuviel Dogmatismus. Diejenigen, die das Dogma dann über die momentane Notwendigkeit stellen, werden als „Linksabweichler“ kritisiert oder gar als „Linkssektierer“ verdammt. In dem Wort Sektierer liegt der Tadel, den Kontakt mit der Wirklichkeit der Geschichte verloren zu haben. Umgekehrt: setzt die Zentrale den Kurs auf revolutionäre Aktion, also nach „links“, so kommen die Dogmatiker zu Ehren, man glaubt die Wirklichkeit verändern zu können und alles was dann innerparteilich bremst, wird der „Rechtsabweichung“, des „Rechtsopportunismus“ und „Revisionismus“ bezichtigt.

Die Einstellung der Kommunisten zur nationalen Frage bewegt sich innerhalb dieser Begriffe. Von der Theorie her will man über die Nation hinaus, nach „links“, zur internationalen Klassensolidarität. Zu starke Betonung des nationalen Faktors trägt für den Kommunisten immer ein „opportunistisches“ Element in sich. Die Gefahr besteht, daß der linke Klassenkampf zugunsten einer „rechten“ nationalen Gemeinschaft zu kurz kommt; andererseits schließt ein „linkes“ internationalistisches „Voraus-eilen“ das Risiko ein, den Kontakt mit den Massen zu verlieren und im „nationalen Nihilismus“ zu enden. In der KPČ ergab sich ein prächtiges Beispiel für beide Abweichungen, wobei die Sudetendeutschen links, die Tschechen rechts standen, wie noch zu zeigen sein wird.

Ohne diese Grundbegriffe ist die Einstellung und Auseinandersetzung von Komintern und KPČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern nicht verständlich, besonders da ich die Quellen weitgehend selbst sprechen lassen möchte, um ein polemisches Aneinandervorbeireden zu vermeiden.

Im Jahre 1913 verfaßte J. W. Stalin während seines Aufenthaltes in der

Österreich-Ungarischen Monarchie seine Schrift „Der Marxismus und die nationale Frage“. Stalin kämpft darin gegen die Auffassung des jüdischen Arbeiterbundes, der innerhalb der russischen Sozialisten eine nationale Autonomiepolitik betrieb und sich dabei auf die österreichische Sozialdemokratie berief. Bedeutsam ist diese Schrift für uns insofern, als in ihr

- a) gemäß der Marxschen Auffassung der „proletarische Internationalismus“ herausgearbeitet wurde,
- b) Stalin die „rechten“ nationalen Schwächen des Austromarxismus untersucht hat,
- c) Stalin von allen Austromarxisten nur die sudetendeutsche Linke, wie sie sich in Reichenberg unter Josef Strasser entwickelte, gelten ließ, ja als vorbildlich hinstellte. (Aus ihr ging später die deutsche Sektion der KPC unter Karl Kreibich hervor.)

Bis 1896 bestand in Österreich noch eine einheitliche sozialdemokratische Partei. Mit diesem Jahr beginnt die Aufspaltung in Nationalitäten. Zuerst forderten die Tschechen auf dem Internationalen Kongreß in London eine eigene Vertretung. 1897 wird auf dem Wimberger Parteitag die einheitliche Partei formell liquidiert und an ihre Stelle ein föderativer Verband von sechs verschiedennationalen sozialdemokratischen Gruppen gesetzt. Aus den Gruppen werden in der Folge selbständige Parteien. Im Parlament bilden sich nationale Klubs. Auch die Gewerkschaften organisieren sich nach nationalen Gesichtspunkten.

„Dann kommen sogar die Genossenschaften an die Reihe, zu deren Zersplitterung die tschechischen Separatisten die Arbeiter auffordern. Wir wollen schon ganz davon schweigen, daß die separatistische Agitation das Solidaritätsgefühl der Arbeiter abschwächt und sie nicht selten auf den Weg des Streikbruchs treibt . . . Der Föderalismus in der österreichischen Partei hat zum Separatismus übelster Art, zur Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung geführt.“<sup>1</sup>

Gegen den nationalistischen Zerfall nach rechts empfiehlt der junge Stalin den linken Internationalismus und die Zusammenfassung aller Arbeiter in einer straffen internationalistischen Partei. Die gleichen Ratschläge werden nach 1919 der sich formierenden KPC von Moskau gegeben werden. Stalin schreibt in seinem Werk:

„Das einzige Mittel dagegen ist die Organisierung nach den Grundsätzen der Internationalität. Lokale Zusammenfassung der Arbeiter aller Nationalitäten . . . zu einheitlichen und geschlossenen Kollektiven, Zusammenfassung dieser Kollektive zu einer einheitlichen Partei — das ist die Aufgabe. Es versteht sich von selbst, daß ein derartiger Aufbau der Partei eine weitgehende Autonomie der Gebiete innerhalb eines einheitlichen Parteiganzen nicht ausschließt, sondern voraussetzt.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Stalin, J. W.: Marxismus und nationale Frage. In: Ges. Werke. Bd. II. Berlin 1950, S. 311.

<sup>2</sup> Stalin, II, 311, 332.

Die Auseinandersetzung Stalins mit dem Austromarxismus ist nicht eine belanglose Episode, sondern besitzt geradezu symbolischen Charakter. Hier auf dem alten übernationalen Boden Österreichs wird zuerst die geschichtliche Frage des Verhältnisses von Nationalismus und Sozialismus in aller Schärfe gestellt. Der Prüfstand ist Böhmen. Auf dem Kongreß aller österreichischen Sozialisten in Brünn im Jahre 1899 entwickeln der Deutschböhme Seliger und der Tscheche Antonín Němec ein gemeinsames Programm des nationalen Ausgleichs, dessen Punkte sind:

„1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungskörper einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt. 4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt. 5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen.“<sup>3</sup>

Aber die Flut des Nationalismus ließ sich nicht kanalisieren. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatte sich die nationale Frage in Österreich verschärft. Sie drohte nicht nur den Staat zu sprengen, sondern auch die von der marxistischen Theorie geforderte proletarische Solidarität aller Nationalitäten aufzulösen. Die österreichischen Sozialisten unter der Führung von Otto Bauer und Karl Renner versuchten diese Entwicklung mit ihrer Theorie von der nationalen Selbstverwaltung und der „ökonomischen Unvermeidlichkeit des multinationalen Staates“ aufzufangen. Der Schritt von dieser Position bis zu einer Auffassung, die der Nation unabhängig von der Klasse Eigenwert beimißt oder sie gar überordnet, war nicht allzu weit. Der österreichische Sozialist Engelbert Pernerstorfer prägte den Satz: „Das Volk ist die Substanz, der Sozialismus die Form.“<sup>4</sup> Dagegen steht die spätere Formulierung der leninistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik: „Sozialistisch im Inhalt, national in der Form.“ Zwei grundverschiedene Akzentsetzungen, die einen Kreuzungspunkt der Entscheidung verkörpern. Der eine Weg führt nach rechts zum nationalen Sozialismus oder sozialistischen Nationalismus, der andere zum Marxschen Klasseninternationalismus, bei dem nur nationale Äußerlichkeiten gewahrt, vielleicht sogar gepflegt werden, ansonsten aber alles einem a-nationalen Zentralismus unterliegt. Daß allerdings die Wirklichkeit auch hier nicht immer mit der Theorie übereinstimmt, zeigt die Geschichte.

Stalin beruft sich nun in seiner Schrift auf die Ausführungen des Reichenberger Arbeiterführers Josef Strasser in „Der Arbeiter und die Nation“.<sup>5</sup> Strasser fragt hier:

<sup>3</sup> Jaksch, W.: Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart 1958, S. 92.

<sup>4</sup> Pernerstorfer, E.: Zeitfragen. Wien 1917, S. 45.

<sup>5</sup> Strasser, J.: Der Arbeiter und die Nation. Reichenberg 1912.

„Was sollen wir in der Politik mit dem Nationalcharakter [Otto Bauers Nationsbegriff] anfangen? Es gilt nicht, der Nation eine Zensur zu erteilen, auf daß sie sich bessere, wir müssen ihr Entwicklungsgesetz suchen. Haben wir dieses gefunden, so wissen wir, daß die Nationen . . . gesellschaftliche Erscheinungen sind, daß sie in der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Wandlungen durchgemacht haben und den Kapitalismus in ihrer heutigen Gestalt nicht überdauern werden . . . Die Nation muß sich weiterentwickeln. Man mag sich nun diese Entwicklung vorstellen wie Otto Bauer, der glaubt, daß sich die Nationen in der sozialistischen Gesellschaft erst recht differenzieren werden, oder mit anderen Sozialisten annehmen, daß der Kollektivismus uns die Einheitssprache bringen wird: in jedem Fall nehmen wir an, daß die sozialistische Produktionsweise die Nationen verändern wird, daß sich die künftige Menschheit auch national von der heutigen ebenso sehr unterscheiden wird wie der Kollektivismus vom Kapitalismus. Und wir arbeiten . . . bewußt und mit Absicht an der Veränderung der Nation.“<sup>6</sup>

Diese marxistische Vorstellung von der Klassenbedingtheit der Nation, der Stalin Beifall zollte, wurde mit dem Sieg der revolutionären Internationalisten unter der Führung Lenins in Rußland Teil der theoretischen Grundlage aller kommunistischen Parteien.

Die Zweite Internationale scheiterte an der nationalen Frage. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, zerfiel das Übergebäude der Klassensolidarität wie ein Kartenhaus. Die Nationen griffen gegeneinander zu den Waffen und die Sozialisten, die in den Parlamenten saßen, bewilligten die Kriegskredite anstatt solidarisch den Generalstreik auszurufen.

Nun aber entstand in den russischen Bolschewiki ein anderer Typ des internationalen Sozialisten. Er ordnete alle nationalen Fragen rigoros zunächst dem Dogma des internationalen Klassenkampfes unter und später dann den Interessen seines eigenen Machtzentrums, die man mit dem Fortschritt der internationalen Weltrevolution gleichsetzte. Er war so in der Lage, je nach Bedarf die uneingeschränkte und bedingungslose Selbstbestimmung der Völker bis zur Lostrennung von den bestehenden Staatsverbänden zu fordern oder auch die Nation als bürgerliches Überbleibsel völlig zu negieren. So kann der gleiche Stalin aussprechen: „Recht auf Selbstbestimmung, das heißt: Nur die Nation selbst hat das Recht über ihr Schicksal zu bestimmen; niemand hat das Recht sich in das Leben einer Nation gewaltsam einzumischen, ihre Schulen und sonstigen Einrichtungen zu zerstören, ihre Sitten und Gebräuche umzustößen, ihre Sprache zu knebeln, ihre Rechte zu schmälern.“<sup>7</sup> und: „Es gibt Fälle, wo das Selbstbestimmungsrecht in Widerspruch zu einem höheren Recht gerät, dem Recht der zur Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht. In solchen Fällen — das muß man offen aussprechen — kann und darf das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis zur Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur

<sup>6</sup> Stalin II, 281.

<sup>7</sup> Stalin II, 283.

werden.“<sup>8</sup> und weiter: „All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als ein Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampf für den Sozialismus sein.“<sup>9</sup>

Die marxistische Konsequenz ist auf Seiten der Bolschewiken. Gegenüber der „Klasse“ und ihrem revolutionären Weg zur Macht, gegenüber ihrer machtpolitischen „Avantgarde“ existieren keine selbständigen Wertordnungen mehr. Alles kann benützt und alles kann aufgehoben werden. Da man glaubt, damit das Entwicklungsgesetz der Geschichte zu kennen und zu erfüllen, ergibt sich eine neue Moral, die alle anderen Moralgesetze aufhebt und nach der alles gut und erlaubt ist, was diese Entwicklung fördert, alles böse und verbrecherisch, was ihr entgegensteht.

Durch Lenins Sieg strömt die unverbrauchte russische Glaubenskraft in diese aus der technischen Revolution West- und Mitteleuropas entstandene Theorie ein. Was Zeitanalyse und Zukunftsvision war, wird nun zu einer geschichtlichen, sich selbst bewegenden Tatsache und verändert, ob wahr oder falsch, im Gelingen und Versagen unsere ganze Welt mit.

#### *Die konkrete geschichtliche Ausgangslage*

Am Ausgang des Ersten Weltkrieges, mit welcher Zeit unsere Fragestellung beginnt, schienen alle Voraussetzungen für die Erfüllung der marxistischen Geschichtsvorstellungen gegeben. Die Mittelmächte hatten den Krieg verloren. Die Formen der alten Ordnung zerfielen. Im österreichischen Raum zerbarst das ganze Staatsgebäude. Die hungernden Massen der Arbeiter und Soldaten riefen nach der Revolution. Aber nicht im hochindustrialisierten Mitteleuropa kam es zur „Expropriation der Expropriateure“, wie es die Theorie verlangt hätte, sondern im agrarischen Rußland ergriff eine kleine Schicht von Berufsrevolutionären die Macht. Dieser erste Widerspruch der wirklichen geschichtlichen Entwicklung der marxistischen Geschichtstheorie gegenüber war den russischen Kommunisten selbst nicht geheuer. Der eigene Erfolg widersprach dem Dogma. Dauern konnte er also nur, wenn die Revolution die großen zentraleuropäischen Industriestaaten ergreifen würde. In diesem Sinne sah man sich ursprünglich nur als Initialzündung. Am 7. März 1918 sagte Lenin auf dem VII. Parteitag der KPdSU:

„Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution letzten Endes — und nicht gleich zu Anbeginn — ausbrechen wird, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchmachen werden, trotz aller Niederlagen, die uns beschieden sein werden — die internationale so-

<sup>8</sup> Stalin V, 232.

<sup>9</sup> Stalin IV, 27.

zialistische Revolution marschiert; denn sie reift und wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten — das wiederhole ich nochmals — ist die Revolution in ganz Europa.“<sup>10</sup>

Auf Grund der zu Beginn des Weltkrieges offen zutage tretenden Handlungsunfähigkeit der Zweiten Internationale, gingen nun die Revolutionäre in Moskau daran, nahezu als erstes eine neue Internationale zu gründen, die die Fehler der Zweiten vermeiden und zur notwendigen revolutionären Aktion schreiten sollte. Sie sollte eine handlungsfähige Spitze bekommen und eine internationalistische, klassenkämpferische, zentralistisch geführte und disziplinierte Weltpartei sein. Am 2. März 1919 fand in Moskau der I. Weltkongreß statt, auf dem die Gründung der Komintern beschlossen wurde. Es wurde sofort ein Exekutivkomitee geschaffen, um unverzüglich die Arbeit aufzunehmen. Die Delegierten dachten dabei an Berlin als künftigen Sitz der Exekutive der Komintern. „Nur vorläufig — bis zur Errichtung der deutschen Räterepublik — wurde Moskau zum Sitz des Exekutivorgans der Komintern bestimmt.“<sup>11</sup> Die ganze Hoffnung der neuen Internationale und Moskaus selbst ruhte auf der Revolutionierung Zentraleuropas, des geschlagenen Deutschland und des zerfallenen Österreich-Ungarn.

Aber wiederum folgte die geschichtliche Entwicklung nicht der Theorie. Alle kommunistisch-revolutionären Ansätze in Zentraleuropa scheiterten. Die Niederlage von 1918 und der darauf folgende Diktatfriede hatten die Deutschen in ihrem Selbstgefühl gefährlich aber nicht tödlich verletzt. Die Heilung dieser Wunde begannen sie immer stärker und entschiedener in der Selbstvergötzung der Nation und im Aufstand gegen die fremdnationale Umwelt zu suchen. In Rußland läßt sich gleichzeitig genau der Weg verfolgen, der mit der Erwartung der internationalen Revolution in Mitteleuropa beginnt und 1925 enttäuscht in die Stalinsche Forderung und Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ mündet. Noch auf dem III. Weltkongreß der Komintern hatte Lenin erklärt:

„Als wir seinerzeit die Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, daß wir der Entwicklung der Revolution vorgreifen könnten, sondern deshalb weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlaßte, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir im Falle einer Niederlage immerhin der Revolution nützen, daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionen von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder gleich oder wenigstens sehr schnell kommt die Revolution in den übrigen Ländern, in den kapitalistisch entwickelten Ländern, oder aber wir müssen zugrundegehen.“<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke. Bd. 2. Berlin 1952, S. 337.

<sup>11</sup> Die Kommunistische Internationale. Nr. 1/1919, S. 38.

<sup>12</sup> Lenin, W. I.: Sämtliche Werke. Moskau 1940, S. 557.

Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU im Dezember 1925 verlangte nun der dem realen Machtdenken mehr als der Theorie verpflichtete Stalin, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Proletariat des Westens von Grund auf geändert werden müßten: „Die Arbeiterklasse Europas hat die moralische Verantwortung, unseren Staat gegen den Kapitalismus, unsere Interessen gegen den Imperialismus zu verteidigen.“<sup>13</sup> Damit wurde an die kommunistischen Parteien Mitteleuropas ein anderer Maßstab angelegt. Während bis dahin die aus der Situation sich ergebenden revolutionären Erfordernisse als Richtschnur galten, wurde nun das Interesse eines Staates mit dem Fortschritt der Weltrevolution gleichgesetzt. 1927 erklärte Stalin ganz offen, daß ein Internationalist sei, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken und ohne Bedingungen zu stellen, bereit sei, die UdSSR zu schützen<sup>14</sup>.

Die Einstellung der Komintern zur Frage der Deutschen der Sudetenländer hängt damit in erster Linie davon ab, welche negative oder positive Rolle der tschechoslowakische Staat innerhalb der weltrevolutionären Hoffnungen oder machtpolitischen Kalkulationen Moskaus übernimmt. Weiter natürlich von der Entwicklung der revolutionären Situation im benachbarten Deutschland und von der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion. Schließlich von den Chancen, die man der KPČ gibt, bei den Deutschen und Tschechen der böhmischen Länder Fuß zu fassen.

Für die KPČ lag das Problem noch komplizierter. Die tschechoslowakische kommunistische Partei hinkte mit ihrer Gründung fast drei Jahre hinter den anderen mitteleuropäischen Parteien her. Eine der Hauptursachen war schon damals, daß man in der nationalen Frage (d. h. der deutsch-tschechischen) schwer zusammenfinden konnte. Die Schuld hatten eindeutig die tschechischen Kommunisten. Sie fürchteten, durch eine Vereinigung mit den sudetendeutschen Kommunisten in einer einheitlichen zentralistischen Partei, wie Moskau sie nach den Statuten der Komintern forderte, ihre Massenbasis bei den tschechischen Arbeitern zu verlieren, die den neuen Staat — ebenso wie das tschechische Bürgertum — als naße Republika ansahen. Die unter der Führung von Kreibich stehenden sudetendeutschen Kommunisten tendierten hingegen sehr weit nach „links“. Unter dem Eindruck der unfruchtbaren Nationalitätenkämpfe der Vergangenheit vertraten sie die marxistische Auffassung von der Klasse, die über der Nation steht, orthodox und mit äußerster Strenge. Im revolutionären Moskau der ersten zwanziger Jahre schätzte man sie mehr als die Tschechen und Lenin selbst hat auf dem III. Kongreß der Komintern vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau versucht, den tschechischen und sudetendeutschen Parteiführer entsprechend zu korrigieren. Lenin riet Kreibich, der das nationale Moment unterschätzte, einen Schritt nach „rechts“ zu gehen, dem tschechischen Parteiführer Šmeral hingegen, der in seiner Politik zu sehr auf die tschechischen nationalen Vorstellungen Rücksicht nahm, „drei Schritte nach links.“<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Stalin VII, 247.

<sup>14</sup> Stalin X, 45.

<sup>15</sup> Gajan: Přspěvek ke vzniku KSČ [Beitrag zur Entstehung der KPČ]. Prag 1954, S. 220.

Grundsätzlich konnten die Sudetendeutschen bis in das Jahr 1933 — d.h. bis zu Hitlers Machtergreifung in Deutschland — damit rechnen, daß Moskau und damit die kommunistische Politik in ihren verschiedenen Formen ihren Forderungen positiv gegenüberstand. In diesem Zusammenhang darf man auch daran erinnern, daß die tschechoslowakische Regierung nach 1918 das antibolschewistische Argument gegen die Sudetendeutschen verwendete, um sich von den Alliierten die Herrschaft über die deutschen Gebiete der böhmischen Länder zu sichern und garantieren zu lassen. So berichtet Beneš:

„Ich legte Minister Pichon und den anderen Regierungen ein Memorandum vor, worin ich mich auf unsere Rechtsstellung als anerkannter verbündeter Staat mit historischen Grenzen und auf unsere Zusammenarbeit im Krieg berief. Ich wies darauf hin, daß rings um uns in Deutschland, Wien und Ungarn, der Bolschewismus drohe, daß wir in dem Willen, uns wirtschaftlich und finanziell rasch zu konsolidieren, eine Währungsreform vorbereiteten, bei der alle unsere Pläne durch die Tatsache gestört würden, daß bisher nicht wenigstens vorläufige Grenzen bestimmt seien. Es sei daher bedingungslos nötig, dem ein Ende zu machen und uns wenigstens zunächst unsere historischen Grenzen zu bestätigen . . . Davon hänge die Ordnung und Ruhe rings um uns in Mitteleuropa ab.“<sup>16</sup>

Das gleiche Argument kehrt im März 1919 wieder, als die tschechoslowakische Regierung versucht, den sudetendeutschen Ruf nach Selbstbestimmung vom 4. März in der Note vom 8. März an die französische Regierung und an die Alliierten als bolschewistischen Umsturzversuch hinzustellen<sup>17</sup>.

### *Die ursprünglichen Stellungnahmen der KPČ zur nationalen Frage in Böhmen*

*Deutsche „Dogmatiker“ und tschechische „Praktiker“.* Aus der Entstehungsgeschichte der KPČ ergibt sich ihre Grundeinstellung zur nationalen Frage in den böhmischen Ländern. Die Wirklichkeit der Nationalitätenkämpfe hatte Theorie und Praxis der sozialistischen Politik schon im alten Österreich tiefgehend beeinflußt. Bei Tschechen wie bei Deutschen war die nationalistische Komponente jeder Politik im Wachsen begriffen. Nun schien mit der Gründung der ersten Republik der Nationalismus des einen Volkes an sein Ziel gekommen zu sein. Es gab kaum einen Tschechen, der zu diesem Zeitpunkt nicht die Schaffung des tschechoslowakischen Staates bejaht hätte. Eine Partei, die dieser Grundströmung der Massen nicht Rechnung getragen hätte, würde sich zweifellos selbst zu einer einflußlosen Sekte degradiert haben. Man empfand diesen Staat ausschließlich als Nationalstaat, wenn auch die Basis die Fiktion der einheitlichen „tschechoslowakischen“ Nation war. Die anderen Nationalitäten waren jedenfalls nur geduldete Minderheiten.

<sup>16</sup> B o n s a l, St.: *Suitors and Suppliants — The little Nations at Versailles*. New York 1946, S. 685.

<sup>17</sup> R a b l, K.: *Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19*. München 1958, S. 66, 67.

Als diese Republik entstand, machte sich der erneute Ruck nach rechts auch bei der tschechischen Sozialdemokratie bemerkbar. Sie verließ die bisherige Parteilinie, die eine Kollaboration mit den bürgerlichen Parteien ausschloß und trat ins Kabinett ein. Ein Parteikongreß wurde für den 27. Dezember 1918 einberufen, um die Rolle der Partei in der neuen Republik festzulegen. Das Programm der Sozialdemokratie war dabei in erster Linie die „Sicherung der Republik“ und eine „Evolution zum Sozialismus durch Demokratie“ — d. h. durch die westlich-parlamentarische Demokratie. Der linke Flügel der Partei, aus dem später die tschechische Sektion der KPČ entstehen sollte, bewegte sich weiter in den alten orthodoxen Bahnen der Sozialdemokratie. Er proklamierte nicht etwa die Revolution, aber er drängte darauf, daß die Partei die gesamt-nationale Koalitionspolitik verlassen und zu einer „sozialistischen-proletarischen“ Politik zurückkehren sollte. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei waren zwar hart und erbittert, aber auch die „Linke“ entfernte sich kaum einen halben Schritt von der nationalistischen Stimmung der Massen. Wenn sie die Akzente anders setzte als der rechte Parteiflügel, so wollte sie doch nicht ohne jede Rücksicht auf die Gegebenheiten eine revolutionäre Theorie verwirklichen, sondern vielmehr die Masse der Parteianhänger langsam auf ihre Seite ziehen. Zwei Jahre lang zögerte die „Rechte“, die „Linke“ aus der Partei zu vertreiben, und die „Linke“, die Partei aufzuspalten. Diese vorsichtige Praxis machte sich für die Kommunisten bezahlt. Als es schließlich doch zum Bruch kam (der Kampf um das Parteivermögen war dabei bestimmender als Theorien), ging die Mehrheit des Parteivolkes mit der „Linken“. Auf diesem Weg wurde die später daraus entstehende KPČ zu einer der mitgliedstärksten kommunistischen Parteien Europas, aber gleichzeitig auch zu einer an revolutionärem Elan schwächsten Sektion der Kommunistischen Internationale. Denn die „Voraussetzungen unter denen die Massen der ‚Linken‘ Gefolgschaft leisteten, waren nicht die des revolutionären Kommunismus. Es waren vielmehr die traditionellen orthodoxen sozialdemokratischen Grundlagen, von denen die ‚Rechte‘ anscheinend unter den neuen Bedingungen abgewichen war.“<sup>18</sup> „Aber auch die ‚Linke‘ wies auf die ‚Einzigartigkeit der tschechoslowakischen Situation‘ hin und rechtfertigte einen evolutionären, konstitutionellen Zugang zur Erfüllung der Forderungen der Arbeiter. Dieser weiche ‚Ausnahme-Weg‘ charakterisierte in der Folge auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei für mehrere Jahre.“<sup>19</sup> Vom Standpunkt der Moskauer Zentrale der Weltrevolution und der Erfordernisse eines echten bolschewistischen Kampfes machte sich die KPČ also von Anfang an einer „Rechtsabweichung“ schuldig.

Anders verlief die Entwicklung auf dem sudetendeutschen Sektor. Man hält Karl Kreibich immer wieder ein Wort vor, das er am 8. Dezember 1918

<sup>18</sup> Zinner, P. E.: *The Strategy and Tactics of the Czechoslovak Communist Party*. Harvard Univ. 1953. Übersetzung des Sudetendeutschen Archivs S. 8.

<sup>19</sup> Zinner: *Strategy* 5. — Vgl. Zinner: *Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918—48*. New York 1963, S. 27.

gesprochen hat und das ganz im Einklang mit dem schärfsten sudetendeutschen Nationalismus zu sein scheint:

„Am Tage, da tschechoslowakische Truppen in unsere Stadt (Reichenberg) einziehen, darf in keiner Fabrik, in keiner Werkstatt gearbeitet werden, darf kein Haustor offen stehen, an diesem Tag darf kein Gasthaus, kein Geschäft geöffnet sein, darf kein Straßenbahnwagen und kein Fuhrwerk fahren, kein Eisenbahnzug verkehren. Die Tschechen müssen das Gefühl haben, als ob sie in eine tote, eine ausgestorbene Stadt kämen. Wir werden alles tun, um gegen die Gewalt zu protestieren und unser Recht zu wahren. Und nur im äußersten Falle, wenn es nicht anders gehen sollte unser Recht auf Selbstbestimmung zu wahren, werden wir zur Gewalt greifen. Wenn es nicht anders geht: haben wir drei oder vier Jahre den Krieg ausgehalten, auf den Schneebergen Tirols, in den Karpathen, an der Piave und auf den Sieben Gemeinden, um nichts und wieder nichts, so werden wir ihn auch auf dem Jeschken aushalten und auf dem Jabernitzer Berg.“<sup>20</sup>

Kreibich mag so angesichts des tschechischen Gewaltaktes der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete gesprochen haben, mußte er doch in den tschechischen Soldaten die Handlanger des Imperialismus sehen. Aber man darf ihn auch zu dieser Zeit keineswegs als einen sudetendeutschen nationalen Sozialisten einschätzen. Er entstammte der von Josef Strasser geschulden Reichenberger Linken, die man als eine orthodox-marxistische Oppositionsgruppe innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ansehen konnte. Für Kreibich galt allein der Klassenstandpunkt. Seit dem Jahre 1906 arbeitete er eng mit Strasser in der Redaktion des „Freigeist“ (Vorgänger des kommunistischen „Vorwärts“) zusammen. Bei Ausbruch des Krieges hatte er als einer der wenigen Sozialdemokraten in aller Welt gegen den „imperialistischen“ Krieg protestiert<sup>21</sup>. Kurz vor seinem Abgang an die Front veröffentlichte er in der Reichenberger Tagespost am 6. Juli 1915 anlässlich des 500. Jahrestages der Verbrennung des Jan Hus einen Hus-Artikel. Selbst die tschechische Presse traute sich damals nicht, den Reformator offen zu verherrlichen. Hus-Feiern waren verboten. Was Kreibich in Hus sah, machte eine kleine Schrift deutlich, die er 1920 in Reichenberg herausbrachte: „Tabor — eine Halbjahrtausendfeier des Kommunismus“. In den Taboriten, christlichen Apokalyptikern, die mit Feuer und Schwert und der Verneinung aller Unterschiede dieser Welt den Anbruch der Endzeit herbeiführen wollten, glaubte er die Vorläufer des proletarischen Sozialismus zu erkennen. Die innere Verwandtschaft läßt sich umso weniger leugnen, wenn man berücksichtigt, daß die marxistische Geschichtsauffassung im Kern das säkularisierte christliche Heilsschema ist. Kreibich versuchte nun mit einigem Recht, den internationalen Charakter der Hussitenbewegung herauszuarbeiten, und wies

<sup>20</sup> Sudetendeutsche Landsmannschaft: Was Prag verschweigt. München 1960, S. 9.

<sup>21</sup> Feyl, O.: Die böhmendeutsche Linke um den Reichenberger ‚Vorwärts‘ und ihre Vorarbeit für die Entstehung der Kommunistischen Partei der CSR. Wiss. Zeitschrift der Fr. Schiller Univ. 7 (Jena 1957/58) 535.

darauf hin, daß die Schrift „vor allem die deutschen Arbeiter der Tschechoslowakischen Republik mit dem für uns wichtigsten Abschnitt der Geschichte des tschechischen Volkes bekanntmachen und zur Annäherung des Proletariats beider Nationen beitragen soll.“<sup>22</sup>

Der Standpunkt Kreibichs scheint genügend erhellt. Er war Marxist und Internationalist. Wichtig war ihm die Aktionsgemeinschaft der deutschen und tschechischen Proletarier zur Revolutionierung des Staates, keinesfalls aber der Streit der tschechischen und sudetendeutschen völkischen Organismen. Wenngleich auch die Reichenberger Linke in den turbulenten Umsturzeiten bis zum Teplitzer Parteitag der sudetendeutschen Sozialdemokratie (Sept. 1919) für den Anschluß der deutschen Gebiete an Deutschland und gegen das Verbleiben bei der ČSR eintrat, so rückte das nationale Moment doch rasch wieder in den Hintergrund und wurde der Klassenkampftheorie und der proletarischen Solidarität mit dem tschechischen Arbeiter untergeordnet.

*Die Auseinandersetzung um die Gründung einer alle Nationalitäten umfassenden zentralistischen KPČ.* Da die Tschechoslowakei innerhalb des revolutionär aufgewühlten Mitteleuropa eine kapitalistische Barriere bildete, erschien es der Komintern besonders wichtig, auf dem Boden dieses Staates eine internationalistische, zentralistisch geführte, das Proletariat aller Nationalitäten umfassende kommunistische Partei zu haben. Moskau stieß dabei auf den Widerstand der Tschechen. Dies aus zwei Gründen: Die tschechische „Linke“ hatte peinlichst vermieden, sich von der Sozialdemokratischen Partei abzuspalten. Ihr ging es um die Masse der Parteianhänger, die man nicht mit der Neugründung einer „kommunistischen“ Partei abschrecken wollte. Sie nannte sich deshalb nur „Marxistische Linke“ und erklärte: „Die Marxistische Linke konstituierte sich als vorübergehendes Gebilde innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die ursprünglich auf den Grundsätzen der Marxschen Lehre aufgebaut worden war, zu dem Zweck, diese Grundsätze in der Theorie und Praxis der Partei wieder durchzusetzen.“<sup>23</sup> Formal bekannte sich die Marxistische Linke wohl zur Dritten Internationale, aber von einem ordentlichen Beitritt und der Annahme der 21 Bedingungen war zunächst keine Rede.

Wenn also der erste Grund des Widerstandes gegen die Moskauer Forderungen die Weigerung war, mit der reformistischen Sozialdemokratie zu brechen (aus Furcht, die Massenbasis zu verlieren), so schien die Errichtung einer internationalen, die Angehörigen auch der nichtslawischen Nationalitäten des Staates umfassenden Partei der tschechischen Marxistischen Linken zu diesem Zeitpunkt des nationalen Sieges und Überschwanges völlig unannehmbar. Der Führer der Linken, B. Šmeral, erklärte, „daß für die nächste Zeitperiode die Schaffung einer einheitlichen, internationalistischen kommu-

<sup>22</sup> Kreibich, K.: Tabor — Eine Halbjahrtausendfeier des Kommunismus. Reichenberg 1920, S. 4.

<sup>23</sup> Veselý, J.: Entstehung und Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Berlin 1955, S. 110.

nistischen Partei noch nicht möglich sei, daß man sich vorläufig damit werde begnügen müssen, einen gemeinsamen Überbau in Form gemeinsamer Aktionsausschüsse zu schaffen, ohne aber eine Verschmelzung der Organisationen durchzuführen . . . daß das Mißtrauen der Arbeiterklasse der verschiedenen im tschechoslowakischen Staat befindlichen Nationalitäten nicht auf einmal überwunden werden könne und es unter diesen Umständen unklug wäre, eine einzige Partei zu schaffen.“<sup>24</sup>

Die Komintern mußte mehrere Male direkt und sehr massiv eingreifen, bis sich die Tschechen zur Einheit mit ihren sudetendeutschen Genossen bereitfanden. Vor dem 10. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands griff Sinoviev als führender Funktionär der Komintern den tschechischen Parteiführer frontal an und wies darauf hin, daß „eine kommunistische Partei in der Tschechoslowakei notfalls auch ohne ihn gegründet werden müsse.“<sup>25</sup> Vor der Eröffnung des Kongresses sandte das Exekutivkomitee der Komintern einen scharfen Brief an die tschechischen Genossen; darin stand: „Wenn diese Elemente [die Führung der tschechischen Linken] bis jetzt Mangel an Mut hatten, um sich offen der Dritten Internationale anzuschließen — wobei sie ihre Tätigkeit mit den nationalistischen Gefühlen der Arbeiter entschuldigen, wenn sie nicht wagen sich offen mit den deutschen Arbeitern zu vereinigen, dann ist klar, daß sie ungeeignet sind, den Kampf mit der tschechischen Bourgeoisie zu führen. . . . Die Zeit für halbe Maßnahmen ist vorbei, wer zögert . . . ist ein Gegenrevolutionär.“<sup>26</sup>

Beim III. Kongreß der Komintern in Moskau (vom 22. Juni bis 12. Juli 1921) war die Tschechoslowakei auf Grund dieser Schwierigkeiten nicht durch eine einheitliche Partei vertreten, sondern durch: die „Kommunistische Partei Deutschböhmens“, die „Marxistische Linke der Tschechischen Sozialisten“, die „Sozialistische Partei der Slowakei“ und die „Internationalistische Sozialistische Partei der Ruthenischen Bevölkerung“.<sup>26</sup> Wiederum drängte die Komintern darauf, daß sich alle in einer einzigen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vereinigen sollten. Schließlich griff Lenin selbst ein und unterstrich, daß „die Tschechen ein allzu großes Verlangen hätten, Opfer zu vermeiden und somit ganz und gar der Revolution zu entsagen.“<sup>27</sup> Lenins Vorstoß brach den Widerstand der tschechischen Genossen. Im Oktober 1921 wurde ein „Vereinigungskongreß“ abgehalten, auf dem die KPČ — Tschechen, Slowaken, Sudetendeutsche, Ungarn, Polen und Ukrainer einschließend — entstand.

Wie verhielt sich die sudetendeutsche Linke in dieser Entwicklung? Am 9. Mai 1920 veranstaltete sie in Reichenberg eine Konferenz, auf der die taktischen Richtlinien festgelegt wurden. „Diese Richtlinien hatten ein volles und uneingeschränktes Bekenntnis zu den Grundsätzen der Dritten Interna-

<sup>24</sup> Zinner: Strategy 12. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 31.

<sup>25</sup> Zinner: Strategy 16, 18. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 34.

<sup>26</sup> Zinner: Strategy 18. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 35.

<sup>27</sup> Zinner: Strategy 19. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 35.

tionale zum Inhalt.“<sup>28</sup> Durch ein Aktionsprogramm ergänzt, wurden sie dem Karlsbader Parteitag vom 3. bis 7. Oktober 1920 vorgelegt. Zunächst wurde auch hier ein Kompromiß geschlossen, dahingehend, daß beide Richtungen innerhalb der Partei für ihre Auffassungen wirken könnten. In der Praxis aber war dieser Karlsbader Kompromiß nicht haltbar. Nach etlichen Auseinandersetzungen forderte die Reichenberger Parteivertretung am 18. Dezember die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags. Die Forderung wurde auf einer Konferenz, die die sudetendeutsche Linke am 9. und 10. Januar 1921 nach Reichenberg einberufen hatte, wiederholt. Auf dieser Konferenz wurde bereits die provisorische Leitung der „deutschen kommunistischen Bewegung“ bestimmt<sup>29</sup>. Am 17. Januar schloß daraufhin die Partei die Reichenberger Opposition aus. Am 30. Januar tagte in Reichenberg die außerordentliche Kreiskonferenz. Sie forderte die sofortige Einberufung eines kommunistischen Parteitags. Am 12. März 1921 wurde sodann in Reichenberg der erste kommunistische Parteitag eröffnet. Er beschloß einstimmig die Annahme der 21 Punkte der Komintern und den „bedingungslosen Anschluß an die Dritte Internationale.“<sup>30</sup> Die Partei nannte sich „Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Sektion der Dritten Internationale, deutsche Abteilung“. In der Periode, die der Vereinigung der tschechischen, deutschen, ungarischen, slowakischen, polnischen und ukrainischen Kommunisten vorausging, „trat für eine gewisse Zeit die deutsche Bewegung an die Spitze.“<sup>31</sup> Die Grußbotschaft der Komintern betonte, daß „der provisorische Charakter der neuen deutschen Partei nichts an ihrem geschichtlichen Verdienst als unbezwingbare, zielbewußte Avantgarde ändert . . .“<sup>32</sup>

Nicht zuletzt also mit Hilfe der sudetendeutschen Kommunisten erreichte die Komintern dann am 30. Oktober des gleichen Jahres ihr Ziel: die Gründung einer internationalen vereinigten Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Auf diesem Vereinigungskongreß sprachen der tschechische Parteiführer Šmeral und der sudetendeutsche Kreibich. Šmeral betonte nochmals „die Notwendigkeit, sich den Massen nicht zu entfremden, eine Massenpartei zu bleiben und als Massenpartei zu wachsen.“<sup>33</sup> Kreibich hingegen hob den internationalen revolutionären Charakter der Partei hervor. In seinen Worten kam der erstmalige Sieg des Leninismus über den Austromarxismus und seine nationale Aufgliederung der Parteien zum Ausdruck<sup>34</sup>. Er „gedachte der Zeiten, als in Österreich eine einheitliche marxistische Partei ohne nationale Unterschiede bestand. Er betonte dabei, daß es die Schuld der verräterischen rechten Führer war, die der Bourgeoisie dienten, wenn später der Grundsatz

<sup>28</sup> Neurath, A.: Die Weltrevolution und das Proletariat der Tschechoslowakei. Vorwärts-Jahrbuch für die arbeitende Bevölkerung 2 (Reichenberg 1922) 37—41.

<sup>29</sup> Neurath 37—41.

<sup>30</sup> Neurath 37—41.

<sup>31</sup> Neurath 37—41.

<sup>32</sup> Feyl 543.

<sup>33</sup> Veselý 119.

<sup>34</sup> Feyl 543.

einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Nationalität fallengelassen wurde.“<sup>35</sup>

Das Exekutivkomitee der Komintern begrüßte diesen Parteitag der Vereinigung mit den hoffnungsvollen Worten: „Mit größter Freude begrüßt das Exekutivkomitee der Dritten Internationale aus Anlaß dieses Parteitages, auf dem die revolutionären tschechischen, slowakischen, deutschen, ungarischen, polnischen und karpathoukrainischen Arbeiter versammelt sind, die Vereinigung aller kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei. Es ist dies der erste und wichtigste Schritt zur Gründung der unverbrüchlichen proletarischen Einheitsfront gegen den Nationalismus. . . . Ihr seid in den Reihen des übrigen europäischen Proletariats in Hinblick auf die Lage eures Landes . . . die Vorhut der großen revolutionären Armee . . .“<sup>36</sup>

In der Tat war die KPČ außerhalb Rußlands eine der stärksten Parteien der Komintern. In ihren besten Zeiten zählte sie mehr als 300.000 Mitglieder, darunter mehr als 40.000 Sudetendeutsche. Darüberhinaus besaß dieses Land für Moskau eine Schlüsselposition, lag es doch zwischen Polen und Ungarn, die beide nach revolutionären Wirren wieder ein kommunistenfeindliches Regime bekommen hatten, und bildete Hindernis oder Brücke zwischen dem am Rande des Umsturzes stehenden Deutschland und Österreich. Die Revolutionierung der Tschechoslowakei hätte die Lage in ganz Mitteleuropa verändern und die Hoffnungen der Internationale, wie man sie ursprünglich hegte, erfüllen können. Die sudetendeutschen Kommunisten erkannten diese Aufgabe wohl. Schon auf dem Reichenberger Parteitag führte Kreibich aus: „Unsere Aufgabe, unsere Pflicht ist es, die Brücke zu sein zwischem dem deutschen und dem tschechoslowakischen Proletariat. Unsere Aufgabe ist es, alles daranzusetzen, um das Bündnis des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats zustande zu bringen zum gemeinsamen Kampf für die proletarische Revolution. Wenn uns das gelingt, dann Parteigenossen, hat die letzte Stunde des Kapitalismus in Europa geschlagen.“<sup>37</sup> Aber zwischem dem „Bündnis des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats“ stand die ungelöste nationale Frage der Deutschen der böhmischen Länder. Wie antwortete die KPČ in ihren Anfängen darauf?

*Der Klassenstandpunkt der Kommunisten zur nationalen Frage.* Es war ein unlösbares Problem. Denn, wie konnte sich das deutsche und tschechische Volk verbünden, wenn über drei Millionen Sudetendeutsche sich von eben diesem Nachbarvolk beherrscht und unterdrückt fühlten und wenn die Tschechen, nach langer Zeit erstmals wieder im Besitz einer eigenen Staatshoheit, nichts so sehr fürchteten als durch die deutsche Umklammerung von drei Seiten diese neu errungene Freiheit wieder zu verlieren? Kreibich versuchte auf diese Frage nicht nur die orthodox-marxistische Antwort von der Klassen-solidarität zu geben, sondern in diesem Sinne aus der konkreten histori-

<sup>35</sup> Veselý 200.

<sup>36</sup> Veselý 200, 201.

<sup>37</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921. Reichenberg 1921, S. 25—27.

schen Situation auch praktische Schlußfolgerungen zu ziehen, die den tschechischen Nationalismus beruhigen und insofern den tschechischen Genossen helfen sollten, in gleicher Weise den bürgerlichen Nationalismus zu überwinden.

Die Auffassung Kreibichs, wie sie präzisiert erstmals auf dem Reichenberger Parteitag vom 12. März 1921 zutage trat und seitdem, trotz mancher Einsprüche gerade von Moskau, bis gegen Ende der zwanziger Jahre die Einstellung der KPC zur Frage der Deutschen der Sudetenländer bestimmte, verdient in den wesentlichen Passagen im vollen Wortlaut festgehalten zu werden:

„Wenn ein deutscher und ein tschechischer Arbeiter zusammenkommen, so werden die Ansichten wegen ihrer gleichen Lebensbedingungen sehr bald übereinstimmen, aber ein deutscher Proletarier und ein deutscher Kapitalist werden einander nie verstehen lernen, während ein deutscher mit einem tschechischen Proletarier, auch wenn der eine die Sprache des anderen nur radebrecht, sich rasch verstehen . . . Das Soziale ist eben immer das Bestimmende . . . Die sozialen Differenzierungen innerhalb einer Nation sind schon viel stärker als die Differenzen im Charakter verschiedener Nationen . . . Die Kommunisten beider Nationen . . . haben die Pflicht den Proletariern zu zeigen, wie die Kapitalisten beider Nationen den nationalen Zwist benützen, um das Proletariat zu verhetzen, wie sie sich hohnlächelnd über dem verhetzten Proletariat die Hände reichen zu dessen gemeinsamer Ausbeutung. Die Kommunisten beider Nationen haben auch die Pflicht, sich zu verbrüdern und die Ideologie aufzugeben, daß das Proletariat jeder Nation seine besonderen Interessen habe; sie haben durch die Tat, durch ihren politischen Zusammenschluß, durch ihren gemeinsamen politischen Kampf zu beweisen, daß die Proletarier aller Nationen nur ein Klasseninteresse haben. Wir haben die Pflicht zu erklären, wie wir es schon am Teplitzer Parteitag getan haben, daß wir uns entschieden dagegen verwahren, aus der deutsch-böhmischen Frage ein neues Elsaß zu machen, aus diesem Gebiet vielleicht einen Brandherd neuer nationaler Kämpfe und Kriege zu schaffen . . . Wenn ein siegreicher deutscher Kapitalismus über die Grenze marschiert käme, um die deutsch-böhmischen Gebiete vom tschechoslowakischen Staat loszulösen, glaubt ihr, daß die deutschen Proletarier in diesen Gebieten dann befreit würden? Nein! Ein siegreicher deutscher Kapitalismus und Imperialismus, der uns zu seinem deutschen „Vaterland“ hinzuschlagen würde, der würde uns noch schamloser ausbeuten . . .

Nun aber . . . kommt für uns noch eine andere Frage in Betracht. Das ist die Frage: Wie verhalten wir uns in diesem Gebiet gegenüber dem tschechoslowakischen Proletariat in den möglichen Phasen der Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa. Es kann zweierlei eintreten: daß in der Tschechoslowakei die proletarische Revolution früher siegt, daß hier zuerst, vor Deutschland eine Sowjetrepublik aufgerichtet wird. Es kann aber auch umgekehrt der Fall eintreten, daß in Deutschland das Proletariat früher zur Herrschaft gelangt. Da brauche ich wohl kein Wort darüber zu verlieren, wie

wir uns in dem Fall zu verhalten hätten, wenn hier die Revolution früher käme. Es ist selbstverständlich, daß wir in den leidenschaftlichen Kampf für die Behauptung der proletarischen Diktatur in diesem Staat eintreten würden. Kritischer ist der zweite Fall, die Situation, daß einem proletarischen Deutschland eine kapitalistische Tschechoslowakei gegenüberstünde. Unsere Rechtssozialisten haben auch immer davon gesprochen, daß nur der Sozialismus die nationale Befreiung bringen kann. Aber das hat bei ihnen immer den Sinn gehabt, daß für sie der Sozialismus nicht über allem steht. Für sie ist der Sozialismus nur die erste beste Gelegenheit, um die deutsch-böhmische Frage zu regeln. Für uns ist die deutsch-böhmische Frage eine Sache, die wir der proletarischen Revolution unterordnen müssen. Und nun vergegenwärtigen wir uns die Situation: Auf der einen Seite eine deutsche Räterepublik, auf der anderen der kapitalistische tschechoslowakische Staat. Der Gedanke liegt darin sehr nahe und ist sehr bestechend für den ersten Augenblick, sich in diesem Fall sofort vom kapitalistischen Staat loszureißen und an das proletarische Deutschland anzuschließen. Untersuchen wir aber die Folgen eines solchen Schrittes, so ergibt sich Folgendes: Angenommen, wir kämen zu einer deutschen Sowjetrepublik, so fragt es sich zunächst: braucht ein Sowjetdeutschland uns ökonomisch? Kann es nicht ohne diese Randgebiete leben? Die Frage ist ohne weiteres zu verneinen. Ein proletarisches Deutschland braucht uns nicht zu seiner Existenz. Anders ist aber die Frage, welche Folgen aus diesem Schritt entstehen würden. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß sich die tschechoslowakische kapitalistische Republik die Losreißung dieses Gebietes nicht gefallen ließe. Die nächste Folge wäre ein Krieg zwischen dem proletarischen Deutschland und der bürgerlichen Tschechoslowakei. Da an und für sich eine proletarische Diktatur stets vom Krieg bedroht ist, da Deutschland an und für sich vom Westen her mit Krieg bedroht wäre, wenn es eine Sowjetrepublik wird, so würde unser Schritt also nur eine Vergrößerung und Verstärkung der Kriegsgefahr für ein proletarisches Deutschland sein. . . . Was würde aber andererseits in diesem Staate hier geschehen? Eine Existenzfrage für die deutsche Räterepublik wäre es, wenn sie früher kommt, daß die Tschechoslowakei sobald wie möglich nachfolge. Denn die deutsche Revolution ist erst gesichert, wenn ihr die tschechoslowakische gefolgt ist. Wenn aber der Tag der Geburt der deutschen Räterepublik sofort verbunden wäre mit einer kommunistischen proletarischen Irredenta durch Losreißung dieses Gebietes, so würde die nationalistische Agitation, der nationalistische Rummel das ganze tschechoslowakische Volk ergreifen. Das kommunistische deutsche Proletariat würde als der ärgste und größte Feind der nationalen Selbständigkeit und Existenz des tschechischen Volkes hingestellt werden, und zwar auch als ein Feind des tschechischen proletarischen Staates. Dann eben in der Periode der Sicherung, des Aufbaues des proletarischen Staates können wir nicht sofort den internationalen Austausch, die Verschmelzung der Wirtschaftsgebiete so rasch durchführen, sondern sind zunächst wirtschaftlich auf dieselbe Grundlage gestellt wie ein kapitalistischer Staat . . . Es wäre also die Losreißung für eine tschechoslowakische Räterepublik.

publik ein vernichtender Schlag, es würde durch die ständige Gefahr des Verlustes der nationalen Existenz im tschechischen Volk eine derartige Stimmung des Hasses gegen die proletarische Revolution erzeugt werden, daß das tschechische Volk in seiner Gänze ins Lager der Gegenrevolution getrieben würde. Und die Kommunisten, die sich dem entgegenstellen würden, würden einfach weggefegt werden . . .

Was müssen wir also tun? . . . die Konsequenz aus diesen Erwägungen ist für unsere Taktik . . . die, daß es Pflicht nicht nur der deutschen Kommunisten, sondern auch der Kommunisten der anderen Minderheitsnationen in diesem Staate ist, . . . daß wir uns in unerschütterlicher Treue mit dem tschechischen Proletariat, mit dem tschechischen Kommunismus verbünden zum Siege der proletarischen Revolution in diesem Staate.“<sup>98</sup>

Im Aufruf des Reichenberger Parteitages zur Schaffung einer einheitlichen, internationalen, gesamtstaatlichen Kommunistischen Partei kehren diese Gedankengänge wieder. Dort heißt es:

„Aufruf des Parteitages an das tschechoslowakische, madjarische, polnische und ruthenische revolutionäre Proletariat der tschechoslowakischen Republik . . . Im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee in Moskau haben wir uns . . . konstituiert, . . . haben wir auch in unserem Beschluß ausgesprochen, daß unsere Partei nur eine vorübergehende Zusammenfassung des deutschen revolutionären Proletariats . . . sein kann, . . . die nur den Zweck haben kann, das deutsche revolutionäre Proletariat bereitzuhalten, damit es sich mit euch allen . . . zu einer großen einheitlichen internationalen Kommunistischen Partei vereinigen könne . . . Die tschechoslowakische Republik, deren Gebiet wir gemeinsam bewohnen, ist einer der wichtigsten Staaten für die Sache der proletarischen Revolution in Europa. . . . Die Eingliederung der Minderheiten von vier Nationen . . . in diesen Staat soll es dem Kapitalismus ermöglichen, durch die stete Neubelebung nationaler Kämpfe und Reibungen . . . das Proletariat zu zersplittern und ohnmächtig zu machen.

Die Bourgeoisie der Minderheitennationen nützt alle nationale Unterdrückungspolitik der tschechischen Bourgeoisie aus, um das Proletariat zum nationalen Kampf gegen das tschechische Volk aufzuhetzen, damit es seine Kraft in einer Politik der nationalen Irredenta erschöpfe. Die tschechische Bourgeoisie aber benützt die nationalen Kämpfe . . . dazu, das tschechische Proletariat in steter Furcht vor der Gefahr eines Verlustes der nationalen Selbständigkeit und Freiheit zu erhalten und so ihren Interessen dienstbar zu machen . . . höhnisch triumphierend ob des gelungenen Werks der nationalen Zersplitterung des Proletariats, reichen sich die Kapitalisten aller Nationen dieses Staates die Hand zur gemeinsamen Ausbeutung . . . Wir müssen dem nationalistischen Schwindel die Maske vom Gesicht reißen . . . Unser Parteitag hat sich mit der nationalen Frage gründlich beschäftigt und er ruft euch zu:

<sup>98</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921. Vorwärts-Jahrbuch für die arbeitende Bevölkerung 2 (1922) 62.

Ihr tschechoslowakischen Proletarier, löst euch los von der Gemeinschaft mit eurer Bourgeoisie und stellt die Zukunft eures Volkes, stellt eure nationale Freiheit und Selbständigkeit auf die feste Grundlage der proletarischen Revolution . . .

Ihr madjarischen, polnischen und ruthenischen Proletarier, weiset jeden Versuch der Bourgeoisie, euch in die Dienste des nationalistischen Kampfes und der nationalistischen Irredenta zu stellen, entschieden zurück und schließt euch unserer Losung an:

Keine Komplizierung und Schädigung der Sache der proletarischen Revolution in Europa durch die Aufwerfung von nationalen und staatlichen Grenzfragen. Unerschütterliches, treues Ausharren an der Seite des tschechoslowakischen Proletariats . . . Wir deutschen revolutionären Proletarier in der tschechoslowakischen Republik wollen die Brücken bilden vom proletarischen Deutschland zum tschechoslowakischen Proletariat, wir wollen die letzten Reste der Entfremdung beseitigen und helfen, den Bruderbund des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats zu schließen . . . Revolutionäre Proletarier der Minderheitennationen dieses Staates! Folget unserem Beispiel! Helfet uns mit, diesen Bund der Treue und der proletarischen Solidarität zu schließen. Weiset alle Verlockungen des Nationalismus zurück und handelt im Sinne . . . der Dritten Internationale, indem ihr die Sache der proletarischen Revolution höher stellt als alle nationalen Interessen!

Euch tschechoslowakischen revolutionären Proletariern aber rufen wir zu: Schlaget ein in die euch dargereichte Bruderhand . . .<sup>39</sup>

Zu diesen beiden Dokumenten gehört ein drittes. In einem 1921 von Prof. Gustav Flusser herausgegebenen Sammelwerk „Deutsche Politiker an das tschechische Volk“ wandte sich Kreibich an die Tschechen mit folgenden Worten:

„Die Grundlage der tschechoslowakischen Selbständigkeit ist der Friede von Versailles, ist das Bündnis mit der Entente . . . Die Existenz der ČSR hängt ab von der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse der kapitalistischen Großmächte. Jede Verschiebung dieser Machtverhältnisse greift an die Existenzgrundlagen des tschechoslowakischen Staates . . . Sollte einmal der Tag kommen, wo die deutsche Bourgeoisie wieder die Überhand in Europa gewinnt, wo der deutsche Imperialismus wieder zur Herrschaft gelangt, dann würde er das tschechoslowakische Volk schon vermöge der geographischen Lage wie mit eisernen Klammern umfassen und seine staatliche Selbständigkeit erdrücken. Wer aber vermag zu sagen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Machtverhältnisse zwischen den Staaten ewig die gleichen bleiben können? Die Politik der tschechischen Bourgeoisie hat also die nationale Selbständigkeit auf eine schwankende Grundlage gestellt . . . Wenn in den drei Staaten (Deutschland, Italien, Tschechoslowakei) die proletarische Revolution siegt, dann ist es um den Kapitalismus in Europa geschehen. Deutschland und die ČSR sind die beiden Angelpunkte der proletarischen Revolution in Mitteleuropa. Da wir als Kommunisten die Pflicht haben, die Revolution zu beschleunigen, müssen wir ihr auch alle Hindernisse

<sup>39</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921, S. 37—40.

aus dem Weg räumen. Und diese Hindernisse sind die nationalen Gegensätze. Der Kapitalismus ist nicht imstande, die nationale Frage zu lösen; er löst die eine, um eine andere wieder aufzuwerfen, er löst die eine Irredenta, um an einem anderen Punkt eine neue zu schaffen. Es war für die Sudetendeutschen 1918/19 keineswegs ausgemacht, daß sie unbedingt zu Deutschland und Österreich gehören. Wirtschaftliche Gründe und die tschechischen Minderheiten im deutschen Gebiet ließen die Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat durchaus nicht als ungeheuerlich erscheinen. Besonders das deutsche Proletariat hätte sich gewiß nicht im vorhinein in dieser Frage auf den rein nationalen Standpunkt gestellt. Aber es wurde von der tschechischen Bourgeoisie auch nicht der leiseste Versuch gemacht, die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete für den tschechoslowakischen Staat zu gewinnen. Die Frage wurde ganz im imperialistischen Sinne gelöst, ohne auch nur die Bevölkerung zu befragen, wurden diese Gebiete gewaltsam angegliedert. Erst diese Form der Lösung der Grenzfrage hat den nationalen Gegensatz geschaffen, hat deutsche und tschechische Proletarier gegeneinandergeführt. So wurden die Grundlagen einer Irredenta im tschechoslowakischen Staat gelegt. Das deutsche klassenbewußte Proletariat konnte diese Form der Lösung der staatlichen Grenzfrage nicht ruhig hinnehmen, es mußte dagegen protestieren. Aber das deutsche klassenbewußte Proletariat mußte nach der Erledigung dieser Frage den Weg zu einer Liquidierung des nationalen Gegensatzes suchen. Dieser Weg konnte nur die strikte Ablehnung jedweder irredentistischen Politik sein. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Aufwerfung jeder nationalen und staatlichen Grenzfrage innerhalb der kapitalistischen Staatsordnung nur neue nationale Kämpfe, neue Kriege, aber keine Lösungen bringen kann, hat der Gründungsparteitag der deutschen Kommunisten der ČSR sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Proletarier der Minderheitsnationen dieses Staates sich mit allen Mitteln gegen ein neues Aufwerfen der Grenzfrage zur Wehr setzen müssen. Ein nationaler Kampf um die Staatsgrenze, der die Gefahr eines neuen Krieges in sich birgt, müßte den Weg zur sozialen Revolution bedeutend verlängern. Die kommunistisch gesinnten Proletarier der Minderheitsnationen werden daher gegen den Versuch einer nationalen Irredenta entschieden und energisch kämpfen. Das bedeutet natürlich für die Proletarier der Mehrheitsnation die Verpflichtung, den nationalen Unterdrückungsgelüsten ihrer Bourgeoisie ebenso energisch entgegenzutreten und so den Proletariern der Minderheitsnationen ihre kommunistische Politik in der nationalen Frage zu ermöglichen. Wenn die Proletarier beider Nationen diese ihre Pflicht erfüllen, dann werden sie nicht nur die äußere Kriegsgefahr verhindern, sondern auch dem nationalen Kampf im Interesse des Staates den Boden entziehen. In diesem Sinne kann also gesagt werden, daß die Politik der deutschen Kommunisten in der ČSR auf der Anerkennung der Grenzen dieses Staates, auf dem Bekenntnis zu diesem Staat, soweit der Staat ein territorialer Begriff ist, beruht.“<sup>40</sup>

<sup>40</sup> Flusser, G.: Deutsche Politiker an das tschechische Volk. Prag 1921, S. 33—44.

Es existieren keine kommunistischen Dokumente zur nationalen Frage in den böhmischen Ländern, die man mit dem in Kreibichs Worten zutage tretenden Bemühen, die nationale Kluft zu überwinden, vergleichen könnte. Gewiß ist die Komintern in den folgenden Jahren viel stärker, deutlicher und offener für die Rechte der Sudetendeutschen und aller Minderheitennationen eingetreten — die Parole „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ wurde von Moskau ausgegeben —, aber es gelingt nicht, die bloß taktische Absicht dabei zu verbergen. Der Versuch, die nationale Frage in Böhmen vom „proletarischen Internationalismus“ her zu lösen, scheiterte. Einmal, weil sowohl bei Deutschen als auch Tschechen die geschichtlichen Kräfte des Nationalismus im Steigen begriffen waren und erst kurz vor bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt überschritten, zum anderen, weil sich nicht die tschechischen Kommunisten fanden, die in der gleichen Eindringlichkeit gegen den Nationalismus ihres eigenen Volkes aufgetreten wären, wie dies Kreibich getan hatte. Als die KPČ nach dem Sieg der Gottwald-Fraktion dazu bereit war, war es auf Grund der Entwicklungen im benachbarten Deutschland zu spät.

#### *Die Korrektur durch die Komintern*

Der II. Weltkongreß (Juli—August 1920) hatte noch die kommunistischen Parteien zum Kampf „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand“<sup>41</sup> aufgerufen. Inzwischen war jedoch der Vorstoß der Roten Armee vor Warschau gescheitert und im März 1921 eine revolutionäre Aktion der KPD von Reichswehr und Polizei blutig zusammengeschlagen worden. Der III. Weltkongreß der Komintern zog das Fazit. Die vereinigte KPČ, die einige Monate später entstand, glitt also schon in einem etwas ruhigeren Fahrwasser dahin. Aus inneren Gründen war die russische KP gleichfalls zu neuen revolutionären Anstrengungen nicht mehr in der Lage. Durch den Bürgerkrieg war das Land nahezu ausgeblutet. Da die Weltrevolution nicht zu Hilfe gekommen war, mußte sich Rußland selbst helfen. Es brauchte eine Ruheperiode. Lenin leitete nun zu seiner „Neuen Ökonomischen Politik“ über. Den europäischen Parteien wurde ebenfalls empfohlen, sich um die wirtschaftlichen Forderungen zu kümmern und die Ausgangsbasis für künftige Aktionen aufzubauen.

Der Ruck nach „rechts“ setzte sich auf dem IV. Weltkongreß (vom 5. November bis 5. Dezember 1922 in Petrograd und Moskau) fort. Nun wurde die „Einheitsfronttaktik“ proklamiert, die die kommunistischen Parteien zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten aufrief. Widerstände, die auf den linken Parteiflügeln auftauchten, führten zu einer Resolution des Kongresses über die „Internationale Disziplin“. Nikolai Bucharin forderte, daß der sowjetische Staat vom Proletariat der anderen Länder verteidigt werden müsse.

<sup>41</sup> Bibliothek der Komintern. Bd. 22. Hamburg 1920, S. 601.

Damit vollzog sich immer klarer eine entscheidende Wendung in der kommunistischen Politik.

Am Anfang hatte man sich selbst nur als die Initialzündung der Weltrevolution angesehen. Man war bereit sich zu opfern. Nun da diese ausblieb und der sowjetische Staat, an den man zuerst nicht so recht glauben konnte, sich behauptete, überwiegt von Jahr zu Jahr das Interesse dieses Staates in der Politik der Komintern. Setzt aber die sowjetische Außenpolitik, d. h. ihre konkreten Notwendigkeiten, die strategischen Ziele und die taktischen Aufgaben, so wird in der damaligen Lage logischerweise die Innen- und Außenpolitik des deutschen Staates für die Komintern das Interesse Nr. 1 beanspruchen.

Die KPC, die einmal Rücksicht auf die nationale antideutsche Stimmung der tschechischen Arbeiterschaft nehmen muß und zum anderen in ihrer deutschen Komponente unter Karl Kreibich erklärt, daß die „nationalen Gegensätze die Hindernisse für die Revolution sind“ und daß „wir diese Hindernisse wegräumen müssen“, kommt nun in eine schwierige Lage, sobald Stalin im Interesse des Sowjetstaates versucht, die Kluft zwischen den Deutschen und dem Westen, die durch den Versailler Diktatfrieden geschaffen wurde, zu vertiefen und eben diese nationalen Gegensätze in ganz Mitteleuropa zu benützen, um langfristig eine deutsch-sowjetische Kooperation einzuleiten.

Im Jahre 1922 geht man daran, die Isolierung, die die Weltrevolution nicht beseitigen konnte, auf staatspolitischem Weg zu durchbrechen. Am 16. April wird der Vertrag von Rapallo geschlossen und in den Jahren darauf die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee auf verschiedenen Sektoren intensiviert. Als 1923 Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet besetzen, neigen in Deutschland weite nationale Kreise bis in die Reichsregierung hinein zu einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Ruhrbesetzung und Geldentwertung schaffen aber auch eine revolutionäre Situation in Deutschland. Der linke Flügel der KPD drängt zur Aktion. Die rechte Parteiführung, die von Stalin gedeckt wird, bremst. Stalin will zu diesem Zeitpunkt keinen Umsturz in Deutschland. Als aber im Herbst das geschieht, was Moskau am meisten fürchtete: der Versuch einer Verständigung zwischen Deutschland und dem Westen, entschließt man sich in Moskau zu einem überstürzten revolutionären Eingriff. Er scheitert an der Reichswehr. Im Januar 1924 stirbt Lenin. Das Schwergewicht der internationalen kommunistischen Politik verlagert sich nun immer rascher auf die Interessen des Sowjetstaates. Trotzki hatte die Theorie von der „permanenten Revolution“ geschaffen. Stalin verkündet nun die These vom „Sozialismus in einem Land“. Die Wirklichkeit der Geschichte gibt ihm recht. Diese Politik wirkt sich auf die Komintern insofern aus, als sie zu einer bloßen Agentur der Sowjetunion zu werden beginnt. Stalin hatte sie schon vorher verächtlich als „Lawotschka“ (Krämerladen) bezeichnet. Nun schmilzt er sie über den Weg des „demokratischen Zentralismus“, der den Nachdruck auf straffste zentrale Befehlsgewalt legt, völlig in seinen Machtbereich ein. Dazu ist jedoch nötig, daß sich die Sektio-

nen der Komintern, d. h. die nationalen kommunistischen Parteien, in sich „bolschewisieren“ — nämlich: alle jene Kräfte ausschalten, die nicht bereit sind, sich dem Befehlsweg des demokratischen Zentralismus bedingungslos unterzuordnen und jede Schwenkung der von den außenpolitischen Notwendigkeiten des Sowjetstaates diktierten Kominternpolitik mitzumachen. Der Konflikt zwischen Komintern und KPČ ist damit gegeben.

Die Komintern rechnet mit der kommenden Krise des Friedenssystems von Versailles, St. Germain und Trianon. Stalin will, daß die steigenden Fluten des Nationalismus in Mitteleuropa, vor allem des deutschen, sich in das Flußbett der sozialistischen Revolution ergießen. Aller Wahrscheinlichkeit nach bedeutet diese Entwicklung den Zerfall des tschechoslowakischen Nationalitätenstaates. Wie kann die KPČ für eine solche Politik eintreten, ohne die Massen der tschechischen Arbeiter zu verlieren? Man verlangt von der KPČ etwas, das nahe an Selbstmord heranreicht. Die Tschechen sträuben sich. Mit Worten stehen sie zu allen Kominternresolutionen, aber Taten lassen sie keine folgen. Die sudetendeutschen Kommunisten wiederum sind alles andere als in der Lage, dieser sowjetischen Politik der nationalen Verschärfung zu einem Erfolg zu verhelfen. Ihre Überzeugungen widersprechen dem, was Moskau nun von ihnen fordert. Auf der tschechischen Seite spielt zudem das alte sozialdemokratische Element noch eine große Rolle. Moskau erzwingt eine Säuberung nach der anderen. Die Prager Parteizentrale wechselt einige Male die Parteiführer und stolpert von einer Krise in die andere. Erst 1929 kommt eine junge Gruppe unter Gottwald zum Zug, die bereit ist, jede Kominternpolitik hundertprozentig durchzuführen. Bis dahin aber spielt sich ein innerer Kampf ab, der sich immer wieder um die beiden Themen „Bolschewisierung der Partei“ und „nationale Frage“ dreht.

Am 27. März 1925 ergreift Stalin in der Tschechoslowakischen Kommission des Exekutivkomitees der Komintern das Wort. Er unterzieht die KPČ einer schneidenden Kritik:

„. . . Der tschechoslowakische Staat stellt einen Staat des nationalen Sieges der Tschechen dar. Die Tschechen haben bereits ihren Nationalstaat, in dem sie herrschende Nation sind, erhalten, den Arbeitern geht es vorläufig nicht übel: es gibt keine Arbeitslosigkeit, alles schwelgt in der Idee des Nationalstaates. All das muß natürlich Illusionen des Friedens zwischen den Klassen in der Tschechoslowakei erzeugen . . . Darin ist auch die Ursache dafür zu suchen, daß die Rechten und die Linken [innerhalb der Partei] auf der nationalen Linie auseinandergehen, daß die Slowaken und die Deutschen, die unterdrückten Nationen, auf den linken Flügel gerieten, die Tschechen aber auf den entgegengesetzten Flügel. Genosse Šmeral hat von der Gefährlichkeit einer solchen Scheidung gesprochen. Das ist natürlich richtig. Richtig ist aber auch, daß eine solche Scheidung durchaus verständlich ist, wenn man die obenangeführten nationalen Besonderheiten des tschechoslowakischen Staates und die herrschende Stellung der Tschechen in Betracht zieht. Das sind die wichtigsten Ursachen, die die Gefahr von rechts in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei zu einer besonders ernsten Gefahr ma-

chen. Wie muß der Kampf gegen die rechte Gefahr in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei geführt werden? Man sollte meinen, daß der Kampf gegen diese Gefahr mit größter Entschlossenheit und Unerbittlichkeit geführt werden muß. Aber bei den tschechischen Genossen ist das Gegenteil der Fall. Bekämpft Genosse Šmeral die Gefahr von rechts? Ja, er bekämpft sie. Aber er bekämpft sie so, daß statt einer Überwindung der Rechten bei ihm letzten Endes eine Kultivierung, eine Unterstützung, eine Verteidigung der Rechten . . . herauskommt . . . Was das Recht der Komintern und ihre Einmischung in die Angelegenheiten der nationalen Parteien betrifft, so bin ich absolut nicht einverstanden mit einigen Genossen, die sich für die Beschneidung dieses Rechtes ausgesprochen haben. Die Komintern kann nicht umhin, sich in die Angelegenheiten der einzelnen Parteien einzumischen

..<sup>42</sup>

Stalins Äußerungen geben die Gewitterstimmung wieder, die zwischen Moskau und der Prager Parteizentrale herrscht. Vorher hatte vom 17. 2. bis 8. 3. 1924 der V. Weltkongreß der Komintern in Moskau stattgefunden. Gegenüber der neuen von Moskau gewünschten Linie der Verschärfung des nationalen Kampfes gegen die Friedensverträge und für die Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen und Volksgruppen in Mitteleuropa versuchte die KPČ eine Barriere zu bauen, denn sie mußte befürchten, mit dieser Politik stärksten inneren Belastungen ausgesetzt zu werden. Es war natürlich, daß man seitens der KPČ Kreibich vorschickte, diese Bedenken vorzutragen:

„. . . in der nationalen Frage haben wir in den letzten vier Jahren reichliche Erfahrungen gesammelt, wir sehen heute die verschiedenen nationalen Fragen, vor allem in Europa, klarer vor uns. Kurz nach dem II. Weltkongreß ist mit dem Ausgang des polnischen Krieges die Aussicht auf eine gradlinig aufsteigende revolutionäre Entwicklung zusammengebrochen und damit haben auch die nationalen Probleme für uns ein anderes Gesicht bekommen . . . Es ist aber zu wenig geschehen, um auch die verschiedenen nationalen Fragen und Probleme, vor allem die nationalen Bewegungen und Befreiungskämpfe als Hebel der revolutionären Entwicklung auszunützen. Das muß der V. Weltkongreß nachholen.

Die Behandlung der nationalen und Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß hat also nicht den Zweck, neue Entdeckungen prinzipieller Natur zu machen, sie soll in der Hauptsache den Sektionen der Kommunistischen Internationale den Weg zur praktischen Arbeit, zur praktischen Politik in diesen Fragen weisen. Die Thesen, die der Kongreß zu diesem Punkte annehmen wird, sollen die Grundlage bilden, auf der die kommunistischen Parteien ein nationales Programm auszuarbeiten haben . . . Es genügt nicht, nur im Prinzip und in der Theorie für die Befreiung der Kolonialvölker, für die Gleichberechtigung der Rassen, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und gegen die Bedrückung der Minderheiten zu sein, man muß auch wirklich kämpfen. Die kommunistischen Parteien müssen in dieser Frage eine so ak-

<sup>42</sup> Stalin VII, 50.

tive Politik machen, daß sich . . . bei den unterdrückten Nationen und Minderheiten der Gedanke, die Überzeugung festsetzt, daß die kommunistische Partei die einzige Vertreterin und Verfechterin ihrer Befreiungsbestrebungen ist. Klar und deutlich werden wir allen unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten sagen, daß ihre Hoffnungen auf Befreiung in der kapitalistischen Gesellschaft und mit den Mitteln der bürgerlichen Politik vergeblich sind, daß es nur einen Weg zur wirklichen Befreiung und zur Beseitigung aller Unterdrückung, auch der nationalen Unterdrückung gibt: die proletarische Revolution . . . Erst in der sozialistischen Gesellschaft und in ihrer höchsten Form, der kommunistischen Gesellschaft, werden die nationalen Gegensätze schwinden und werden die Rassenunterschiede, die sprachlichen und nationalen Verschiedenheiten nicht mehr zu Gegensätzen werden können . . . Wenn diese Aufklärungsarbeit mit einer energischen und klugen Politik der kommunistischen Parteien in der nationalen Frage verbunden wird, dann wird es gelingen, die in den nationalen Freiheitsbewegungen . . . sich entwickelnden Energien in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen . . .

Die Minderheitenfrage weist einige Abstufungen auf, dazu ist noch die Erscheinung gekommen, daß in der Tschechoslowakei . . . die Bourgeoisie des einen Teiles der aus zwei . . . Teilen bestehenden Nation die „Einheit“ der Nation mit Gewalt erpreßt, um eine zentralistische Staatsgewalt aufzubauen . . . In allen diesen Fragen müssen die kommunistischen Parteien den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes bedingungslos aufstellen und proklamieren. Jeder Minderheit muß das Recht zuerkannt werden, über ihre staatliche Selbständigkeit selbst zu entscheiden; die Slowaken . . . haben selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit den Tschechen . . . eine Nation bilden wollen oder nicht. In den politischen Kämpfen aber, die durch diese nationalen Fragen aufgerollt werden, darf für die jeweilige Stellung der Kommunisten nur das Interesse der proletarischen Revolution maßgebend sein. Jedes nationale Einzelinteresse ist dem Gesamtinteresse der Revolution unterzuordnen; stets aber müssen die Kommunisten den Zusammenhang zwischen der proletarischen Frage und der nationalen Frage aufzeigen . . . Das Proletariat erkämpft die politische Macht. Die arbeitenden Klassen konstituieren sich selbst als Nation, denn die Nation, das sind die arbeitenden Klassen.

Wir dürfen auch bei der nationalen Frage die Feststellung nicht unterlassen, daß die Lösung dieser Frage erst durch die proletarische Revolution nach dem Sieg des Proletariats möglich sein wird, denn es ist doch auch unsere Pflicht die Illusionen des nationalen Befreiungskampfes, so wie alle Illusionen, zu zerstören . . . die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung vom Staate für die unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten ist wohl unter uns keine strittige Frage. Aber die Proklamierung dieses Rechtes bedeutet doch nicht, daß wir in jedem Falle, wo diese Frage praktisch akut wird, auch als Partei für die Lostrennung sein müssen. Wir werden in jedem einzelnen Fall prüfen müssen, welche Losung wir als Kommunisten ausgeben sollen. Entscheidend wird für uns dabei das prole-

tarische Klasseninteresse, die Interessen der proletarischen Revolution sein. Ich will das praktische Beispiel des tschechoslowakischen Staates herausgreifen. Da müßten wir vor allem beachten, daß ein neuer nationaler Staat wie die Tschechoslowakei, auch wenn er Minderheiten unterdrückt, nicht auf eine Stufe zu stellen ist mit alten mächtigen, imperialistischen Staaten . . . Natürlich können wir nur wirklich vorhandene nationale Bewegungs- und Befreiungskämpfe für unsere kommunistische Politik nutzbar machen, wir können solche Bewegungen und Kämpfe nicht erfinden und konstruieren. In der Slowakei z. B. ist eine starke Bewegung für die Autonomie, in dieser Bewegung können wir die Führung bekommen . . . Eine Lostrennungsbewegung gibt es aber in der Slowakei nicht, denn ein selbständiger slowakischer Staat in der kapitalistischen Gesellschaft würde ein Spielball zwischen Polen und Ungarn sein und die wirtschaftliche und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Slowakei verschlechtern. In einem proletarischen Staatensystem würde die Slowakei fast selbstverständlich in das magyarische Wirtschaftsgebiet fallen und im Falle der proletarischen Revolution in Ungarn könnte eine slowakische Irredenta eine revolutionäre Rolle spielen in unserem Kampf gegen die kapitalistische tschechische Republik.

Ganz anders ist aber wiederum die Lage der deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien. Hier gibt es keinerlei irredentistische Bewegung. Das hängt damit zusammen, daß diese Gebiete seit dem Beginn der kapitalistischen Ära in keiner Weise mehr zu Deutschland gehören und daß sie mit den tschechischen Gebieten seit Jahrhunderten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind. Es muß vor allem festgestellt werden, daß Deutschböhmen ein industriell hochentwickeltes Gebiet ist, sodaß es sich hier keineswegs um die Unterdrückung und Ausbeutung eines wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebietes handelt. Die ganz besondere geographische, wirtschaftliche und strategische Lage Deutschböhmens macht die Frage der Lostrennung und Angliederung an Deutschland zu einer sehr komplizierten Sache. Für ein proletarisches Deutschland wäre ein von der bürgerlichen tschechoslowakischen Republik losgerissenes Deutschböhmen nur ein gefährlicher Ballast, denn seine Angliederung wäre nur durch einen Krieg mit der ČSR zu erreichen. Die deutsche Revolution hätte aber genug zu tun, um ihr eigenes Gebiet zu behaupten und die von Deutschland losgerissenen Gebiete zu befreien. Die Revolution in der Tschechoslowakei aber würde wertvolle Kampftruppen verlieren. Sollte aber die proletarische Revolution in der Tschechoslowakei früher als in Deutschland zum Sieg gelangen, so müßten wir eine Irredenta in den deutschen Gebieten, die doch nur einen gegenrevolutionären Charakter haben könnte, mit Gewalt niederhalten, denn die Abtrennung dieser Gebiete und ihr Anschluß an ein kapitalistisches Deutschland würden den proletarischen tschechoslowakischen Staat zur Kapitulation vor den tschechischen Kapitalisten zwingen.

Eine Lostrennung dieser Gebiete aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft würde einen nationalen Verzweiflungskampf bedeuten, denn eine Angliederung dieser Gebiete an ein kapitalistisches Deutschland müßte den

Untergang des tschechoslowakischen Staates und seine Umwandlung in eine Kolonie des deutschen Imperialismus bringen.

Wir werden als Kommunisten für die Selbstverwaltung der deutschen Gebiete, für die nationale Gleichberechtigung und für die Beseitigung der nationalen Vorherrschaft einer sogenannten Staatsnation, in Wirklichkeit der tschechischen Bourgeoisie, kämpfen, aber unser Kampf für die nationale Befreiung der unterdrückten Völker und Minderheiten kann nicht so geführt werden, daß er die Restaurierung der nationalen Unterdrückung der Völker zur Folge hätte, die wie die Tschechen und Slowaken, einen solchen Befreiungskampf schon geführt haben, der gewiß nicht minder berechtigt und revolutionär war als die nationalen Befreiungskämpfe, die wir jetzt zu den unseren machen wollen.“<sup>43</sup>

Zwei Dinge werden in Kreibichs Referat deutlich: 1. Die Rückzugsposition, die er gegenüber seinen früheren Thesen einnimmt, indem er davon spricht, daß „vor allem die nationalen Bewegungen und Befreiungskämpfe als Hebel der revolutionären Entwicklung ausgenützt“ werden müßten und daß „jeder Minderheit das Recht zuerkannt werden müsse, über ihre staatliche Selbständigkeit zu entscheiden“. 2. Die Hartnäckigkeit, mit der er versucht, gleichzeitig die praktische Anwendung dieser Thesen im Sinne seiner alten Auffassungen und bisherigen Politik der KPČ in der nationalen Frage auszu legen. Für die KPČ steht allerdings mit dieser Frage die Existenz auf dem Spiel. Die ganze Vorrede Kreibichs dient demnach dazu, schließlich zu unterstreichen, daß man im Falle der Deutschen der böhmischen Länder in keinem Fall eine Politik der „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ betreiben könne und dürfe. Gegenüber Moskau führt er eine Art elastischer und hinhaltender Verteidigung. Wie früher stellt er fest, daß es nur einen Weg zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung gebe: die proletarische Revolution. Wie früher legt er den orthodoxen Maßstab an: „Jedes nationale Einzelinteresse ist dem Gesamtinteresse der Revolution unterzuordnen“. Er geht sogar soweit, die Nation mit den arbeitenden Klassen allein gleichzusetzen, eine Auffassung, die später von Manuilski als linkssektiererisch verdammt wird. Während die Komintern, d. h. Moskau, die nationalen Befreiungskämpfe verschärfen und für ihre Zwecke benützen will, spricht Kreibich davon, daß es Pflicht der Kommunisten sei „die Illusionen des nationalen Befreiungskampfes zu zerstören“. Namens der Komintern antwortet der Vertrauensmann Stalins Dmitri Manuilski:

„. . . Wir sehen in Europa in den Staaten mit starken nationalen Minderheiten eine Zuspitzung der nationalen Konflikte. Der Versailler Frieden und die auf ihn folgenden ‚Friedens‘-Verträge haben Mitteleuropa balkanisiert. An Stelle der großen Staatengebilde mit einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet haben sie ein nationales Durcheinander durch Schaffung sogenannter nationaler Staaten gebracht . . . Imperialistische Cliques haben auf den Trüm-

<sup>43</sup> Internationale Presse-Korrespondenz. Zit. Inprecorr No. 25 (1924) 67. Die nationale Frage und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß.

mern von Österreich und Deutschland neue Staatsgebilde geschaffen, die typische Nationalitätenstaaten, von inneren nationalen Konflikten zerfleischt, darstellen . . . Nehmen wir ein . . . Beispiel: die Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei hat eine Bevölkerung von etwa 13,5 Millionen, wovon etwa 6 Millionen, d. h. 44,4% der Gesamtbevölkerung Tschechen sind. Der tschechoslowakische Staat hat Industriegebiete mit Textil-, Berg- und Glasindustrie annektiert, die ausschließlich von Deutschen — etwa 3,7 Millionen an der Zahl — bevölkert sind. Die Deutschen bilden somit 27,4% der Bevölkerung des tschechischen Staates. Ferner gehören dem tschechischen Staat die Slowaken, zwei Millionen an der Zahl, an, was 14,8% der Gesamtbevölkerung gleichkommt. 800.000 Ungarn, d. h. 5,9%, 400.000 Ukrainer in Karpathorußland, d. h. 2,9%, 360.000 Juden, d. h. 2,7% und sonstige 1,9%.

. . . Wir haben auf dem II. Kongreß das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker einschließlich der Lostrennung anerkannt. Wer aber ist der Träger dieses Selbstbestimmungsrechtes? Diese Streitfrage . . . ist bedauerlicherweise für sehr viele europäische Genossen noch nicht klar. Die russischen Genossen wissen, daß es auf unserem 8. Parteitag auch bei uns nihilistische Abweichungen in dieser Frage gegeben hat. Manche Genossen waren der Auffassung, daß der einzige Träger des Rechtes auf Lostrennung in der Epoche des Imperialismus nur das Proletariat des betreffenden Landes sein kann. Andere, die Ultralinken, gingen noch weiter und behaupteten, daß die Frage der Selbstbestimmung einschließlich der Lostrennung nicht der Kompetenz des einen oder anderen nationalen Proletariats, das diese Frage seinen nationalen Interessen entsprechend lösen würde, unterliegt. Die Selbstbestimmung meinten sie, muß den Interessen des proletarischen Kampfes im ganzen untergeordnet sein und der Träger des Selbstbestimmungsrechtes könne daher bloß die Internationale sein. Ihr seht, Genossen, zu welchen absurden Behauptungen man sich in unserer russischen Diskussion verstieg . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bourgeoisie im Rahmen des kapitalistischen Staates die nationale Frage nicht lösen kann. Hieraus folgt aber keinesfalls, daß wir die Verwirklichung des Rechtes der unterdrückten Völker auf Lostrennung bis zum Sieg der sozialen Revolutionen in der ganzen Welt hinauschieben müssen . . . Die Frage so zu behandeln, heißt daher, den aktuellen Problemen des gegenwärtigen Moments aus dem Wege zu gehen.

Die . . . Fragengruppe ist mit der Frage der Irredenta verknüpft und besitzt eine doppelte Form: es handelt sich um die Irredenta zwischen einem Arbeiter- und Bauernstaat und einem bürgerlichen Staat und um die Frage der Irredenta zwischen zwei bürgerlichen Staaten. Diese Fragengruppe ist von umso größerer Aktualität, weil die imperialistische Neuaufteilung der Welt, die nach dem europäischen Krieg stattgefunden hat, die Völker zerstückelt hat. Konkret wurde das Problem der revolutionären Irredenta in den Beziehungen der Sowjetunion und der ihr benachbarten Staaten gestellt. So hat die polnische Partei . . . beschlossen, die Bewegung der dem polnischen Staat angehörenden Ukrainer und Weißrussen für ihren Anschluß an die Arbeiter- und Bauernrepubliken der Sowjetunion zu unterstützen. Erklärungen

ähnlichen Charakters finden wir bei den estländischen Kommunisten, den Kommunisten in Karpathorußland usw. Gleichzeitig finden wir aber in der Praxis unserer kommunistischen Parteien auch Beschlüsse entgegengesetzten Charakters. So hat 1921 die Reichenberger Konferenz der tschechoslowakischen Partei, die damals noch als Opposition der Sozialdemokratischen Partei angehörte, bei der Erörterung der Frage der revolutionären Irredenta der dem tschechoslowakischen Staat angehörenden 3,5 Millionen Deutschen im Falle des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland gegen Lostrennung der deutschen Gebiete Stellung genommen und diesen Beschluß mit den Interessen der proletarischen Revolution in der Tschechoslowakei begründet. Sind aber unsere kommunistischen Parteien bereit, die Berechtigung der revolutionären Irredenta anzuerkennen, so herrscht in der Frage der Irredenta zwischen zwei bürgerlichen Staaten eine entschieden ablehnende Stellungnahme. So ist in den Thesen zur nationalen Frage, die auf dem 2. Parteitag der polnischen kommunistischen Partei angenommen wurden, kein Wort über die „Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung“ für die zwei Millionen zählende deutsche Bevölkerung des gegenwärtigen Polen enthalten . . .

Ohne eine . . . Konkretisierung werden wir Fehler nicht vermeiden. Solche haben sich aber in der nationalen Praxis unserer kommunistischen Parteien in nicht geringer Anzahl angehäuft . . .

Welche praktischen Folgen hat eine solche (fehlerhafte) Behandlung dieser Frage? Die Folge kann bloß eine Passivität der kommunistischen Partei gegenüber einem der brennendsten Probleme sein. Wenn wir diesen Standpunkt gründlich durchdenken, werden wir feststellen müssen, daß solche Anschauungen aus der II. Internationale stammen. Die grundlegende Voraussetzung für eine solche Behandlung der nationalen Frage . . . ist der Gedanke, daß das Proletariat den bürgerlichen Staat in jenen Grenzen nehmen muß, die durch eine Reihe von Kriegen und Gewaltakten geschaffen wurden.“<sup>44</sup>

Es ist nicht verwunderlich, daß auf Grund dieser zum Teil offen zum Teil versteckt gegeneinanderstehenden Auffassungen der KPC und der Komintern in der nationalen Frage sich in den Reihen der tschechoslowakischen Partei eine Verwirrung ausbreitete. Das Exekutivkomitee der Komintern sah sich deshalb genötigt, nach Abschluß des V. Kongresses eine offizielle Erläuterung der Thesen zur nationalen Frage, soweit sie die Tschechoslowakei betrafen, herauszugeben. In ihr wird das „Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung“ nochmals nachdrücklich unterstrichen, dann aber, um der tschechischen Seite entgegenzukommen, durch die Losung einer „föderativen Vereinigung nationaler Staaten“ abgeschwächt:

„Das Exekutivkomitee der Komintern gibt die nachfolgende authentische Erläuterung zur Resolution des V. Kongresses zur nationalen Frage in Anpassung an die jetzigen besonderen Bedingungen des proletarischen Kampfes in der Tschechoslowakei:

---

<sup>44</sup> Manuilski, D.: Bericht über die Nationalitäten- und Kolonialfrage. Protokoll des V. Kongresses der Komintern. 1924, S. 620—623.

Nach der Meinung der Komintern hat die KPČ den Kampf der nationalen Minderheiten gegen die Unterdrückung von seiten der herrschenden tschechischen Bourgeoisie, die ein unmittelbarer Vasall des französischen Imperialismus ist, zu unterstützen. Indem die KPČ das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich der staatlichen Lostrennung anerkennt und alle Versuche, die nationalen Minderheiten mit Gewalt im Rahmen des gegenwärtigen Staatswesens zu halten, bekämpft, ist sie verpflichtet, die durch die nationalen Minderheiten aufgestellten Forderungen gegen die nationale Unterdrückung mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die KPČ muß dabei mit ihrer Propaganda und Agitation darauf hinweisen, daß diese Forderungen selbst vom Gesichtspunkt einer konsequenten bürgerlichen Demokratie eine Halbheit sind. Dem demokratischen Gesichtspunkt würde gegenwärtig die Losung der föderativen Vereinigung der nationalen Minderheiten in einer Republik entsprechen. Die KPČ hat die Pflicht die aufgestellten Forderungen der Minderheiten in eine Losung einer föderativen Vereinigung nationaler Staaten zu erweitern. Je nachdem die KPČ aber in ihrem Kampf über die kapitalistische Ordnung hinausgehen und die Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung als unmittelbare Aufgabe bevorstehen wird, soll als zusammenfassende Losung für die nationale Frage die Forderung nach einer Union von Arbeiter- und Bauernrepubliken aufgestellt werden. Diese Losung ist eine eigene Losung der KP, denn nur die freiwillige Union der in den Arbeiter- und Bauernstaaten organisierten Nationen kann eine feste Grundlage für die Lösung der nationalen Frage bilden.<sup>45</sup>

Die Auseinandersetzung war damit aber nicht beendet. Sie wurde auf dem von Moskau geforderten Parteikongreß der KPČ (Oktober 1924) fortgesetzt. Vorher hatte der tschechische Parteiführer Šmeral auf einer Konferenz in Kladno am 28. September nochmals den tschechischen Standpunkt verteidigt:

„Jetzt sage ich einige Worte über die nationale Frage. Die Rüge des V. Kongresses, daß wir den nationalen Problemen der Tschechoslowakei nicht genügend intensive Aufmerksamkeit geschenkt haben, die diese Frage verdient, halte ich für berechtigt. Unsere Presse hat nicht genügend energisch die Unterdrückungspolitik der tschechischen Bourgeoisie und der Koalitionsregierung gegen die nationalen Minderheiten gebrandmarkt. Ein Teil der Schuld trägt auch der Parteiapparat in den Minderheitengebieten. Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Minderheiten bis zur Lostrennung ist eine der ersten Pflichten der tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter . . . Nun haben wir vor uns die komplizierte und verantwortliche Aufgabe, die allgemeine Sprache . . . auf die spezielle in jedem einzelnen Staat anzuwenden . . . Das ist keine leichte Sache und besonders müssen wir uns von Versuchen freihalten, mechanisch richtige Lösungen in einem Land auf einen anderen Staat zu übertragen. Mitteleuropa gehört zu

<sup>45</sup> Inprecorr No. 45 (1924) 1089. Der Parteitag der KPČ. Erklärung des EKKI zur nationalen Frage in der Tschechoslowakei.

dem Staatenkomplex, wo die nationalen Massen sehr empfindlich auf die nationale Frage reagieren und deshalb ist es sehr begreiflich, daß wir jedes Wort genau erwägen müssen, das wir den Thesen über die nationale Frage einfügen. Nach dem Krieg ist die nationale Empfindlichkeit in den mitteleuropäischen Staaten vielleicht noch größer als vor dem Krieg und das zwingt uns dazu, bei unserem Vorgehen sehr vorsichtig zu sein.

Auf dem Kongreß werden wir uns auch mit der nationalen Frage dieses Staates befassen und konkrete Parolen suchen, die die Partei in der gegebenen Situation aufstellt . . . Das, was wir unter den gegebenen Verhältnissen den tschechischen, deutschen, slowakischen und ukrainischen Arbeitern sagen, hängt von der konkreten Situation ab. . . daß eine mechanische Lösung nicht genügt, sondern daß wir die konkreten Verhältnisse betrachten müssen. Aus diesem Grunde meine ich, daß wir die Thesen über die nationale Frage annehmen, die die allgemeine Linie des Leninismus im nationalen Problem des Landes konkretisieren, eine gründliche Diskussion durchführen müssen, umso mehr, als Fehler auf diesem Gebiet unsere ganzen Positionen in der Tschechoslowakei schädigen könnten. Es wäre aber Opportunismus, wenn wir uns einfach den herrschenden Stimmungen anpassen und ein indirektes Kompromiß mit dem Sozialpatriotismus abschließen würden . . . Die Kommunisten müssen auch den Mut haben, unpopuläre Sachen zu verteidigen und alle Stimmungen der Arbeitermassen überwinden, wenn sie unrichtig sind, sie müssen den Mut haben gegen den Strom zu schwimmen. Aber gerade deshalb müssen wir eine richtige konkrete Lösung der nationalen Frage in der Tschechoslowakei finden . . .“<sup>46</sup>

Aus der Rede Manuilskis vor dem tschechoslowakischen Parteikongreß lassen sich die Ziele der Kominternpolitik deutlich erkennen. Manuilski fordert das Bündnis zwischen KPČ und den unterdrückten Minderheiten. Er ist bereit, dafür selbst das staatliche Verbot der Kommunistischen Partei hinzunehmen, weil nach seiner und das heißt Moskaus Meinung die verbotene kommunistische Partei dann innerhalb eines Jahres an der Spitze aller Befreiungsbewegungen des Staates stehen würde. Hier deuten sich die strategischen revolutionären Ziele Moskaus in Zentraleuropa an. Man darf auch nicht vergessen, daß zu dieser Zeit die Kommunistische Partei in Deutschland Millionen Anhänger, ja Kämpfer, hinter sich scharen konnte. Stalin rechnet, daß der Kampf gegen Versailles das deutsche Volk in einen unlöslichen Gegensatz zum Westen bringen wird, aus dem schließlich der Konflikt zwischen den europäischen Staaten und die Revolution in Zentraleuropa entstehen muß. Daher mußten unter allen Umständen die nationalen Gegensätze in der ČSR geschürt werden; daß sie dabei gleichzeitig in der internationalen Klassensolidarität überbrückt und überwunden werden sollen, ist eine theoretische Konstruktion. Dies zeigt deutlich den Zweckcharakter der Forderung des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung“. Die Basis der

<sup>46</sup> Inprecorr No. 41 (1924) 970—977 Ref. des Gen. Šmeral auf der Kreiskonferenz in Kladno.

KPČ im tschechischen Volk darf natürlich nicht zur Gänze aufs Spiel gesetzt werden. Aber Manuilski zieht die Trennungslinie, wenn er sagt, daß die Partei vor der Wahl steht, sich auf Elemente hin zu orientieren, die den tschechischen Mittelstand repräsentieren, oder aber sich mit den unterdrückten nationalen Minderheiten zu verbünden. Die Entscheidung kann nur zugunsten der revolutionären Möglichkeit fallen:

„Es genügt in der Tschechoslowakei nicht, die Thesen der Komintern in wichtigen taktischen Fragen anzunehmen. Wir sind überzeugt, daß der Standpunkt des V. Kongresses in diesen Fragen hier einstimmig angenommen wird. Aber es ist notwendig, diese Fragen für die Tschechoslowakei zu konkretisieren. Diese Konkretisierung muß von gewissen Voraussetzungen ausgehen . . . Diese Voraussetzungen bestehen in erster Linie in der Schaffung eines engen Bundes der Arbeiterpartei mit der armen Bauernschaft und mit den unterdrückten nationalen Minderheiten. Die Schaffung dieses Bündnisses ist die politische Grundfrage der Tschechoslowakei. Es genügt nicht, daß wir uns politisch auf den Standpunkt des V. Kongresses stellen, sondern wir müssen eine praktische Politik einschlagen, um die Voraussetzungen dieses Blocks der Arbeiterpartei mit der Bauernschaft und mit den unterdrückten Minderheiten herzustellen.

Eine zweite Frage ist dann in diesem Zusammenhang die nationale Frage. Hierzu erachte ich für nötig, folgendes zu sagen: Heute ist eine Erklärung des Exekutivkomitees der Komintern zur nationalen Frage in der Tschechoslowakei erschienen. Diese Erklärung ist ausgegangen von den Schwierigkeiten, die die KPČ bei der Durchführung einer wirklichen kommunistischen Nationalpolitik zu überwinden haben wird. Wir müssen Euch erklären, daß wir dabei nicht an jene Schwierigkeiten denken, die vielleicht darin gesehen werden, daß die tschechoslowakische Bourgeoisie die Partei auf der Grundlage einer nationalen Politik auflösen möchte. Wir sind der Auffassung, daß, wenn die Bourgeoisie dies versuchen will, sie dies versuchen soll. Sie wird dann erleben, daß in einem Jahr die KP in der Tschechoslowakei der Grundpfeiler aller nationalen Bewegungen in der Tschechoslowakei sein wird. — Wenn wir von den Schwierigkeiten sprechen, auf die wir Rücksicht genommen haben, so denken wir vor allem an die Schwierigkeiten, die innerhalb der Partei noch selbst bestehen, um eine wirkliche kommunistische Nationalpolitik durchzuführen. Worin bestehen denn diese Schwierigkeiten? Daß die tschechischen Arbeiter, die jahrhundertlang einer unerhörten nationalen Unterdrückung in der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgesetzt waren, heute noch nicht vollkommen das nationale Denken und Fühlen abgelegt haben. Es ist nicht einfach, diese Dinge zu beseitigen, es kann dies nicht mit einem Federstrich geschehen, nicht durch die Annahme einer Resolution, sondern es handelt sich um einen langen Prozeß. Aus dieser Erwägung heraus erachten wir es für notwendig, die nationale Politik in der Tschechoslowakei diesen Dingen anzupassen. Das bedeutet nicht, daß wir in wesentlichen Fragen im nationalen Problem irgendwelche Konzessionen machen, das werden wir nie tun, sondern es dreht sich darum, daß wir auf die

Stimmungen, von denen ich sprach, Rücksicht nehmen und die nationale Politik so stellen, daß sie diese Dinge überwinden kann.

Wir müssen aber sagen, daß es unmöglich ist, gerade weil wir in prinzipieller Hinsicht keine Zugeständnisse machen können, die Vorschläge, die Kreibich in der nationalen Frage gemacht hat, anzunehmen . . . Der erste Parteitag der KPČ hat in der nationalen Frage im Februar 1923 nicht einmal grundsätzlich eine Formel des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung ausgesprochen. Das ist nicht das Schlimmste. Die Partei wird das jetzt tun. Es ist aber notwendig zu sagen, was diese Parole konkret bedeutet, was das Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Loslösung für eine Bedeutung hat. Hat es die Bedeutung, daß wir, wenn wir dieses Recht propagieren, aktiv einen Kampf für die Loslösung der einzelnen nationalen Minderheiten von der tschechoslowakischen Republik führen werden? Eine solche Auslegung dieses Rechtes ist unrichtig. Es geht nicht darum. Ich muß in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel des Genossen Stern hinweisen, wo er in der Frage auch etwas über das Ziel hinausgeschossen hat. Er hat in einem Artikel erklärt, daß die aktive Propaganda für das Selbstbestimmungsrecht bis zum Rechte der Loslösung nur in Karpathenrußland in Betracht komme, daß aber in dem deutschen Gebiet mit Rücksicht darauf, daß dort keine separatistische Bewegung bestehe, diese nicht in Betracht kommen könne. Ich sage: Wir stellen die Frage des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung als eine prinzipielle Frage. Für uns ist dies ein Mittel zur sehr starken Agitation und Propaganda und auch zu einer großen Erziehungsarbeit unter den Arbeitermassen in nationaler Beziehung. Deshalb verteidigen wir dieses Recht unabhängig davon, ob nationale Bewegungen vorhanden sind oder nicht . . .

Was bedeutet die erzieherische Ausnutzung dieser Parole? Sie bedeutet, daß wir mit ihrer Hilfe die Überreste des nationalen Denkens, des Chauvinismus unter der tschechischen Arbeiterklasse überwinden können. Die Parole des Selbstbestimmungsrechtes bis zur staatlichen Loslösung gibt uns die Möglichkeit, die Massen so zu erziehen, daß sie sehen, daß die Verwirklichung der Parole auch die beste Garantie für die gemeinsame Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Arbeiterklassen auf einer gemeinsamen Grundlage darstellt, wenn das Proletariat an die Macht kommt.

Wir als Kommunisten haben, wenn wir zur Macht kommen, natürlich ein Interesse daran, möglichst große ökonomische Territorien, möglichst große Wirtschaftsgebiete zu erhalten, nicht sie zu zersplittern. Aber gerade durch die praktische Stellung und Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung vermögen wir so ungeheure Erziehungsarbeit zu leisten, daß die nationalen Minderheiten im entscheidenden Moment ihre vollkommene Gleichberechtigung mit der größten Nation fühlen und gar kein Interesse haben, sich von ihr zu trennen, sondern im Gegenteil gewillt sind, in einer Föderation zusammenzuarbeiten . . . Auf diese Weise stellt sich heraus, daß die Parole des Selbstbestimmungsrechtes bis zum Rechte der staatlichen Loslösung die beste Garantie und Voraussetzung für die Ermöglichung der Zusam-

menarbeit vieler Nationen auf einer brüderlichen Grundlage in einem föderierten staatlichen Rahmen dargestellt.

Wir müssen aber sagen, daß wir nicht einverstanden sein können, trotzdem wir uns jetzt mit dem Genossen Šmeral in der nationalen Frage sozusagen auf einer Linie befunden haben, mit der Art und Weise der erzieherischen Fragestellung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Losrennung, wie er das in Kladno ausgesprochen hat . . . Genosse Šmeral hat auch den Gedanken ausgesprochen, daß wir bei der Nationalpolitik in der Tschechoslowakei so vorgehen müssen, daß wir die Legionärskreise, die für uns eine gewisse Bedeutung haben, nicht von uns abstoßen . . . Das ist schon eine Frage der praktischen Politik der Partei, wie sie das tun will. Aber es entsteht die Frage, ob wir, wenn wir der Partei eine politische Orientierung geben, uns dann mehr auf diese Elemente hin orientieren, die den tschechischen Mittelstand repräsentieren und ihn ideologisch verkörpern, oder aber auf die unterdrückten nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei. Wir glauben, daß wir diese Frage ganz entschieden in dem Sinne beantworten müssen, daß wir unsere Politik auf die unterdrückten nationalen Minderheiten orientieren müssen.“<sup>47</sup>

Am Ende des Kongresses ist die Komintern ihrem Ziel ein Stück näher gekommen. Zwar sind die jungen Radikalen noch nicht stark genug, die Macht zu übernehmen, aber doch finden einschneidende Veränderungen statt. Šmeral, jahrelang der große alte Mann und Führer der tschechischen Kommunisten, muß weichen. Er wird von der Komintern zunächst einmal nach China geschickt, um der chinesischen Kommunistischen Partei als politischer Berater zu dienen. Das ist zu dieser Zeit ein Posten bar jeden Einflusses, denn Tschiangkaischek geht gerade daran, seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufzukündigen und die Partei härtesten Verfolgungen auszusetzen. Kreibich übt Selbstkritik und wird auf einen untergeordneten Posten nach Moskau abgeschoben. Viktor Stern, den Manuilski kritisiert hat, weil er behauptete, daß das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei nicht in Frage käme, schreibt nach dem Parteitag in der kommunistischen Internationalen Pressekorrespondenz:

„Der Kampf um die unbedingte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung und um eine aktivere Politik des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung stieß auf theoretische Einwände, hinter denen sich bewußt oder unbewußt das opportunistische Ausweichen vor allzu schroffer Herausforderung der Regierung oder eine allzu starke Konzession an sozialpatriotische Rücksichten auf ‚naše Republika‘ verbarg.“<sup>48</sup>

Welche Stellungnahme nimmt die KPC zu den sudetendeutsch-tschechischen Verständigungsversuchen außerhalb ihrer Reihen? 1926 wurde erstmalig von Regierungsseite der Versuch einer politischen Annäherung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen unternommen. Die deutschen Landbündler

<sup>47</sup> Inprecorr No. 45 (1924) 1093—1095. Rede des Gen. Manuilski.

<sup>48</sup> Inprecorr No. 154 (1924) 2100—2102. Der Parteitag der KPC.

und die Christlichsozialen traten in das Kabinett Švehla ein. Für das Verhältnis innerhalb dieser Koalition wurde die gut klingende Formel „Já pán — ty pán“ gefunden. Aber von einem beginnenden echten nationalen Ausgleich konnte keine Rede sein. Die Kommunisten, die nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern letztlich doch auch die Vereinigung der Nationen der Republik auf ihre Banner geschrieben hatten, nahmen zu dieser Entwicklung der nationalen Frage naturgemäß eine Haltung ein, die ihrer Klassenkampftheorie und der Ausnützung der Schwächen des in seinen Anfängen stecken gebliebenen nationalen Ausgleichsversuchs gemäß der neuen Kominternlinie entsprach. Die kommunistische Internationale Pressekorrespondenz schreibt dazu am 31. Dezember 1925:

„Die tschechische Bourgeoisie sucht also eine ‚nationale Verständigung‘, die ihre gewaltsame Vorherrschaft unangetastet läßt. Diese Verständigung wird, wenn sie zustande kommt, von der ganzen Bourgeoisie und den Sozialreformisten aller Nationen als ein ‚gewaltiger Fortschritt‘ gepriesen und zur Einlösung der arbeitenden Massen ausgenützt werden. Sie wird natürlich nichts anderes sein, als eine Verständigung der verschiedenen Bourgeoisien zu dem Zweck, um die vom Proletariat drohenden Gefahren leichter abzuwehren und die Offensive der Bourgeoisie verstärken zu können. Aber diese Verständigung wird trotzdem zur Revolutionierung der Massen beitragen. In dem Augenblick, in dem Hlinka in die Regierung eintritt, werden die armen Bauern seiner Partei dem Kommunismus zugetrieben, weil sie dann erkennen müssen, daß nur dieser ehrlich gegen die Unterdrückung der Slowaken kämpft. Ähnliche Wirkungen müssen sich auch in den deutschen Gebieten zeigen, wenn deutsche Minister in der Regierung sitzen, die nationale Unterdrückung aber bleibt . . .“<sup>49</sup>  
und am 24. März 1926:

„In dieser Lage, in der die tschechische Bourgeoisie nach neuen Wegen sucht, um ihre Klassenherrschaft und nationale Vorherrschaft aufrecht zu erhalten, und die tschechischen Sozialpatrioten nach neuen Methoden, ihre Bourgeoisie bei diesem löblichen Unternehmen zu unterstützen, haben die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen und die deutschen sozialdemokratischen Führer keine andere Sorge als die, der tschechischen Bourgeoisie ihre Mitarbeit in der demütigsten Weise anzubieten . . . Die deutsche Bourgeoisie ist also bereit, an der Regierung bedingungslos ohne die geringste Änderung im gegenwärtigen System der nationalen Unterdrückung teilzunehmen, sogar jetzt, wo die famose, jeder nationalen Gerechtigkeit hohnsprechende Sprachenverordnung in Kraft getreten ist, welche dieselbe Bourgeoisie zu einer groß angelegten nationalistischen Hetze ausnützte. Die deutschen Sozialdemokraten wieder betteln die tschechische Bourgeoisie an, doch ‚Vernunft‘ anzunehmen, einzusehen, daß ihre Politik den Staat ins Unglück stürze, und einen ‚nationalen Ausgleich‘ herbeizuführen . . . All dem gegenüber zeigen nur wir Kommunisten den Arbeitenden und den unterdrückten

<sup>49</sup> Inprecorr No. 52 (1925) 1522. Die Krise in der Tschechoslowakei.

Völkern den einzig möglichen Weg: Zusammenschluß der Arbeitenden und Unterdrückten aller Nationen zu gemeinsamem Kampf für eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und gegen die nationale und jede sonstige politische Unterdrückung.“<sup>49a</sup>

In der Zeit der beginnenden Weltwirtschaftskrise entwickelte sich die zweite Linie des deutschen „Aktivismus“, indem die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung eintraten. Die tschechische Sozialdemokratie hielt mit den übrigen Völkern des Staates einen sogenannten „Vereinigungskongreß“ ab. Es ging der Sozialdemokratischen Partei zweifellos nicht nur um die Verbreiterung und Stabilisierung ihrer Machtpositionen, sondern eben so sehr auch um die Abwehr einer kommunistischen Radikalisierungswelle gerade in den Minderheitsgebieten. Die schwache Seite der ganzen „Vereinigung“ war aber wiederum die nationale Frage, und die Kommunisten versäumten nicht, hier die Fassade niederzureißen. Am 31. 1. 1928 schrieb der ehemalige Parteiführer Šmeral von Moskau aus zur „Vereinigungskomödie der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei“:

„Das Selbstbestimmungsrecht besteht für die tschechische Sozialdemokratie nicht. Im Gegensatz dazu waren ihre Reden besonders klar, als sie von der deutschen Sozialdemokratie die ‚Anerkennung des Staates‘ und der ‚Republik‘ forderten . . . In der Tschechoslowakei wird die KP noch mehr als zuvor für die wirtschaftlichen Tagesbedürfnisse der Arbeiter in den Fabriken und der werktätigen Massen auf dem flachen Land kämpfen. Sie wird noch klarer und tatkräftiger als zuvor in der nationalen Frage den leninistischen revolutionären Standpunkt verfechten.“<sup>50</sup>

Als dann der Kongreß am 28. und 29. Juni stattfand, goß die KPC ihren ganzen Hohn über die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, die nationale Hürde zu überspringen:

„Der Kongreß war in Wirklichkeit ein deutsch-tschechischer Kongreß . . . Vollständiges Fiasko der nationalen Verständigung . . . Einen wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren, daran hatte natürlich keiner der Arrangeure dieses Kongresses ernstlich gedacht. Hingegen wäre es ihnen wahrscheinlich nicht unlieb gewesen, wenn sie sich in der Frage der nationalen Verständigung wenigstens mit einem kleinem Scheinerfolg hätten ausweisen können. Nicht einmal das konnte auf dem Kongreß erzielt werden. In dieser Hinsicht ist das Urteil über den Kongreß allgemein übereinstimmend. Die nationale Frage wurde einer Kommission übergeben, welche die ‚Voraussetzungen zu der Förderung ihrer Lösung zu untersuchen‘ hat und jedenfalls genauso enden wird, wie die seinerzeitige gewählte Kommission des Hamburger Internationalen Kongresses, die den Streit zwischen der tschechischen und der deutschen sozialdemokratischen Partei untersuchen sollte und nach langen vergeblichen Geburtswehen mit dem Eingeständnis des Bank-

<sup>49a</sup> Inprecorr No. 48 (1926) 655. Der Zusammenbruch der Koalition in der Tschechoslowakei.

<sup>50</sup> Inprecorr No. 11 (1928) 212. Vereinigungskomödie der soz. dem. Parteien der Tschechoslowakei.

rotts unverrichteter Dinge das Zeitliche segnete . . . Auch dieser Stabilisierungsversuch hat wie alle anderen eine zweite für die Bourgeoisie und Sozialdemokratie weniger erfreuliche Seite. Die Massen werden sehr rasch sehen, was ihnen an Stelle der versprochenen ‚Verständigung‘ . . . in Wirklichkeit geboten wird. Die Folge muß ein noch stärkeres Abschwenken der Massen von den reformistischen Führern sein, eine entschlossener und raschere Sammlung im Lager des Kampfes, zu dem die ganze Entwicklung treibt.“<sup>51</sup>

„Die tschechischen Sozialdemokraten haben auch dem deutschen Arbeiter unzählige Faustschläge ins Gesicht versetzt, sie haben ihnen, geradeso wie der reaktionäre Bourgeoisvertreter Dr. Kramář, das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen und sich äußerst feindselig gegen sie erklärt. Als das ganz offenkundig gegen die nationalen Minderheiten und gegen die oppositionelle Bewegung gerichtete Gesetz zum Schutze der Republik zur Verhandlung stand, da sprach sich der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech sehr scharf gegen diesen Gesetzesentwurf aus, der tschechische Sozialdemokrat Dr. Meißner aber setzte sich entschieden für ihn ein. Jetzt ist es Sache der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu prüfen, was Czechs ‚Anerkennung des durch Krieg und Frieden geschaffenen Zustands‘ bedeutet . . .“<sup>52</sup>

Auch der VI. Kongreß der Komintern in Moskau nahm noch einmal zur nationalen Frage der Tschechoslowakei Stellung. Der Delegierte Mondok erklärte:

„. . . In der Tschechoslowakei sind von 14 Millionen sechs Millionen Tschechen. Das ist von großer Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die sogenannten Herrschernationen aller dieser Staaten bestrebt sind, sich die annektierten Gebiete in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht völlig zu unterwerfen und eine Politik der Entnationalisierung und Kolonisierung verfolgen. Diese Politik stößt auf große Schwierigkeiten und löst Entrüstung und Notwehr von seiten der breiten Massen aus, die diese annektierten Gebiete bewohnen. Die Erobererstaaten verschleiern Ausbeutungsmethoden hinsichtlich der annektierten Gebiete durch nationale Losungen und führen eine Politik der Entnationalisierung durch. Infolgedessen reift in den annektierten Gebieten der Ausbruch einer nationalen Befreiungsbewegung heran, die einen völlig revolutionären Charakter hat. Diesem Kampf schließen sich auch die nichtproletarischen Elemente an und versuchen, sich an seine Spitze zu stellen. Die Komintern überhaupt und die beteiligten Sektionen insbesondere stehen hier vor einer großen Aufgabe: sie müssen diesen Kampf zu einem restlos revolutionären machen, den nationalen Befreiungskampf in den Dienst des Klassenkampfes stellen, der Bourgeoisie nicht gestatten, diesen Kampf zur Untergrabung der proletarischen Solidarität zwischen den Werktätigen aller Nationen des betreffenden Staates auszunutzen. . .

. . . Es kann jedoch nicht behauptet werden, daß alles was möglich ist in

<sup>51</sup> Inprecorr No. 12 (1928) 231—232. Der sozialdemokr. ‚Einheitskongreß‘ in der Tschechoslowakei.

<sup>52</sup> Inprecorr No. 24 (1928) 465—466. Manöver der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

der gegebenen Lage von unseren Parteien auch wirklich getan worden ist. Die elementare Unzufriedenheit der Massen erreicht in diesen Ländern ihren Höhepunkt, die Wellen der nationalen Befreiungsbewegungen . . . überschlagen sich. Alles das schafft eine revolutionäre Situation und müßte der Stärkung und Ausbreitung des Einflusses der kommunistischen Parteien dienen. Die Tschechoslowakei ist in nationaler Hinsicht sehr buntscheckig und die KPČ muß das bei ihrer Arbeit in Rechnung stellen. Indes zeigen sich in der praktischen Arbeit der KPČ große Mängel ihrer Nationalitätenpolitik . . .“<sup>53</sup>

In all dem zeigt sich die anhaltende Unzufriedenheit Moskaus mit der KPČ, der es nicht gelingen will, die nationalen Bewegungen für sich auszunutzen, obgleich sie zumindest seit 1929 jedem Wink der Komintern Folge leistet. So grüßt z. B. der VI. Parteitag der KPČ im März 1931 die KP Deutschlands mit folgenden Worten:

„Der Weg der KPD ist auch für die KPČ und ihre ansteigende bolschewistische Entwicklung ein Beispiel des erfolgreichen Kampfes für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf . . . Der VI. Parteitag der KPČ erklärt die Solidarität des Proletariats der Tschechoslowakei mit dem Kampf der deutschen Proletarier für ein Sowjetdeutschland. Diesen Kampf werden wir aktiv unterstützen durch den Kampf für die Sowjetmacht in der Tschechoslowakei, durch den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung für jene Teile der deutschen Nation, welche auf dem Gebiet der Tschechoslowakei leben.“<sup>54</sup>

Keine Rede war mehr von Kreibichs Theorie über die nationale Frage. Die von Moskau angeordnete Zweckbestimmung hatte über die „linken Abweichler“ (Kreibich) ebenso gesiegt wie über die „rechten Opportunisten“ (Šmeral). Kopecký, nach dem zweiten Weltkrieg Minister und einer der führenden Funktionäre der kommunistischen Tschechoslowakei, der zusammen mit Gottwald, Šverma und Slánský in die Führung der Partei aufgerückt war, hielt auf diesem Parteitag das Referat über die nationale Frage:

„Die Krise des Versailler Systems betrifft auch den tschechoslowakischen Staat, der auf der Grundlage der Friedensverträge acht Millionen Menschen fünf verschiedener Nationen unterdrückt. Vor dem Proletariat der Tschechoslowakei steht in aller Schärfe die Aufgabe des internationalen Kampfes für die Zerschlagung der imperialistischen Friedensverträge und für den Sturz des imperialistischen Systems. Das tschechoslowakische Proletariat muß einen verschärften Kampf nicht nur gegen den tschechischen, sondern auch gegen den französischen, jugoslawischen, rumänischen und polnischen Imperialismus führen . . .

Das System der imperialistischen Friedensverträge, das unter der Parole des Selbstbestimmungsrechtes aufgerichtet wurde, hat die nationale Unterdrückung nicht gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Die Tschechoslowakei ist ein schlimmerer Kerker der Nationen, als es das alte

<sup>53</sup> Inprecorr No. 112 (1928) 2163—2165. Rede des Gen. Mondok.

<sup>54</sup> Inprecorr No. 23 (1931) 623. Der VI. Parteitag der KPČ.

Österreich war. Die nationale Frage gewinnt auch in der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der Krise des Versailler Systems und mit dem wachsenden Widerstand der national unterdrückten Massen, eine besondere Bedeutung für den revolutionären Befreiungskampf. Wir haben vor dem Parteitag darüber diskutiert, ob wir von einem tschechischen oder von einem tschechoslowakischen Imperialismus sprechen sollen. Der Parteitag muß betonen, daß der Träger der imperialistischen Macht in der Tschechoslowakei die tschechische Bourgeoisie ist, die auch die nationale Unterdrückung mit Hilfe der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen . . . durchführt. Gerade während der jetzigen Wirtschaftskrise zeigt sich, wie groß die nationale Unterdrückung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht ist, was für Privilegien das herrschende tschechische Volk hat und wie die tschechische Bourgeoisie die Krise auch durch verstärkte nationale Unterdrückung zu lösen sucht.

Ein Drittel sämtlicher offiziell gemeldeter Arbeitslosen befindet sich in den deutschen Gebieten Nordböhmens . . . Die furchtbare Not in den Gebieten der unterdrückten Nationen betrifft nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Kleingewerbetreibenden, die arbeitende Intelligenz und die ausgebeuteten Bauern. Die verschärfte wirtschaftliche Unterdrückung ist begleitet von einer gesteigerten politischen und kulturellen Unterdrückung, von einer Tschechisierung vor allem im Schulwesen, von einer gewaltsamen Unterdrückung der Nationalsprachen . . . Aber auch der Widerstand der national unterdrückten Massen wächst . . . Die Aktionen der KP werden immer mehr von der Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung begleitet. Alle bürgerlichen und sozialfaschistischen Parteien der unterdrückten Nationen ohne Ausnahme wenden zwar die verschiedensten Formen der nationalen Demagogie an, stehen jedoch offen auf dem Boden der Integrität des tschechoslowakischen Staates, wobei sich die Parteien zum Teil offen an der Regierung beteiligen.

Die KPČ, die seit dem V. Parteitag auch in der nationalen Frage eine richtige bolschewistische Linie eingeschlagen hat, steht jetzt vor dieser Aufgabe, einen breiten Massenkampf für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen zu entfalten.

. . . Die Wendung in der nationalen Frage von Agitation und Propaganda zur Massenarbeit muß in der Organisierung des Kampfes der breitesten Massen für Teilforderungen gegen die nationale Unterdrückung bestehen. Wir müssen den Massen auf diese Weise täglich zeigen, daß wir gegen die Unterdrückung durch die tschechische Okkupationsherrschaft und für die Zurückziehung des tschechischen Machtapparates aus den Gebieten der unterdrückten Nationen kämpfen . . .<sup>55</sup>

In den Protokollen des VI. Ordentlichen Parteitages der KPČ finden wir unter den Abschnitten V und VI die Basis der neuen Nationalitätenpolitik der Partei gemäß der Kominterndirektive abgesteckt:

<sup>55</sup> Inprecorr No. 25 (1931) 699—700. Die Agrarfrage und die nationale Frage auf dem Parteitag.

„Die wichtigste Aufgabe der KPČ auf dem Felde des nationalen Befreiungskampfes der Tschechoslowakei ist:

Die Beseitigung des Fehlers der früheren opportunistischen Führung der Partei in der Nationalitätenfrage, welcher hauptsächlich auf opportunistischer Passivität beruhte, in der Leugnung des imperialistischen Charakters der Tschechoslowakei und in Konzessionen an die ‚tschechoslowakische Staatsidee‘; im Sinne der Beschlüsse des V. Parteitag der KPČ, jede Erscheinung opportunistischer Passivität in den eigenen Reihen auf das Schärfste zu bekämpfen und auf diesem Felde bolschewistische Aktivität zu entwickeln, damit sich die Partei die Hegemonie im nationalen Befreiungskampf erkämpfe und in den Händen behalte. Rücksichtslos müssen opportunistische und ‚linke‘ Sektiererfehler und Abweichungen in der Nationalitätenfrage bekämpft werden, welche in den Reihen der Partei noch vorkommen. Solche Fehler und Abweichungen sind: Nihilismus in der Nationalitätenfrage, die im Befreiungskampf des Proletariats auf einen ‚reinen‘ Klassenkampf beschränkt wurde und wobei der nationale Befreiungskampf nicht als ein mächtiger revolutionärer Faktor in der sozialen Befreiung des Proletariats beachtet wird — eine Abweichung, die in ihrer Form typisch ‚links-sektiererisch‘, aber in ihrem Wesen opportunistisch ist; der ‚reine‘ nationale Kampf unter den arbeitenden Massen der unterdrückten Nationen ohne Verbindung mit dem revolutionären Kampf des Proletariats und ohne Unterordnung unter den Klassenkampf — eine kleinbürgerlich-nationalistische Abweichung; Beurteilung des Losungswortes des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationen als den Massen nicht sichtbar, ‚nicht konkret‘, als eine Losung entfernter Perspektiven und nicht als eine Losung praktischen Inhalts des täglichen Befreiungskampfes der Massen; die Ansicht, daß es möglich sei, durch Reformen auf dem Felde der nationalen Frage im Rahmen des bürgerlichen Staates die Lage der unterdrückten nationalen Massen zu bessern, und nicht zu sehen, daß jeder solcher Versuch einer solchen Reform ihre Stellung weiter verschlechtern muß; und schließlich der Opportunismus in der Praxis, der darin beruht, daß man zwar die revolutionären Prinzipien des nationalen Befreiungskampfes ‚im Prinzip‘ anerkennt, in der Praxis aber opportunistisch nationale Politik betreibt. Die oben angeführten Fehler und Abweichungen sind opportunistischen Charakters.

Gegen die bürgerlich-sozialfaschistische Verschleierung der Nationalitätenfrage und deren Reduzierung auf das kulturelle Problem muß mit Hinweis auf den tiefen sozialen Inhalt der Nationalitätenfrage und auf deren Verschärfung in der dritten Phase angekämpft werden . . . Ferner muß der tägliche Kampf der Volksmassen in den annektierten Gebieten mit dem Befreiungskampf verbunden werden, um auf diese Art die strategische Basis der KPČ bei diesen Massen zu verbreitern und politisch deren Mehrheit zu erlangen.

Die Aufgabe der Partei ist es, den Massen die nationale Demagogie der bürgerlichen und sozialfaschistischen Parteien zu beleuchten; gegen die rückschrittliche Forderung ‚kulturelle Autonomie‘ und die Forderung ‚Autonomie‘,

mit denen man in der Slowakei, in der Karpathoukraine und in Deutschböhmen gegen verschiedene Verfügungen der Bourgeoisie mit der Absicht auftritt, die nationale Frage mittels Reformen und ‚Revisionen‘ wegzuräumen, . . . gegen all dies muß das Losungswort des Kampfes für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate aufgestellt werden, wobei dieses Losungswort in sich die Möglichkeit des staatlichen Zusammenlebens einer Nation mit der anderen nach Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes auf Grund von Autonomie und voller Gleichberechtigung aller beteiligten Nationen beinhaltet.

In der Agitation, Propaganda und im praktischen Kampf der Partei müssen die breiten Massen darauf verwiesen werden, daß der Kampf gegen die nationale Unterdrückung ein Teil des Kampfes um die proletarische Revolution ist und daß das Recht auf nationale Selbstbestimmung nur durch den Sieg der proletarischen Revolution verwirklicht werden könne . . .

Die Partei muß die verlogene und imperialistische These der tschechischen Bourgeoisie von der ‚tschechoslowakischen‘ Nation bekämpfen, welche als Mittel der nationalen Unterdrückung und Vertschechung der Slowakei dient. Die Partei muß ein konkretes Losungswort für die Räumung der Slowakei, der deutschen, der magyrischen, der polnischen und ukrainischen Bezirke von den Organen der tschechischen Okkupationsmacht und von der Sicherung der Rechte der unterdrückten Nationen aufstellen, damit sie über ihr Geschick frei entscheiden können . . .

In den besetzten Gebieten muß eine der Hauptaufgaben der Partei sein, im Zusammenhang mit der Entfaltung des Nationalitätenkampfes um die Befreiung den Klassenkampf der arbeitenden Massen gegen die eigene Bourgeoisie und die Sozialdemokratie zu verschärfen und ihr unlösliches Klasseninteresse und ihre Solidarität mit den arbeitenden Massen tschechischer Nationalität zu betonen. In den tschechischen Gebieten ist dagegen eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, den arbeitenden Massen durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und Kampf klarzumachen, daß die Befreiung der national unterdrückten Massen die bedingungslose Voraussetzung ihrer eigenen sozialen Befreiung sei, um auf diese Weise die arbeitenden Massen der tschechischen Gebiete zur Führung des Kampfes gegen die soziale und nationale Unterdrückung in den annektierten Gebieten zu mobilisieren, damit auf diese Art sowohl die arbeitenden Massen der unterdrückten Nationen als auch die der tschechischen Nation die Barrieren der nationalen Vorurteile und Illusionen überwinden können und damit sie in ihrer Internationalität gestärkt werden und damit auf diese Art gegen die vereinigte Bourgeoisie und Sozialdemokratie der Tschechoslowakei eine feste internationale Klassenfront der Arbeitenden aufgestellt werden könne . . .

Die bolschewistische Aktivität der Partei auf dem Gebiet der nationalen Frage erfordert es, daß die Partei in der Lage sei, in jeder konkreten Situation in der nationalen Frage eine führende Losung zu präsentieren und daß sie die entsprechenden Kampforgane der Massen ausbaue, damit sie auf diese Art die Führung der Massenbewegung in den Händen behalte . . .

Für die gegenwärtige Phase des Kampfes um die Befreiung der unterdrückten Nationen aus dem nationalen und sozialen Joch in der Tschechoslowakei stellt die KPC folgende Hauptthesen auf:

Gegen die Besetzung des deutschen Teiles von Böhmen, der Slowakei, der Karpathoukraine und des Teschener Gebietes durch die imperialistische tschechische Bourgeoisie und für deren Räumung von Organen der tschechischen Okkupationsmacht!

Gegen die imperialistischen Friedensverträge von Versailles, Trianon und St. Germain!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate!

Gegen die nationale und soziale Unterdrückung durch den Block der Bourgeoisie und Sozialfaschisten!

...

Gegen den unerträglichen Steuerdruck in der Slowakei, in der Karpathoukraine und im deutschen Teil von Böhmen!

...

Gegen die obligatorische Staatssprache!

Gegen das rückschrittliche Sprachengesetz und für freie Verwendung der nichttschechischen Sprachen im amtlichen Verkehr und im öffentlichen Leben!

Gegen die nationalistische Schulpolitik der tschechischen Bourgeoisie; anstelle von tschechisierten Schulen eine genügende Anzahl von Schulen in der Muttersprache!

Gegen die Säuberung des staatlichen Apparates und der staatlichen Unternehmen von Angehörigen der unterdrückten Nationen!

Gegen die . . . nationalitätenfeindlichen Ernennungen von Mitgliedern in die Gemeinde-, Bezirks- und Landesvertretungen!

Gegen die . . . nationalitätenfeindliche Form der öffentlichen Verwaltung!

...

Gegen die nationale Unterdrückung in der Armee, für die Einführung der Kommandos in der Muttersprache, für das Ableisten der Militärdienstpflcht im Heimatgebiet!

Kampf dem bürgerlichen sozialfaschistischen Betrug mit der Losung ‚Kulturautonomie‘!

Kampf dem Betrug mit der Losung ‚Autonomie‘ in der Slowakei, in der Karpathoukraine und im deutschen Teil von Böhmen!

Kampf dem imperialistischen Betrug mit der ‚tschechoslowakischen Staatsidee‘!<sup>56</sup>

Was die Komintern in langen Jahren mit vielen Mühen, Drohungen und Eingriffen angestrebt hat, die KPC hat es nun 1931 bedingungslos angenommen. Aber es war für diese Politik schon zu spät. In Deutschland lag die Macht zu dieser Zeit schon fast in Reichweite der Nationalsozialisten. Der

<sup>56</sup> Protokoll des VI. Ordentlichen Parteitages der KPC. Prag 1931, S. 299—302.

tschechoslowakische Staat hatte sich während der 13 Jahre zu keinem Ausgleich auf dem nationalen Sektor durchgerungen. Die tschechische Sozialdemokratie hatte versagt. Die Kommunisten aber, die einzige Partei im Staat, die alle Nationen in sich vereinigte und von ihrer Theorie her Voraussetzungen mitgebracht hatte, die nationale Kluft zu überwinden, sie hatten diese Frage immer mit halbem Herzen angepackt. Schließlich wurden sie von der Komintern in ein radikales Programm aus taktischen Gründen hineingestoßen. Aber wie hätte sich die nationalistische Flutwelle noch in marxistische Kanäle leiten und zähmen lassen? Es war ein aussichtsloses Beginnen. Jenseits der Grenzen näherte sich Hitler der Macht und das deutsche Volk ging daran, in einem Aufbruch und einem Rausch ohne Beispiel die nationale und soziale Not zu überwinden, indem es die eigene Nation zum Absolutum, zum Gott machte. Zu dieser Zeit verkündete die KPČ, daß der „Vorschlag der nationalen Kommission, eine gemeinsame Delegation der Vertreter aller unterdrückten Nationen in der Tschechoslowakei in die Sowjetunion zu entsenden, um sich zu überzeugen, wie dort die nationale Frage gelöst wird, mit Begeisterung aufgenommen wurde.“<sup>57</sup>

Die komplizierten Gedankengänge und wechselvollen Auslegungen vom „proletarischen Internationalismus“ und „Selbstbestimmungsrecht bis zur Losrennung“ sagten den deutschen Massen in den Sudetengebieten angesichts des offiziellen tschechoslowakischen Regierungsunverstandes und der brutal einfachen Entwicklung in Deutschland nicht das, was sich die KPČ und vor allem die Komintern vorstellte.

Die Komintern setzte jedoch diese Linie fort. Wenige Wochen bevor Hitler die Macht übernahm, fand in Essen anlässlich des bevorstehenden zehnten Jahrestages der Ruhrbesetzung eine Konferenz der Kommunistischen Parteien von Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, der Tschechoslowakei, Österreich und Luxemburg statt. Die Kommunisten stellten sich dabei nochmals hinter die deutschen nationalen Forderungen und erklärten den „Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Völker und Minderheiten in Mittel- und Osteuropa“. Es werden alle deutschen nationalen Ziele aufgezählt und unterstützt, darunter auch das „Recht der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen“:

„Eine der wesentlichsten Fragen, die im Mittelpunkt der Beratung der Konferenz standen, war die Frage des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung der Völker und nationalen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Die Vertreter der polnischen, tschechischen, französischen, belgischen und italienischen Parteien brandmarkten auf der Konferenz die blutigen und grausamen Unterdrückungsmethoden der Imperialisten gegen die Völker Oberschlesiens, Pomerellens, West-Weißrußlands und der West-Ukraine, Elsaß-Lothringens und des Saargebiets, von Eupen-Malmedy, Südtirols und gegen die Sudetendeutschen und proklamierten den Kampf für das freie Selbstbestimmungsrecht dieser unterdrückten Nationen . . .

<sup>57</sup> Protokoll des VI. Ordentlichen Parteitages der KPČ. Prag 1931. Inprecorr No. 27 (1931) 752. Abschluß des Parteitages.

. . . Ausgehend von den Beschlüssen des XII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern erklärt die Konferenz, den unversöhnlichen Kampf gegen die imperialistischen Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly usw. mit äußerster Verstärkung fortzusetzen und bis zur völligen Vernichtung dieser Verträge . . . zu führen.

. . . Die Konferenz der kommunistischen Parteien erklärt ihre brüderliche Solidarität mit dem Kampf des deutschen Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands . . .

Die Konferenz stellt fest, daß das revolutionäre Proletariat Frankreichs, Italiens, Polens, Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens einen schonungslosen Kampf gegen die imperialistische und kriegerische Politik der eigenen Bourgeoisie und die nationale Unterdrückung entfaltet: gegen die Besetzung des Saargebietes, gegen die Unterdrückung Elsaß-Lothringens, gegen die Raubpolitik des polnischen Imperialismus gegenüber Danzig, gegen die nationale Unterdrückung in Oberschlesien, Pomerellen und Südtirol, gegen die Versklavung der Völker und nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, gegen die Entrechtung des österreichischen Volkes . . .<sup>58</sup>

Vier Wochen später kommt in Deutschland der Mann an die Macht, der — glühender Nationalist und Rassenimperialist — wohl das Versailler System bekämpft und zum Einsturz bringen wird, der aber — wie eine lebendige Bestätigung der äußersten sowjetischen Befürchtungen — glaubt, mit britischer Rückendeckung eines Tages den Marsch nach Osten antreten zu können, um dort in den Weiten Polens, der Ukraine und Rußlands sein „Indien“ über eine rechtlos gemachte Bevölkerung zu gründen und der in seinem Buch geschrieben hatte:

„Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk . . . Wir setzen dort ein, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten . . . Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert . . . kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höherem Wunsch und laut höherem Recht . . . Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, so können wir in erster Linie nur an Rußland und die . . . Randstaaten denken . . . Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassenlehre sein wird. Unsere Aufgabe, die Mission der nationalsozialistischen Bewegung aber ist es, unser eigenes Volk zu jener politischen Einsicht zu bringen, daß es sein Zukunftsziel nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen

<sup>58</sup> Inprecorr Nr. 3 (1933) 99—100.

Arbeit des deutschen Pfluges, dem das deutsche Schwert . . . den Boden zu geben hat.“<sup>59</sup>

Für Stalin zeichnet sich die schlimmste Möglichkeit am Horizont ab: die neue „Intervention“, das Bündnis zwischen westeuropäischen Kapitalisten und den deutschen Divisionen. Das Steuer der sowjetischen Mitteleuropapolitik muß nun radikal herumgeworfen werden. Die Bedeutung der Tschechoslowakei für Moskau wandelt sich. Beneš hat diese Lage rasch erkannt und beginnt von sich aus an der Brücke Paris-Moskau zu bauen. Bei den Kommunisten ist das Recht der Sudetendeutschen auf Selbstbestimmung nicht mehr lange gefragt.

### *Die neue Losung: „Verteidigung der Integrität der Republik“*

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland hatte für die Sowjetunion die Lage in Mitteleuropa grundlegend geändert. Wenn gleich man zunächst in Moskau noch zu glauben schien, daß das „Hitler-Experiment“ zu einem raschen inneren Zusammenbruch Deutschlands und damit zur letzten Alternative der kommunistischen Revolution führen würde, so sollte sich doch bald herausstellen, daß jede Aussicht auf Umsturz oder Revolution in Deutschland zum Nichts zusammengeschrumpft war, ja daß von diesem Staate, zum ersten Mal seit der Intervention der Alliierten während der revolutionären Wirren in Rußland, die Gefahr eines offenen Angriffes drohte.

Nach diesem eklatanten Scheitern der „linken“ Revolutionspolitik in Zentraleuropa wurde, wie in allen solchen Fällen, die Generallinie bei der KPdSU und der Komintern ausgewechselt. Zu Ehren kam nun ein „Rechts“-Kurs, der auf Zusammenarbeit mit den sozialistischen, ja sogar mit den bürgerlichen Parteien gegen die „faschistische Gefahr“ abgestellt war. Die Sowjetunion trat in den vorher als konterrevolutionär beschimpften Völkerbund ein und versuchte vor allem in Frankreich, das auch die Sorge vor dem neuen Deutschland drückte, eine „Volksfront“ aufzubauen.

Der VII. Kominternkongreß, nach siebenjähriger Pause vom 25. Juli bis 20. August 1935 abgehalten, bestätigte die Direktiven des Exekutivkomitees der Komintern vom Frühjahr 1934: „Die Volksfrontpolitik aller Werktätigen gegen den Faschismus.“<sup>60</sup> In der Resolution „Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch den Imperialismus“ wurde mit noch größerem Nachdruck als bisher gefordert, „die Politik der Arbeiterklasse, den Kampf für den Frieden . . . unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Sowjetunion zu führen.“<sup>61</sup> Verteidigung der Sowjetunion hieß aber nicht wie bisher, die Fackel des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung“ in das

<sup>59</sup> Hitler, A.: Mein Kampf. München 1940, S. 743.

<sup>60</sup> Nollau: Die Internationale. Köln 1959, S. 102.

<sup>61</sup> Nollau 103.

zentraleuropäische Pulverfaß zu werfen und die nationalen Forderungen der Deutschen zu begünstigen, sondern einen Ring der Verteidigung um das expansive Deutschland zu legen und damit den befürchteten deutschen Vorstoß nach Osten abzubremsen und aufzusplittern.

Der Tschechoslowakei war nun eine andere Rolle zugefallen. Es wurde das Interesse der Sowjetunion, diesen Staat als Ganzheit und als schlagkräftige Verteidigung gegen Deutschland zu erhalten. Beneš hatte die Chance, die für ihn in diesem Kurswechsel lag, rasch begriffen. Im Mai 1935 unterzeichnete er einen militärischen Bündnisvertrag mit Moskau und koppelte diesen mit dem französischen Beistandspakt. Die KPČ, die noch am 27. März 1931 erklärt hatte, daß die „tschechische Nation nicht sein kann, solange die Tschechoslowakei existiert“<sup>62</sup>, stellte sich nun hinter die Außen- und Verteidigungspolitik des tschechoslowakischen Staates. Gottwald versuchte diesen Widerspruch im Jahre 1936 im Prager Parlament folgendermaßen aufzulösen:

„Warum proklamierten die Kommunisten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur vollständigen Lostrennung und warum erklären sie heute, daß sie nicht ein einziges Dorf an Hitler, Horthy oder Pilsudski abgeben werden? Eben darum, weil eine tatsächliche nationale Gleichberechtigung, die Durchführung dessen, was die Kommunisten vorschlugen, dazu geführt hätte, daß wir heute in der Republik weder einen Henlein noch einen Esterhazy, weder einen Sidor noch einen Fencik oder Wolf, kurz und gut niemanden hätten, der nach Berlin, nach Warschau oder nach Budapest schießt.“<sup>63</sup>

Der Kurs der Partei stand seit 1934 auf Erhaltung der Integrität der Republik und Stärkung ihrer Verteidigungskraft. Die Partei sagte sich zwar nicht ausdrücklich von den früheren Parolen los, münzte aber ihren Inhalt auf die neuen Zielsetzungen um. Gegenüber der deutschen Minderheit bot sich eine Unterscheidung an, die bereits dem Klassenkampfdogma zugrunde lag. So wie der linke Radikalismus seit jeher erklärt hatte: die Selbstbestimmung gilt nur, soweit sie die revolutionären Bestrebungen des Proletariats fördert, keinesfalls völlig unabhängig davon zugunsten einer sogenannten nationalen Gemeinschaft, so wurde jetzt dieser Trennungsstrich der marxistischen Theorie auf die sudetendeutsche Volksgruppe angewendet. Klement Gottwald erklärte:

„Wir sind für volle Gleichberechtigung der Sprachen aller Nationen der Republik. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich mit den Behörden in seiner Muttersprache zu verständigen. Wir sind für eine volle Gleichberechtigung der Schulen, damit die Eltern ihre Kinder in die Schulen ihrer Nationalität schicken können . . . Wir sind dafür, daß soviel Millionen wie nötig sind, dazu aufgewandt werden, um den deutschen Arbeitern Arbeit zu beschaf-

<sup>62</sup> Korbel, J.: *The Communist Subversion of Czechoslovakia*. Princeton Univ. / N. Jersey 1959, S. 30.

<sup>63</sup> Hájek, M.: *Die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Arbeiterbewegung (1918—1955)*. Parteihochschule Karl Marx b. ZK der SED. Berlin 1955, S. 15.

fen. Wir sind aber dagegen, daß dieses Geld den Henlein-Anhängern und Fabrikanten zur Verfügung gestellt wird . . . Kurz und gut, wir sind dafür, daß die Verhältnisse unserer deutschen Mitbürger verbessert werden, aber jeder muß verstehen, daß das nicht dadurch geschehen kann, daß wir sie an Henlein ausliefern.“<sup>64</sup>

Zum gleichen Thema sagt ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein tschechischer KP-Funktionär in einer Vorlesung in einer mitteldeutschen Parteihochschule:

„Angesichts der neuen Situation war es wichtig, nicht aus den Augen zu lassen, daß der Marxismus-Leninismus die nationale Frage nicht als eine selbständige, unabhängige Frage betrachtet, sondern als eine abgeleitete, eine Teilfrage. Genosse Stalin lehrt, daß die nationale Frage ein Teil des allgemeinen Problems der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats ist. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei behandelte deshalb die nationale Frage vom Gesichtspunkt des allgemeinen Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Gefahr der faschistischen Aggression. Sie orientierte sich auf einen scharfen Kampf gegen den Separatismus der sudeten-deutschen, slowakischen, ungarischen, ukrainischen und polnischen Faschisten . . . Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei kämpfte natürlich auch weiterhin für die Erweiterung der nationalen Rechte der Slowaken, Deutschen, Ungarn, Ukrainer und Polen, und bewies dem tschechischen Volke, daß diese Maßnahmen im Interesse der Erhaltung der Selbständigkeit der Republik lagen. Die Kommunistische Partei zeigte auch, daß es hierbei nicht um eine Änderung in den Prinzipien ihrer Politik geht.“<sup>65</sup>

Aus einer Partei, die noch wenige Jahre vorher den „tschechoslowakischen Imperialismus“ bekämpft hatte und von diesem Staat als von einem „Völkerkerker schlimmer als Österreich-Ungarn“ sprach, wurde nun der Verteidiger des status quo. Die KPČ sagt dazu:

„Im Beschluß des VII. Kongresses der Komintern . . . wurde darauf hingewiesen, daß, falls ein schwacher Staat von einem oder mehreren imperialistischen Großmächten angegriffen wird, die seine nationale Unabhängigkeit und Einheit vernichten wollen, der Krieg der nationalen Bourgeoisie des angegriffenen Landes den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen kann, in den die Arbeiterklasse und die Kommunisten eingreifen müssen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten eines solchen Landes, während sie unversöhnlich für die Sicherung der ökonomischen Interessen der Arbeiter, Bauern und der nationalen Minderheiten kämpfen, sich gleichzeitig in die ersten Reihen des Kampfes um die Schaffung der nationalen Unabhängigkeit zu stellen, den Befreiungskrieg bis zum Ende zu führen und die eigene Bourgeoisie daran zu hindern, mit den angreifenden Mächten auf Kosten der Interessen des eigenen Landes Geschäfte zu machen. Aus diesem Beschluß ergaben sich klar und deutlich die Aufgaben der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.“<sup>66</sup>

<sup>64</sup> H á j e k 16.

<sup>65</sup> H á j e k 14, 15.

<sup>66</sup> H á j e k 14.

Ein kleiner Schritt ist es nur noch, bis die KPC in völliger Umkehrung ihrer früheren Position selbst den tschechischen nationalchauvinistischen Parteien Verrat an der Republik vorwerfen wird und sich den enttäuschten Massen zum ersten Mal im Mantel des nationalen Kämpfers zeigt. Dieser Schritt wurde mit „München“ 1938 getan.

Die Aufgaben die der KPC nach 1933 gestellt waren, hießen:

a) Kampf für die Integrität der Republik gegen jede revisionistische deutsche Politik diesseits oder jenseits der Grenzen.

b) Herstellung eines nationalen Friedens zwischen Tschechen und Sudenteutschen durch einen die Republik unversehrt lassenden „nationalen Ausgleich“.

c) Auf der Basis des Klassenstandpunktes Schaffung einer quer durch die Nationen der Republik gehenden Volksfrontregierung gegen das nationalsozialistische Deutschland und seine gegen den Osten gerichteten Expansions Tendenzen.

Die Grundformel für diese Politik sollte aber auch weiterhin der „proletarische Internationalismus“ abgeben: Das Oktoberplenum des ZK der KPC des Jahres 1933 befaßte sich in diesem Sinne eingehend mit der nationalen Frage. Der Partei wurde die Aufgabe gestellt, in der steigenden Flut des Nationalismus bei Tschechen wie Deutschen „das Banner des proletarischen Internationalismus umso höher zu erheben.“<sup>67</sup> Den unterdrückten Volksgruppen sollte durch die Kommunisten gezeigt werden, daß ihre Selbstbestimmung „nur im Klassenbündnis mit dem tschechischen Proletariat erkämpft werden und daß nur die proletarische Revolution jeglicher nationalen Unterdrückung ein Ende setzen könne.“<sup>68</sup>

Die gesamtstaatliche Konferenz der KPC vom Ende Januar 1934 unterstrich diese Beschlüsse und wies darauf hin, daß die Kommunisten den Kampf um die Massen der unterdrückten Nationalitäten verstärken müßten, „um deren nationale Vorurteile und Illusionen in politischen und sozialen Fragen im gemeinsamen Kampf zu überwinden.“<sup>69</sup>

Das Ergebnis dieser Politik des „proletarischen Internationalismus“ war aber mager. Auf tschechischer Seite bezichtigten die sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien die KPC des Hochverrats. Man behauptete, daß die Kommunisten durch ihr Eintreten für die Gleichberechtigung der Minderheiten und ihr Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung denjenigen Kräften in die Hand arbeiteten, die die Integrität der Republik unterhöhlten und die Selbständigkeit der tschechischen Nation gefährdeten. Im deutschen Sprachgebiet hingegen war es für die Kommunisten nahezu aussichtslos, mit einem Nationalismus zu konkurrieren, der geschichtlichen Tiefen entsprang, an die die Klassenkampftheorien von Marx, so real sie in der industriellen Gesellschaft auch sein mochten, nicht heranreichten. Das mythische Erlebnis der „Volksgemeinschaft“ stand hier gegen die rationale Theorie

<sup>67</sup> Fuchs, G.: Gegen Hitler und Henlein. Berlin 1961, S. 112.

<sup>68</sup> Fuchs 113.

<sup>69</sup> Gottwald, K.: Spisy. Bd. 5. Prag 1953, S. 89.

von der internationalen Klassenzusammengehörigkeit. Dazu kam, daß zu der Zeit, als die Weltwirtschaftskrise in der ČSR mit einer gewissen Verspätung ihren Tiefpunkt erreichte — was sich besonders auf die exportempfindlichen deutschen Grenzgebiete auswirkte —, jenseits der Grenzen in Deutschland ein „nationaler Messias“ nicht nur die drückendste Not beseitigte, sondern dem gesamten deutschen Volk auch die Überwindung des Unrechtes von Versailles versprach. In ihrer nationalen und sozialen Not hätten die Sudetendeutschen mit Aussicht auf Erfolg nur von einer KPČ angesprochen werden können, deren deutscher Sektion auch die nationale Gemeinschaft etwas bedeutet hätte. Erinnern wir uns an die Entstehungsgeschichte der KPČ: Die tschechischen Kommunisten unterlagen immer einer Neigung zum „rechten Opportunismus“, d. h. einer Anpassung an die tschechischen nationalen Stimmungen und Nationalinteressen. Die sudetendeutschen Kommunisten hingegen tendierten zum „Dogmatismus“, ja zum „linken Sektierertum“. Sie waren ausgesprochene Internationalisten, jederzeit bereit, im Nationalismus des eigenen Volkes den Hauptfeind zu sehen — wie es sich für einen richtigen Marxisten gehört —, aber auch die Interessen der Nation ohne zu zögern über Bord zu werfen. Von Kreibich kennen wir das Bekenntnis:

„Weil . . . die proletarische Revolution einzig als Weltrevolution, als internationale Aktion, siegen kann, muß die kommunistische Partei jedes Landes, jedes Volkes die gemeinsame Sache der internationalen Revolution über die Erfordernisse des eigenen Staates, des eigenen Volkes stellen . . . In der kommunistischen Gesellschaft wird die Entwicklung der nationalen Verhältnisse zu einem einzigen Ziel fortschreiten: zu einer einzigen Nation der gesamten Menschheit. Welche Völker in dieser Entwicklung zugrundegehen, welche Sprache sich nicht länger wird halten können, ist für mich als Kommunist eine unbedeutende Frage. Es ist mir gleich ob das eine germanische, eine slawische, kaukasische oder mongolische Welt sein wird, Hauptsache es wird eine kommunistische Welt . . .“<sup>70</sup>

Kreibich hatte sich in den Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre um die Kominternpolitik in der nationalen Frage auf die Seite Šmerals geschlagen. Die sudetendeutsche kommunistische Linke war mit diesen inneren Voraussetzungen somit nach 1933 erst recht nicht in der Lage, bei ihren Landsleuten einen wesentlichen Erfolg, und dies trotz der ungeheuren Wirtschaftsnot, zu erzielen. Ganz im Gegensatz dazu, konnten die tschechischen Kommunisten, die in der breiten Masse schon immer zur Unterstützung des tschechoslowakischen Nationalismus geneigt hatten und dafür von Lenin schon scharf getadelt worden waren, an ihre alte „rechte“, „national“-kommunistische Linie anknüpfen und damit wachsende Erfolge erzielen, je mehr die Bedrohung der Republik wuchs und je mehr es im sowjetischen Interesse lag, den status quo in Mitteleuropa zu verteidigen. Einen Hinweis auf diese unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der KPČ zeigt noch das Oktoberplenium

<sup>70</sup> Brouček, M.: Československá Tragedie. New York 1956, S. 67.

des ZK im Jahre 1933, das feststellte: „... im tschechischen Gebiet kommt es immer noch zu Fällen des Zurückweichens von Kommunisten vor dem bürgerlichen Nationalismus, während im vorwiegend deutsch-besiedelten Gebiet die Kommunisten dem nationalen Problem überhaupt noch zu wenig Aufmerksamkeit widmen.“<sup>71</sup> Die Parlamentswahlen vom 19. 5. 1935 bringen demgemäß den Kommunisten eine Niederlage in den sudetendeutschen Gebieten und einen Stimmenzuwachs im tschechischen Landesinneren. Gegenüber den Wahlen von 1929 verlor die KPC knappe 36% der Stimmen bei den Deutschen, während sie in den tschechischen Industriegebieten durchschnittlich 40% dazugewinnen konnte.<sup>72</sup>

Zwischen dem Sommer 1935 und dem Herbst 1938 waren dann die Richtlinien gültig, die auf die Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern vom 25. Juli bis 20. August 1935 zurückgingen. Die KPC stellte nun die Losung „Verteidigung der Republik“ auf und trat für das von der Sowjetunion propagierte kollektive Sicherheitssystem ein, das den durch Versailles geschaffenen Zustand gegen die Deutschen garantieren sollte. In der Nationalitätenfrage, besonders hinsichtlich der Sudetendeutschen, versuchte die KPC die Politik der Verteidigung der Republik mit einer Propagierung des „nationalen Ausgleichs“ zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu verbinden, hauptsächlich um der alle Dämme überflutenden Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins möglichst viel Wasser abzugraben. Nach der Niederlage bei den Maiwahlen in den deutschen Sprachgebieten hatte sich die KPC die Aufgabe gestellt, bei den Sudetendeutschen eine antifaschistische Massenbewegung ins Leben zu rufen. In den Beschlüssen des VII. Kominternkongresses in Moskau war nämlich besonders betont worden, daß zur Gewinnung der von Henlein beeinflußten Teile der deutschen Bevölkerung die „immer noch ungenügende Berücksichtigung der nationalen Gefühle der deutschen Werktätigen zu überwinden sei.“<sup>73</sup>

In dieser Richtung hatte die KPC bereits kurz nach der Wahlniederlage Mitte Juni 1935 ein umfangreiches Dokument der Öffentlichkeit übergeben, das den Titel trug: „Unverzögliche Hilfe für das werktätige sudetendeutsche Volk.“ Darin wurde neben vielen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen für die Sudetendeutschen die volle Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Sprache und Schule gefordert. Gegen die von der Henleinpartei verkündete „Volksgemeinschaft“ wurde eine deutsch-tschechische Verbrüderungskampagne eingeleitet. Gemeinsame „Volkstage“ fanden statt, so in Trautenau, auf dem Jeschken, in Teplitz und in vielen anderen Städten. Kommunistische tschechische Abgeordnete traten vor tschechischen Arbeitern für die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen ein. So forderte Jan Šverma am 6. September 1935 vor 7000 Arbeitern in den Prager Lucerna-Sälen die nationale Gleichberechtigung der Deutschen, „weil dies eine der wichtigsten Voraus-

<sup>71</sup> Gottwald V, 236.

<sup>72</sup> Fuchs 133.

<sup>73</sup> Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern. 1935, S. 572..

setzungen zur erfolgreichen Verteidigung der Republik gegen den Faschismus sei".<sup>74</sup> Die KPČ stellte demonstrativ eine Kommission unter Leitung von Prof. Nejedlý (nach 1945 Minister in der volksdemokratischen ČSR) zusammen, die die Lage der Bevölkerung in den Randgebieten untersuchen sollte. Im Bereich dieser Kommission wurde die nationale Unterdrückungspolitik gegenüber den Sudetendeutschen angeprangert.<sup>75</sup> Auch um die deutsche Universität in Prag nahm sich die KPČ an. Das Rudé Právo veröffentlichte am 20. Oktober 1935 einen Beitrag, der die tschechische Politik in dieser Frage scharf angriff. Im Prager Stadtrat kam es wegen des Eintretens der tschechischen Kommunisten für die deutsche Universität sogar zu einem Tumult, sodaß die Sitzung abgebrochen werden mußte.<sup>76</sup>

In diesem Spätherbst 1935 begann die KPČ in den Grenzgebieten mit der Propagierung der sogenannten „Volksrechte“, die man in vier Punkten zusammenfaßte: 1. Das Recht auf Brot und Arbeit. 2. Das Recht auf nationale Gleichheit mit dem tschechischen Volk. 3. Das Recht auf politische Freiheit. 4. Das Recht auf Frieden. — In diesen vier Punkten sollten in einer riesigen Versammlungswelle den Sudetendeutschen alle Forderungen nahegebracht werden, die die KPČ gemäß den Richtlinien der Komintern hinsichtlich der nationalen Frage in der ČSR aufgestellt hatte. Die deutsche Volksgruppe sollte so für die Verteidigung der Republik gewonnen werden. Am Rande sei bemerkt, daß die Partei damals auch in Presse und Parlament die Errichtung einer eigenen deutschen Sendestation von der Regierung forderte.

Der VII. Parteitag der KPČ im April 1936 bekräftigte diese Politik: kollektive Sicherheit, Verteidigung der tschechoslowakischen Republik, Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront und antifaschistischen Volksfront, nationale Gleichberechtigung für die Sudetendeutschen im Rahmen des Staates.

Aber nach den Wahlen von 1935 war es bereits klar, daß die KPČ in den deutschen Gebieten keine große Chancen mehr hatte. Alle Kampagnen, Massenaktionen und Forderungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Zeit rasch ihrem Ende näherte, wo ein Ausgleich innerhalb des Staatsrahmens noch möglich sein konnte. Gegenüber den sudetendeutschen Forderungen nach territorialer Autonomie und der wachsenden Anziehungskraft des Dritten Reiches hatten die „Volksrechte“ und der am 6. November 1936 in einem Memorandum der KP-Führung von der Regierung geforderte „nationale Ausgleich“ keine Durchschlagskraft mehr.

Das Memorandum der KPČ an die Regierung verdient jedoch als Dokument, das zwischen der Losung der „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ von 1929/31 und der Austreibung der Deutschen von 1945 steht, eine besondere Beachtung. In der Präambel wird der Zweck der Herbeiführung eines nationalen Ausgleichs erklärt:

„Die Verletzung der bürgerlichen Rechte der deutschen Bevölkerung in

<sup>74</sup> Rote Fahne, 8. 9. 1935.

<sup>75</sup> Fuchs 148.

<sup>76</sup> Fuchs 150.

der Tschechoslowakei, die ihr durch die Verfassung der Republik gegeben wurden, die nationale Unterdrückung sowohl auf kulturellem wie auch auf sozialem Gebiet leiten heute den Agenten des deutschen Imperialismus Wasser auf die Mühlen. Deshalb ist es unumgänglich nötig, daß der bisherige Zustand der bürgerlichen Ungleichheit, der nationalen Ungerechtigkeit und Not in den Grenzgebieten radikal geändert wird, daß die Regierung den berechtigten politischen und nationalen Forderungen der deutschen Bevölkerung entgegenkommt . . . Dadurch würden das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Republik verbessert und die Verteidigungspositionen der Republik gegen den deutschen Imperialismus verstärkt werden.“<sup>77</sup>

Gegenüber der Politik von 1929/31 hat jetzt die Erhaltung der Integrität der Republik den Vorrang. Das Dokument erklärt:

„Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei steht auf dem Standpunkt der konsequenten demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage in der Tschechoslowakei, wobei sie entschieden alle Versuche, in die Nationalitätenfrage vom Ausland her einzugreifen, wie auch jeden Separatismus, Föderalismus und Autonomismus ablehnt . . . Die Forderungen, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei heute der Regierung vorlegt, beinhalten lediglich, die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen, sowie deren grundlegendste politische, kulturelle und soziale Forderungen, berühren aber keine der staatsrechtlichen Fragen der Tschechoslowakei. Deshalb würde die Erfüllung der im Memorandum enthaltenen Forderungen noch nicht die konsequente demokratische Lösung der Nationalitätenfrage im Sinne der vollen Gleichberechtigung des tschechischen und deutschen Volkes in der Republik bedeuten. Aber wir sind tief davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieser elementaren Forderungen der bürgerlichen Gleichberechtigung sehr schnell das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Verteidigung der Republik verbessern . . . und den Weg öffnen würde zum weiteren friedlichen demokratischen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen bis zur völligen nationalen Gleichberechtigung zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk und zu ihrem brüderlichen Bund.“<sup>78</sup>

In sieben Punkten werden nun diese Forderungen zusammengefaßt und hinsichtlich dessen, was die heutige sozialistische, von der KPC geführte, Tschechoslowakische Republik den dort noch lebenden Sudetendeutschen an nationaler Gleichberechtigung zu bieten hat, und ebenfalls in Anbetracht der gegenwärtigen Propaganda, die die Sudetendeutschen ohne jeden Unterschied und ohne Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit als die böswilligen Zerstörer der „demokratischen“ Ersten Tschechoslowakischen Republik hinstellt, ist es angebracht, den vollen Wortlaut dieser sieben Punkte zu zitieren:

<sup>77</sup> Fuchs 307.

<sup>78</sup> Fuchs 307.

„Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei erlauben wir uns, der Regierung der Tschechoslowakischen Republik folgendes Memorandum vorzulegen. [Es folgt die bereits zitierte Präambel — anschließend heißt es]:

Für die wichtigsten Maßnahmen, um die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung herbeizuführen und ihren politischen, kulturellen und sozialen Grundforderungen entgegenzukommen, halten wir folgende:

1. Sicherung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik.

In der Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik heißt es: „Alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sind vor dem Gesetz vollständig gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte unabhängig davon, welcher Rasse, Sprache oder Religion sie sind. Der Unterschied in Religion, Glauben, Bekenntnis und Sprache gereicht keinem Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetze zum Nachteil, insbesondere was den Zutritt zum öffentlichen Dienst, zu den Behörden und Würden, oder was die Ausübung jedweden Gewerbes oder Berufes betrifft.“

Im gleichen Sinne spricht auch der Wortlaut des Vertrages von St. Germain von der vollen bürgerlichen Gleichberechtigung aller Bürger der Republik ohne Unterschied der Sprache. Aber die wirkliche Praxis widerspricht, was die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen der Republik anbelangt, diesen demokratischen Grundsätzen der Verfassung. Die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen wird verletzt, was den Zutritt zum öffentlichen Dienst und zu den Behörden anbelangt, was die wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung der sozial schwachen Schichten, was den Gebrauch der Sprache vor Gericht und bei den Behörden anbelangt usw.

Wir verlangen deshalb: Die Regierung möge Maßnahmen ergreifen, damit die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik sichergestellt wird; die Regierung möge alle Taten hintanhaltend und verfolgen, die eine politische oder wirtschaftliche Zurückstellung und Unterdrückung aus nationalen Motiven bedeuten, ebenso wie die nationale Hetze, jede Aufforderung zum Boykott der Bürger anderer Nationen usw.

2. Demokratische Novellierung des Sprachengesetzes.

Das Gesetz über den Gebrauch der Sprache in der Tschechoslowakei wurde seinerzeit als eine Konzession an die tschechischen chauvinistischen Hetzer angenommen und widerspricht dem Geist der demokratischen Verfassung der Republik. Dieses Gesetz ist ein ernstes Hindernis des Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen und wird heute zu einem ernststen Hindernis im Kampf um die Gewinnung der deutschen Bevölkerung für die Sache der Verteidigung der Republik.

Wir fordern daher: das Sprachengesetz möge sofort im Geiste des demokratischen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen in der Weise no-

velliert werden, daß jeder Deutsche die Möglichkeit und das Recht hat, seine Muttersprache bei den Behörden und vor den Gerichten zu gebrauchen, daß seine Angelegenheiten in deutscher Sprache erledigt werden (deutsche Gesuche, Antworten und Entscheidungen der Behörden usw.). Alle diese Fragen mögen lediglich vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit gelöst werden, und soweit im Verkehr mit den Ämtern Übersetzungen notwendig sind, mögen diese auf Kosten des Staates angefertigt werden. Was die Aufschriften und Bezeichnungen in den deutschen und in den gemischtsprachigen Gebieten anbelangt, so darf hier nicht vom Standpunkt des nationalen Prestiges vorgegangen werden, sondern im Geist der nationalen Verträglichkeit und zwar so, daß der Verkehr mit den Behörden für alle Bürger der Republik erleichtert wird.

### 3. Sicherung des Unterrichts für alle Kinder deutscher Nationalität in ihrer Muttersprache.

Die nationale Unterdrückung in Schulfragen war in Österreich eine der brennendsten Fragen des tschechischen nationalen Lebens. Die Forderung der deutschen Bevölkerung, daß jedes deutsche Kind die Möglichkeit seiner Ausbildung in seiner Muttersprache hat, ist heute für die deutsche Bevölkerung gleichermaßen dringend und muß als eine der Grundlagen des demokratischen nationalen Ausgleichs erfüllt werden.

Wir fordern daher: Die Lex Uhlíř möge annulliert und deutsche Schulen für nationale Minderheiten mögen, ebenso wie tschechische Minderheitenschulen überall dort errichtet werden, wo es notwendig ist. Im Rahmen der allgemeinen Gesetze und Verordnungen ist in allen Schul- und Unterrichtsfragen nach den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung zu entscheiden. Gleichzeitig möge eine verstärkte Kontrolle durchgeführt werden, damit der Unterricht dem Geist der Demokratie entspreche.

### 4. Sicherung der vollen Unterstützung der deutschen Kultureinrichtungen.

Die kulturelle Annäherung des deutschen Volkes an das tschechische möge von der Regierung mit allen Mitteln unterstützt werden. Zu diesem Zwecke mögen die kulturellen Einrichtungen und Unternehmungen der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei (Theater, Literatur, Kunst, Volkserziehung, Sport usw.) im selben Verhältnis wie die tschechische Kultur unterstützt werden. Gegen die Hitlertendenzen und gegen die nationale Hetze in der Schule, im Theater, in der Literatur, in der Kunst und im Sport möge mit aller Schärfe vorgegangen werden.

### 5. Für die nationale Gerechtigkeit im Verwaltungsapparat und in den Staatsunternehmungen.

In allen Zweigen der Verwaltung — auf den Eisenbahnen, der Post, bei den Steuerämtern, bei den staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsämtern, bei den Gerichten, bei den Kommunalverwaltungen, in allen Staatsunternehmungen.

gen usw. — möge die Zusammensetzung der Staatsangestellten nach dem nationalen Schlüssel erfolgen, wobei der Verwaltungs- und Staatsapparat von den reaktionären Feinden der Republik und der Demokratie ohne Unterschied der Nationalität gereinigt werde. Dabei möge von den Beamten in den gemischtsprachigen Gebieten verlangt werden, daß sie die Sprache der Minderheit beherrschen und daß auch in dieser Sprache amtiert wird. Die nationale Gerechtigkeit im Verwaltungsapparat und in den Staatsunternehmungen darf nicht dadurch erzielt werden, daß etwa Beamte entlassen würden, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erleichterung des Dienstes, Rückberufung der tschechischen Angestellten ins tschechische Gebiet und durch Beschäftigung neuer deutscher Beamter usw.

#### 6. Sicherung der nationalen Gerechtigkeit in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen.

Die Staatsinvestitionen und staatlichen Beiträge für soziale Zwecke mögen mit besonderer Rücksichtnahme auf die Not in den deutschen Gebieten der Republik national gerecht aufgeteilt werden. Bei Notstandsarbeiten und Staatsinvestitionen im deutschen Gebiet möge die dortige Bevölkerung nach dem nationalen Schlüssel beschäftigt werden. Die deutschen Gewerbetreibenden dürfen bei Vergebung von Bauten, Lieferungen und Erteilungen von Konzessionen nicht übergangen, sondern müssen in gerechter Weise berücksichtigt werden. Für die großen Notstandsgebiete möge eine großzügige staatliche Hilfsaktion durchgeführt werden. Die Staatsmittel und die Mittel aus verschiedenen Hilfsaktionen mögen durch die Gemeinden und Bezirke in national gerechter Weise verteilt werden. Gesamtstaatliche Wirtschaftsorganisationen mögen von der Regierung dazu angehalten werden, daß sie im Rahmen ihres Wirkungskreises an den Hilfsaktionen in den deutschen Notstandsgebieten teilnehmen.

#### 7. Administrative Reformen zugunsten der deutschen Bevölkerung.

Bei allen Ministerien mögen deutsche Sektionen errichtet werden, welche die besonderen Angelegenheiten der Deutschen zu bearbeiten haben und welche für die national gerechte Durchführung der Gesetze und Verordnungen Sorge zu tragen haben. Im Rahmen der Regierung möge ein besonderes Kollegium der deutschen Minister errichtet werden, welches jedes Gesetz und jede Verordnung vor der Gesetzwerdung vom Standpunkt der Bedürfnisse und Rechte der deutschen Bevölkerung prüft. Das deutsche Ministerkollegium und die deutschen Sektionen in den Ministerien dürfen die Arbeit nicht in bürokratischer Weise erledigen, sondern haben in engster Verbindung mit der deutschen Bevölkerung deren Bedürfnisse im zentralen Verwaltungsapparat des Staates und in der Regierung geltend zu machen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei legt diese Forderungen der Regierung und der gesamten Öffentlichkeit vor, indem sie deren Erfüllung im Interesse der Besserung der Verhältnisse der deutschen Bevölkerung in der Republik, im Interesse der Vertiefung und Erweiterung der Demokra-

tie in der Tschechoslowakei, im Interesse der Verteidigung der Republik gegen ihre äußeren und inneren Feinde fordert.

Prag, am 6. November 1936

Für das Zentralkomitee der KPC  
Klement Gottwald Bruno Köhler<sup>79</sup>

Von der Theorie her über der nationalistischen Verirrung stehend, war die Führung der KPC zweifellos hier klarsehender als die nationalistische bürgerliche Regierung dieses Staates, die im Vertrauen auf die Bündnisse nicht bereit war, ernsthaft einen nationalen Ausgleich zu versuchen, bestenfalls gewillt, wie Hodža gegenüber Henlein erklärte, aus einem „Postwenzel“ einen „Posthansel“ zu machen.

Mit dem Anschluß Österreichs im März 1938 war nun offensichtlich geworden, daß die Zeit für einen innerstaatlichen sudetendeutsch-tschechischen Ausgleich endgültig vertan war. Den Kommunisten ging es nun nur noch um die Verteidigung der Republik, also darum, zu verhindern, daß die Regierung kapitulierte. Denn die Kapitulation der ČSR würde nicht nur dem Deutschen Reich den Weg bis zum Schwarzen Meer und damit zur Südflanke der UdSSR öffnen, sondern möglicherweise auch das herbeiführen, was man im Kreml am meisten fürchtete: eine Vereinbarung zwischen dem Westen und Deutschland, die letzterem gegen die Sowjetunion freie Hand gibt.

Die KPC schwenkte jetzt ganz auf die rechte nationaltschechische Position ein. Am 16. März 1938 erklärten die deutschen Kommunisten Appelt und Kreibich im Prager Parlament: „Die Aufgabe der deutschen Werktätigen in der Tschechoslowakei besteht nun darin, sich mit dem tschechischen und slowakischen Volk auf Tod und Leben zu verbinden in der Verteidigung der Republik und der Demokratie gegen jeden Angriff von innen und außen ... Das ist heute die wichtigste nationale Frage, alles andere muß zurückstehen.“<sup>80</sup>

Als in der Maikrise die tschechoslowakische Regierung teilmobilisieren ließ, stellte sich die KPC voll und uneingeschränkt hinter diese Maßnahme: „Kommunisten der Tschechoslowakei, in die ersten Reihen der Verteidiger der Republik!“<sup>81</sup>, so schloß der Aufruf der Partei.

Anfang September 1938, als die Regierung unter dem Druck der Westmächte den sogenannten Vierten Plan vorlegte, waren die innenpolitischen Fronten im tschechischen Volk bereits weitgehend verschoben. Die KPC konnte der Regierung Verrat vorwerfen und durch den Mund Gottwalds erklären: „Es geht heute nicht in erster Linie um die Lösung der nationalen Frage, sondern um die Verhinderung der Aggression des deutschen Imperialismus gegen diesen Staat, um die Verteidigung der nationalen Selbständigkeit der Tschechen und Slowaken.“<sup>82</sup>

<sup>79</sup> Fuchs 307.

<sup>80</sup> Těsnopisecké zprávy o schuzích senatu IV. volební období, 6. zasedání, 107. schůze [Stenographischer Bericht der Senatssitzungen der IV. Wahlperiode, 6. Sitzung, 107. Tagung]. Prag 16. 3. 1938, S. 52.

<sup>81</sup> Gottwald: Spisy. Bd. VIII, S. 182.

<sup>82</sup> Gottwald VIII, 232.

Als am 19. September die Westmächte der tschechoslowakischen Regierung empfahlen, die Bezirke mit mehr als 50% deutscher Bevölkerung an das Deutsche Reich abzutreten, nahm Gottwald dazu im Ständigen Ausschuß der Nationalversammlung in folgender Weise Stellung: „Die Empfehlungen . . . der englischen und französischen Regierung erachten wir für die Tschechoslowakei als unannehmbar . . . Die tausendjährige Grenze der Tschechoslowakei wurde nach dem Weltkrieg durch die Friedenskonferenz als Garant des Friedens bestätigt . . . Nur der schützt die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei, der jede Verletzung ihrer Grenzen ablehnt . . . Freiwillig lassen wir uns die Republik nicht in Stücke schlagen . . . Die ganze Nation und das gesamte Volk stehen fest, entschlossen nicht zurückzuweichen, in einer eisernen Einheit . . .“<sup>83</sup>

Wie sehr die KPČ die Stimmung der tschechischen Massen traf, mag die Entwicklung der Auflagenziffer des Rudé Právo verdeutlichen. Jahre hindurch hatte es sich nur kümmerlich hingeschleppt. Nun stieg im Jahre 1938 die Auflage von 30 000 auf 140 000.<sup>84</sup> Die KPČ war zu einer echten Volkspartei der tschechischen Nation geworden.

Als dann in München unter Ausschaltung der Sowjetunion dem tschechoslowakischen Staat seitens Deutschlands und des Westens die Abtrennung der Sudetengebiete auferlegt wurde, war der Grundstein für die Umorientierung des tschechischen Volkes nach dem Osten geschaffen. Anders als es sich die Komintern zwischen den Jahren 1921 und 1932 vorgestellt hatte, war die Frage der nationalen Minderheiten doch zu dem Hebel geworden, der diesen Staat ins östliche Lager bewegen sollte. Mit der Kapitulation der westlich orientierten bürgerlichen Parteien stand die KPČ in den Augen des Volkes als die alleinige und unbestechliche Wahrerin der nationalen Interessen da. Es war ein eigentümlicher Umweg, den die Geschichte der von der Theorie her internationalistisch angelegten KPČ aufgezwungen hatte. Sie war nun eine nationale tschechische Partei geworden und 1945 steigerte sich das in Konkurrenz mit dem zurückgekehrten Beneš bis zu dem Punkt, wo man ihre in einem schreienden Gegensatz zum gesamten marxistisch-leninistischen Internationalismus stehende Politik nur noch mit dem wahnsinnigen Rassismus der deutschen Nationalsozialisten vergleichen kann.

Zuvor aber, 1938, wuchs Klement Gottwald in die Rolle des nationalen Volksführers, als er am 11. Oktober nach der Kapitulation von München im Parlament ausrief:

„Vor allem Volk und vor der gesamten Welt erklären wir, daß die Regierung weder verfassungsmäßig noch politisch das Recht hatte zu kapitulieren. Das Volk wollte kämpfen. Die ganze Nation wollte ihr Land mit allen Mitteln verteidigen. Die Armee war mobilisiert. An den Grenzen befanden sich hervorragende Befestigungen. Und das ganze Volk war bereit, das letzte zu opfern, sein Land, seine staatliche und nationale Existenz zu verteidigen.“

<sup>83</sup> Gottwald VIII, 252.

<sup>84</sup> Dolejší: Třicet let boju za socialismus [Dreißig Jahre Kampf für den Sozialismus]. Prag 1951, S. 108.

Wenn unser Volk mit Recht empört ist über die rücksichtslosen Taten des Angreifers, wenn es mit Recht erbittert ist über das Vorgehen der Londoner und Pariser Regierung, so fragt es sich gleichzeitig mit Recht, welches die inneren Kräfte sind, die diese schicksalshafte Kapitulation vom 30. September herbeiführten . . .

Es waren die Klasseninteressen der reaktionären Großbourgeoisie in England und Frankreich . . . es war die Klasse der reaktionären Bourgeoisie in der Tschechoslowakei, die befahl zu kapitulieren und die Interessen der Großbourgeoisie zu opfern. Wir haben es mit einer weitreichenden Verschwörung gegen das Volk, gegen die Republik und gegen die Demokratie zu tun.

Es war einzig die Kommunistische Partei, die die drohende Gefahr rechtzeitig gesehen hat, vor ihr warnte und sich bis zum letzten Augenblick der schicksalhaften Kapitulation bemühte das schlimmste abzuwenden.

. . . Wir haben das Recht und die Pflicht, das Urteil des Volkes und der Geschichte besonders über jene Elemente und Kräfte anzurufen, die diese schändliche Kapitulation seit langer Zeit maßgeblich vorbereiteten, die sich mit dem Feind gegen das eigene Volk, die Nation und die Republik verschworen hatten . . .

Glauben Sie mir: Ich war als Kommunist immer darauf stolz, daß ich Tscheche bin, ich war stolz auf das hussitische Volk, zu dem ich gehöre. Ich weiß, daß dieses tschechische Volk auch weiterhin das hussitische Volk bleibt. Aber ich kann weder als Tscheche noch als Kommunist stolz sein auf die Taten der Regierung, die das Volk zum 3. September und zu seinen jetzigen Folgen führte. Dessen müssen sich alle schämen, die auch nur einen Funken Ehre im Leib haben.“<sup>85</sup>

Wer erinnerte sich bei den tschechischen Massen schon an die Losungen vom „Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung“, die zehn Jahre zurück lagen? Die Tatsachen der Gegenwart sprangen in die Augen. Die bürgerlichen tschechischen Parteien hatten versagt, ebenfalls die Sozialdemokratie. Die westlichen Bündnispartner hatten die ČSR im Stich gelassen. Das Bündnis mit der Sowjetunion war auf Grund eines tschechischen Wunsches an die Bedingungen geknüpft, daß Frankreich seinen Beistandspflichten nachkommen müsse. Mit dem Versagen Frankreichs erloschen auch die Verbindlichkeiten der Sowjetunion. Der eine Teil der bürgerlichen Politiker bereitete sich auf eine zunächst hoffnungslose Emigration vor, der andere richtete sich darauf ein, mit dem Deutschen Reich zusammenzuarbeiten. Auf die Kommunisten schienen plötzlich alle jene nationalen Traditionen übergegangen zu sein, die seit dem vorigen Jahrhundert vom tausendjährigen Kampf gegen die Deutschen sprachen.

Aber der KPČ wurde nichts erspart. Im August 1939 schloß Stalin mit Hitler den Nichtangriffs- und Freundschaftspakt. Wenn die KPČ durch „München“ die große Chance bekam, sich dem tschechischen Volk als der einzige kompromißlose Kämpfer für die Freiheit der Nation und die Integrität des

<sup>85</sup> Gottwald VIII, 267.

Staates zu präsentieren, so hatte die Sowjetunion beim gleichen Problem doch mit ganz anderen Größenordnungen zu rechnen.

Zuerst einmal zeigt sich in der Sudetenkrise — gleichzeitig mit der Entschlossenheit Deutschlands, eine aggressive Ostpolitik zu betreiben — die Schwäche des Westens und seine Bereitschaft, für unumstößlich gehaltene Bastionen unter Druck aufzugeben. Für Moskau blieben unter diesen Umständen nur zwei Wege offen: 1. Es konnte versuchen, die Politik der Einkreisungsbündnisse, der kollektiven Sicherheit gegen Deutschland, verstärkt fortzusetzen. Dann mußte es aber damit rechnen, daß der Westen so taktieren würde, daß die Sowjetunion den ersten Ansturm der deutschen Waffen würde aushalten müssen. Wer konnte Moskau garantieren, daß der Westen nicht unschlüssig hinter der Maginot-Linie und jenseits des Kanals sitzen bleiben würde, trotz offizieller Kriegserklärung, wie es dann auch hinsichtlich des polnischen Bündnispartners geschehen ist? Augenscheinlich mußte es im Interesse des Westens liegen, wenn Deutschland und die Sowjetunion einander zerfleischten und gegenseitig zur Ausblutung bringen würden. Überhaupt: wer konnte Stalin garantieren, daß London und Berlin nicht zu einer echten Zusammenarbeit kommen, daß die Briten nicht den Deutschen den Weg nach dem Osten freigeben würden, womit sie nach russischer Ansicht bereits in „München“ begonnen hatten? Hitler hatte in seinem Buch offen von dieser Möglichkeit geträumt. Und Chamberlain jubelte nach München von dem „Frieden für unsere Zeit“. Alle diese gefährlichen Möglichkeiten überschauend, war es nur logisch, daß Moskau versuchen mußte, den 2. Weg für seine eigene Sicherheit zu erkunden. Worin konnte er bestehen? Zehn Jahre vorher war es die Politik Moskaus gewesen, die deutschen Forderungen in Zentraleuropa zu begünstigen, um aus dem Kampf gegen Versailles die neue revolutionäre Welle in Mitteleuropa entstehen zu lassen. Diese Politik war gescheitert. Nun blieb nichts übrig, als dem nationalsozialistischen antibolschewistischen Deutschland Hitlers den Zugriff auf Zentraleuropa zu gestatten. Der Gegenwert war nur die Hoffnung auf Verlängerung eines recht fragwürdigen Friedenszustandes und bestenfalls die Ablenkung des deutschen Angriffes gegen den Westen. Von der damaligen Lage her beurteilt, war die Politik Stalins dem Deutschen Reich gegenüber durchaus logisch und richtig. Die KPC, die soeben die Glorie eines nationalen Helden errungen hatte, mußte nun wieder zwischen die Mühlsteine der tschechischen nationalen Interessen und der sowjetrussischen Staatsraison kommen.

Die Sowjetunion hatte am Akt von München keinen Anteil. Sie hatte sich ihren Verpflichtungen nicht entzogen, aber sie hatte weder mit einem Eingreifen unabhängig von den vorhandenen Verträgen gedroht, noch zu vermitteln gesucht. Als der Westen die Abtretung des Sudetenlandes unterschrieben hatte, war für sie nach dieser Sachlage kein Anlaß gegeben, noch etwas zu tun. Am 30. September 1938, am Tag von München also, hatte Beneš noch dem sowjetischen Gesandten in Prag, Alexandrowski, die Frage vorgelegt, ob die CSR der Münchner Vereinbarung bewaffneten Widerstand entgegensetzen solle, d. h. ob sie mit der Hilfe der UdSSR in diesem Fall rech-

nen könne. Beneš zog dann aber am selben Tag diese Anfrage zurück, nachdem sich die tschechoslowakische Regierung entschlossen hatte, den Münchner Urteilsspruch anzunehmen. Der Sowjetunion wurde es also erlassen, diese heikle Frage zu beantworten.<sup>86</sup>

Nach München hielt die Sowjetunion ihre Beziehungen zu dem um das Sudetenland vergrößerten Deutschen Reich aufrecht und erkannte damit diese Regelung stillschweigend an. Als am 15. März 1939 deutsche Truppen die böhmischen Länder besetzten und die Slowakei sich unter deutscher Mithilfe selbständig machte, übersandte der sowjetische Außenminister noch eine Protestnote nach Berlin, worin stand, daß die Sowjetunion sich weigert, die damit geschaffenen Tatsachen anzuerkennen. Aber schon zwei Monate später, am 17. Mai, bat der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, Astachov, das deutsche Auswärtige Amt, die Sowjetgesandtschaft in Prag als Teil der sowjetischen Handelsmission in Berlin anzuerkennen, was eine de facto Anerkennung der Schaffung des Protektorats bedeutete. Im September 1939 erkannte die Sowjetunion dann die Slowakische Republik an. Im November traf der slowakische Gesandte in Moskau ein und am 14. Dezember wurde der tschechoslowakische Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, vom sowjetischen Außenministerium benachrichtigt, daß man seinen diplomatischen Status nicht länger anerkennen könne.

Die Häupter der KPČ waren inzwischen ins Ausland emigriert. Gottwald, Slánský, Kopecký und Nejedlý nach Moskau; Nosek, Hodinová und Kreibich nach London; Šverma und Clementis nach Paris.

Bis zum Hitler-Stalin Pakt behielt die Partei die ihr zugefallene nationale Rolle bei. In einer „Direktive über die politische Auslandsarbeit der Partei“<sup>87</sup>, die als geheim im Juni 1939 erlassen wurde, spricht die Partei von ihrer führenden Rolle im Kampf um die Befreiung der Tschechoslowakei, von der Notwendigkeit einer Einheitsfront aller Tschechen und Slowaken im Ausland und der Zusammenarbeit mit Dr. Beneš: „Die Kommunisten müssen überall in der ersten Reihe für die Sache der tschechoslowakischen Unabhängigkeit stehen . . . und müssen die Ansicht verteidigen, daß man nicht einfach auf die Entwicklung des Freiheitskampfes, wobei die tschechische Nation die Unterstützung des mächtigsten Landes der Welt, der Sowjetunion, erhalten wird, warten darf.“<sup>88</sup>

Nach dem August 1939 aber herrschte nicht viel mehr als betroffenes Schweigen bei der KPČ. Die heutige benešistische tschechoslowakische Emigration behauptet, im Besitz von Flugblättern zu sein, in denen das tschechische Volk gewarnt wurde, der Exilregierung Beneš zu folgen und den französischen und britischen Imperialisten zu trauen und worin sogar die „sowjetisch-deutsche Freundschaft als der Pfeiler der internationalen Situation gepriesen wird, an dem die imperialistischen Pläne des anglo-französischen

<sup>86</sup> Ministerium f. auswärtige Angelegenheiten der čsl. Republik: Neue Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens. Prag 1959, S. 141.

<sup>87</sup> Korbel 36.

<sup>88</sup> Korbel 37.

Blocks bereits zersplitterten und die der Vereinigten Staaten auch noch in Stücke gehen werden . . . Beneš und seine Gruppe seien eine dauernde Gefahr, daß die tschechische Nation in tödlicher Weise mißbraucht wird und in einen tragischen Zusammenstoß mit den deutschen revolutionären Arbeitern und . . . mit der Sowjetunion hineingeführt würde.“<sup>89</sup> Auch wenn wir die Frage nach der Echtheit oder Unechtheit dieser Dokumente auf sich beruhen lassen, was hätte die KPC als stalinistische Partei zur neuen Konstellation in Mittelosteuropa schon sagen sollen? Bezeichnend ist jedenfalls, daß die Sammlung der Reden und Aufsätze Gottwalds, die nach dem Kriege von der Partei herausgegeben wurde, uns für diesen Zeitraum — und zwar bis zum 29. Juli 1941 — nicht einen einzigen Beitrag präsentieren kann.

Mit dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion kam die neue Wendung, wiederum im Sinne einer Verstärkung der „rechten“ nationalistischen Tendenzen der KPC. Der ungehemmte Patriotismus und der panslawische Nationalismus waren nun Motor auf dem Wege zur Macht. Am 10. August 1941 trat ein All-Slawischer Kongreß in Moskau zusammen. Alles was sich mit dem tschechoslowakischen Staat irgendwie verbinden ließ, von Jan Hus bis Masaryk und Beneš, war wieder zeitgemäß. Trotzdem schloß diese neue Wendung aber noch lange nicht den Plan der Deutschen-Austreibung in sich. Er entstand nicht in Moskau, sondern in London.<sup>90</sup>

Bis in den Spätsommer 1944 mußte die Sowjetunion, auf deren Territorium die deutschen Armeen standen, immer noch mit der Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Deutschland rechnen. Sie hütete sich, den Kampf gegen „Hitler-Deutschland“ als Kampf gegen das deutsche Volk schlechthin zu deklarieren oder sich territorial bereits festzulegen. Noch im September 1943 wurde in Stockholm zwischen deutschen und sowjetischen Vertretern Fühlung über den Abschluß eines Waffenstillstandes genommen und es war Hitler, nicht Stalin, der diese Gespräche abbrechen ließ. Aber die Sowjetunion mußte in unserer Frage auch noch mit einer anderen Möglichkeit rechnen. Es hätte leicht der Fall eintreten können, daß die tschechoslowakische Exilregierung Beneš, die ja in London residierte, im Gefolge westlicher Armeen in Prag einziehen und dort eine Regierung ohne oder gar gegen die Kommunisten bilden würde. Für diesen Fall hielt man sowohl die Möglichkeit einer selbständigen Slowakei als auch sudetendeutsche Kommunisten in Reserve.

Wenngleich Beneš von Molotow schon am 9. Juni 1942, noch vor den Erklärungen der Westalliierten, die offizielle Zusicherung erhielt, daß die Sowjetunion die Republik in ihren Vor-Münchener Grenzen anerkennt, so ist es doch Tatsache, daß die Moskauer Politik bis zur Mitte des Jahres 1943 für uns erkennbar mit den Sudetendeutschen neben den Deutschen und Österreichern als einer eigenständigen Gruppe rechnete.

Wolfgang Leonhard, der zu jenen zehn führenden kommunistischen Funk-

<sup>89</sup> Korbel 44.

<sup>90</sup> Jaksch 385.

tionären gehörte, die im April 1945 mit Walter Ulbricht nach Deutschland geflogen wurden, berichtet, daß auf der Kominternschule in Kuschnarenkovo noch im Frühjahr 1943 drei deutschsprachige Gruppen getrennt unterrichtet und für den kommenden politischen Einsatz vorbereitet wurden: eine deutsche, eine österreichische und eine sudetendeutsche. Leonhard schreibt: „Der Unterricht fand meist getrennt nach den einzelnen nationalen Gruppen statt . . . Auch die drei deutschsprachigen Gruppen — Deutsche, Österreicher und Sudetendeutsche studierten getrennt. Das getrennte Studium der Österreicher war nicht erstaunlich, denn es war ja schon damals klar, daß Österreich wieder ein unabhängiger Staat werden sollte. Offensichtlich war aber damals über das Schicksal der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei noch nicht entschieden, denn sonst hätte es kaum in der Kominternschule eine besondere sudetendeutsche Gruppe gegeben.“<sup>91</sup>

### *Die KPC opfert die Sudetendeutschen im Wettlauf um die Macht*

Die Entstehungsgeschichte der Austreibung der Sudetendeutschen ist hinlänglich erforscht und bekannt. Die Politik des Kalten Krieges hat hier ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet, das den Ursprung alles Bösen nur der einen Seite anlastet. Das ergab sich umso natürlicher, als die Massen der deutschen Heimatvertriebenen als Bürger der westdeutschen Bundesrepublik an der westlichen Politik gegen den Osten teilnahmen und der Osten wiederum aus Rücksicht auf gewisse nationalistische Interessen der Polen und Tschechen jeden Ausgleich, jedes unvoreingenommene Gespräch mit den deutschen Vertriebenen verweigerte.

In seinem Buch „Russia and the West under Lenin and Stalin“ schreibt dagegen George F. Kennan zum Beispiel über die Entstehung der Oder-Neiße-Linie: „Dieser Vorschlag Polen nach Westen zu bewegen, mit seinem völligen Mangel an Rücksicht auf die künftige politische Stabilität Osteuropas und mit der flagranten Verletzung der Grundsätze der Atlantik-Charta, deren Verfasser Roosevelt und Churchill waren, kam, es tut mir leid, dies sagen zu müssen, in erster Linie von ihnen [den Angelsachsen] und nicht von Stalin.“<sup>92</sup>

Der ungeheuerliche Gedanke, Millionen von Menschen ohne jede Habe einfach über die Grenze zu jagen, war eine Ausgeburt des zentraleuropäischen Nationalismus — sein Gipfel — und wie wir hoffen sollten, Wendepunkt. Er entstand in dem vorliegenden Fall in den Gehirnen rachsüchtiger Kleinbürger, die sich als tschechoslowakische Exilregierung in London etablierten.

Beneš konnte die Niederlage seines Lebens in München nicht überwinden. Auch bei sich selbst Schuld zu suchen, daran zu denken, daß vor 1938 zwanzig Jahre Zeit und Macht in die Hände der tschechischen Politik gegeben

<sup>91</sup> Leonhard, W.: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1961, S. 159.

<sup>92</sup> Kennan, G. F.: Russia and the West under Lenin and Stalin. London 1961, S. 361.

waren, um den deutschen Mitbürgern die Versöhnung mit dem neuen Staat zu ermöglichen, dies lag ihm völlig fern. So wie für seinen Gegner Hitler, gab es auch für ihn kein Recht, das über der Macht stand. Die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg hinderte ihn an jeder Selbsterkenntnis und gab ihm die Gelegenheit, alle seine Fehler zu potenzieren, um sich selbst zu bestätigen.

Da 1938 die in den böhmischen Ländern lebende sudetendeutsche Volksgruppe von Deutschland als Hebel benutzt worden war, um den tschechoslowakischen Staat aufzubrechen, ergab sich für ihn die Schlußfolgerung, einer solchen Möglichkeit nun ein für alle Mal vorzubeugen. Beneš rechnete damit, daß die nächste tschechoslowakische Republik, analog der ersten, wieder auf den Trümmern einer deutschen Niederlage errichtet werden würde. Im Gegensatz zum Ausgang des Ersten Weltkrieges würde aber nun das sozialistische Rußland Machtfaktor ersten Ranges im ausgebluteten und zerschlagenen Zentraleuropa werden. So ging Benešs Konzeption davon aus, das antideutsche Bündnis der Sieger möglichst zu einer Dauereinrichtung zu machen und die neue Tschechoslowakische Republik als west-östliche Klammer in Zentraleuropa zu konstituieren. Wie bekannt war dies eine Fehlkalkulation. Was ihm aber in der Stunde der tiefsten deutschen Ohnmacht gelang, war, sich der deutschen Volksgruppe zu entledigen, die in guten und bösen Tagen über 700 Jahre mit dem tschechischen Volk zusammengelebt hatte.

Es war klar, daß er ohne die Billigung der Großmächte eine solche Ungeheuerlichkeit niemals durchführen konnte. Schließlich hatten Frankreich und Großbritannien selbst das Münchner Abkommen unterzeichnet und Beneš mußte sich wohl auch daran erinnern, wie die Komintern über ein Jahrzehnt immer wieder von den tschechischen Genossen verlangt hatte, für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen einzutreten. Zu unserem Thema gehört die Frage nach der Einstellung der Sowjetunion, als der Zentrale der kommunistischen Macht, zur Austreibung der Sudetendeutschen. In einem Satz: Beneš hat sich die sowjetische Zustimmung erschlichen bzw. erpreßt, und zwar durch ein Spiel mit falschen Informationen und durch ein Ausspielen der Großmächte gegeneinander.

Im Frühjahr 1943 fuhr Beneš nach Washington. Vor dieser Reise hatte er in London durch den bei ihm akkreditierten sowjetischen Botschafter Bogomolow in Moskau anfragen lassen, ob die Sowjetregierung bereit sei, mit ihm einen Pakt abzuschließen, ob sie der Einbeziehung Polens in diesen Pakt zustimme und wie sie sich „zur Notwendigkeit der Aussiedlung der faschistischen Deutschen aus der Tschechoslowakei stelle.“<sup>93</sup> Damit deutete Beneš an, daß er für die Sowjets in der schwierigen polnischen Frage zur Unterstützung bereit wäre, wenn man ihm im letzten Punkt entgegenkommen würde. Trotzdem bejahte der Kreml nur die beiden ersten Punkte und schwieg zu diesem letzten. In seinen Memoiren spricht nun Beneš davon, daß er von Roosevelt „die volle Zustimmung zur Durchführung des Transfers der größtmöglichen Anzahl unserer Deutschen erhielt.“<sup>94</sup>

<sup>93</sup> Jaksch 385.

<sup>94</sup> Beneš, E.: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947, S. 285.

Darauffin sprach Dr. Ripka, der stellvertretende Außenminister der Exilregierung, wieder bei dem sowjetischen Gesandten vor und teilte ihm mit, daß die Amerikaner die vorbehaltlose Zustimmung zur Austreibung der Sudetendeutschen gegeben hätten.<sup>95</sup> Ripka telegraphierte an Beneš nach Washington: „Ich knüpfte daran an, daß nach der britischen nun auch die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zum Transfer der Deutschen gegeben habe. Weiter legte ich Bogomolow dar, daß wir dasselbe von der Sowjetregierung erwarteten und daß es uns nicht genüge, wenn gesagt wird, das sei unsere innere Angelegenheit. Bogomolow sagte mir darauf freimütig, wenn die Sowjetregierung bisher gezögert habe, sich offen auszusprechen, so sei dies darauf zurückzuführen, weil sie noch nicht wisse, welche Politik sie Deutschland gegenüber verfolgen werde.“<sup>96</sup>

Die Erpressung blieb nicht ohne Erfolg. Eine Woche später, am 6. Juni, konnte Ripka ein zweites Telegramm nach Washington schicken: „Am Samstagabend telefonierte mir Bogomolow . . . er habe soeben ein Telegramm erhalten, daß die Sowjetregierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimme . . .“<sup>97</sup> Am Tag darauf hatte Beneš eine zweite Aussprache mit Roosevelt. Waren vorher die angeblich aussiedlungswilligen Amerikaner gegen die Russen ausgespielt worden, so nun die russische Zustimmung gegen die Amerikaner. Beneš berichtet der Regierung über dieses neue Gespräch mit Roosevelt: „Ausdrücklich fragte ich aufs neue, ob die Vereinigten Staaten dem Transfer unserer Deutschen zustimmen werden. Er [Roosevelt] bejahte dies. Ich habe ihm erneut mitgeteilt, daß England und die Sowjets uns ihren Standpunkt im gleichen Sinn bekannt gaben.“<sup>98</sup>

Trotz dieser Berichte muß aber festgehalten werden, daß — wie J. W. Brügel im Vierteljahresheft des Instituts für Zeitgeschichte in München schreibt — „weder Beneš noch ein anderer tschechischer Autor ein einziges diplomatisches Dokument zu zitieren in der Lage ist, in dem eine der drei Großmächte ihre Zustimmung zu Aussiedlungsplänen ausgesprochen hätte. Die einzige wirkliche Entscheidung der Großmächte in dieser Frage scheint in Potsdam im Sommer 1945 gefallen zu sein, also zu einer Zeit, als Aussiedlungsaktionen grausamster Art bereits seit Monaten im Gang waren. Die verfügbare Literatur über den Verlauf der Potsdamer Konferenz verzeichnet keine besondere Besprechung des Schicksals der Sudetendeutschen. Während es über die Behandlung der Deutschen durch die Polen lebhaft Auseinandersetzungen gab, scheint das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei überhaupt nicht diskutiert worden zu sein. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, daß die Potsdamer Konferenz eine ausdrückliche Zustimmung zu Aussiedlungsaktionen gegeben habe, sei festgestellt, daß sie lediglich der Meinung Ausdruck gab, sie seien unter den gegebenen Umständen unvermeidlich . . . Eine praktische Bedeutung hat das bewußte Vermeiden jeder Zustim-

<sup>95</sup> Jaksch 385.

<sup>96</sup> Jaksch 385.

<sup>97</sup> Jaksch 386.

<sup>98</sup> Jaksch 386.

mungserklärung freilich nicht gehabt. Trotzdem bleibt Tatsache, daß im Falle der Sudetendeutschen weder ein gemeinsamer Beschluß der drei Großmächte vorliegt, noch eine Stellungnahme einer einzigen von ihnen, die ein Aussiedlungsprogramm ausdrücklich gebilligt hätte.“<sup>99</sup>

Mit Kriegsende brach über die böhmischen Länder eine entsetzliche Welle von Revanchismus und chauvinistischer Verblendung herein. Innerhalb der tschechischen Nation begann gleichzeitig der Kampf um die Macht zwischen den Anhängern des Westens und den Kommunisten. Die Kommunisten hatten das Prestige der Sowjetunion und die Präsenz ihrer Macht hinter sich. In den Auseinandersetzungen hätten sie, trotz des gemeinsamen Kampfes, Beneš seine Kapitulation von München vorhalten können. Durch ihr Austreibungsprogramm und die Aufstachelung von Haß und Rache versuchte die Londoner Exilregierung das tschechische Volk hinter sich zu bringen. Es entwickelte sich ein Wettbewerb um die niedersten Instinkte der Massen. Zweifellos hatten die Kommunisten von Natur aus andere Vorstellungen von der Lösung des Nationalitätenproblems in der neuen Tschechoslowakei. Ihnen ging es um die sozialistische Revolution quer durch die Nationen und Volksgruppen dieses Staates. Aber nun bestand die Gefahr, daß die Kommunisten bei Beibehaltung einer konsequenten internationalistischen Politik alles das verspielt hätten, was ihnen durch München — und die deutsche Protektorspolitik — bei den tschechischen Massen zugefallen war, daß sie also gegenüber den tschechischen Nationalsozialisten Benešs in der Stunde des Sieges gewaltig ins Hintertreffen geraten würden.

Die KPČ konnte ihrer Theorie, ihren Grundsätzen, treu bleiben, aber dann würde die Macht ihren Händen in dem von Beneš entfachten Sieges- und Rachetaumel entgleiten. Oder die KPČ konnte den seit der Zeit vor München beschrittenen nationalistischen Rechtskurs verschärft weiterverfolgen und versuchen, die rachedurstigen Kleinbürger an Chauvinismus zu übertreffen, um die Macht im Staate gegen Beneš zu erobern. Die KPČ wählte seit dem Besuch Benešs in Moskau im Dezember 1943 bereits den zweiten Weg, und erklärte sogleich, Initiatorin der Austreibung zu sein. (Im übrigen rangen um diesen „Ruhmestitel“ auch die anderen Parteien mit Beneš, sogar katholische Politiker bemühten sich, ihre „Verdienste“ in dieser Hinsicht dem Volk darzulegen. Ein Beweis für die Verblendung, die ganze Nationen und Zeiten ergreifen kann. Wahrscheinlich hätte bei anderem Kriegsausgang die gleiche Art Menschen sich in Deutschland der Judenmorde gerühmt.)

In einem von der Parteihochschule der SED in Kleinmachnow/Berlin im Jahre 1955 gehaltenen Vortrag erklärte in diesem Sinne ein Sprecher der KPČ:

„Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die nach der Befreiung der Tschechoslowakei an der Spitze des volksdemokratischen Staates stand, schlug vor, die Frage der deutschen Minderheit durch die Umsiedlung nach

<sup>99</sup> Brügge, J. W.: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Vierteljahressheft des Instituts für Zeitgeschichte 8 (1960) 162.

Deutschland zu lösen. Die Kommunistische Partei stützte sich hierbei auf die Hilfe der Sowjetunion. Der Vorschlag der Umsiedlung der Deutschen wurde einstimmig vom tschechoslowakischen werktätigen Volk unterstützt. Deshalb wagten die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der Sozialdemokratie, die bis zum Jahre 1948 im Parlament und in der Regierung die Mehrheit hatten, nicht, sich gegen diesen Vorschlag zu stellen . . . Die tschechoslowakische Regierung, ebenso wie die Regierungen Polens und Ungarns, ersuchten die Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens, der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei . . . nach Deutschland zuzustimmen. Dank des Eintretens der Sowjetunion bestätigte die Potsdamer Konferenz die Umsiedlung . . . Bei der Durchführung der Umsiedlung stießen die Staatsorgane auf die Sabotage der Bourgeoisie. Die tschechoslowakische Bourgeoisie war nämlich gegen die Umsiedlung der Deutschen. Die bürgerlichen Politiker konnten öffentlich die Umsiedlung nicht ablehnen, ohne jegliches Vertrauen im Volke zu verlieren, sie waren aber bestrebt, diese mit allen Mitteln zu verhindern . . . Die tschechische und slowakische Reaktion sah in der vom Faschismus infizierten deutschen Minderheit ihre Stütze im Kampf um die Wiederherstellung der Bourgeoisie . . .“<sup>100</sup>

In Wirklichkeit war die Sache allerdings umgekehrt. Das tschechische nationalistische Bürgertum unter Führung Beneš war Initiator der Austreibung und die Kommunisten waren es, die fürchteten, das Vertrauen der revanchistisch aufgehetzten Massen zu verlieren, wenn sie sich an ihre Grundsätze vom proletarischen Internationalismus, ganz zu schweigen von ihren früheren Losungen zur Frage der deutschen Minderheit, halten würden. Das gibt derselbe Sprecher der KPC im gleichen Vortrag zu, wenn er etwas später sagt: „Die Reaktion sah, daß die Kommunisten eine nationale Unterdrückung einer Minderheit von drei Millionen nicht dulden würden. Die Reaktion hätte . . . eine chauvinistische Hetze gegen die Kommunisten geführt und diese eines Verrats an den nationalen Interessen beschuldigt. Unter solchen Bedingungen hätte die tschechoslowakische Arbeiterklasse die Bourgeoisie nicht schlagen und die Diktatur des Proletariats nicht errichten können . . . Die Presse der tschechischen Nationalsozialistischen Partei wimmelt von Rassentheorien darüber, daß die Wurzeln des Nazismus im deutschen Nationalcharakter, im Blut des deutschen Volkes liegen. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei stimmte mit solchen Ansichten nicht überein. Sie konnte aber zu dieser Zeit keine große Kampagne gegen diese Erscheinungen führen. Das Mißtrauen des tschechoslowakischen Volkes gegenüber dem ganzen deutschen Volke war noch zu stark. In dieser Lage den ideologischen Kampf in dieser Frage aufzunehmen, hätte bedeutet, Kräfte vom entscheidenden Frontabschnitt — vom Abschnitt des Kampfes um die politische Macht — auf einen weniger wichtigen Abschnitt zu werfen. Unsere Partei beschränkte sich . . . auf die Wahrung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der Parteipropaganda“<sup>101</sup>.

<sup>100</sup> H á j e k 19, 20.

<sup>101</sup> H á j e k 20.

Das nackte Machtstreben machte sich bezahlt. „Nach einer Erklärung von Gottwald waren 1,7 Millionen Tschechen in die Grenzgebiete gekommen, aus denen die Sudetendeutschen vertrieben worden waren, um dort Land zu den günstigsten Bedingungen zu erhalten. Die Kommunisten beanspruchten für sich das Verdienst für dieses riesige Kolonisationsprogramm . . .“<sup>102</sup> Als dann am 26. Mai 1946 in der CSR gewählt wurde, wurde die KPČ in der nach westlichen Begriffen freien Wahl zur stärksten Partei in den böhmischen Ländern. Gegenüber der wirklichen Initiatorin der Austreibungspolitik, der nationalsozialistischen Partei Benešs, die nur 18% der Wählerschaft für sich buchen konnte, erreichte die kommunistische Partei 38%. In den Grenzgebieten aber stimmten an manchen Orten bis zu 80% der Wähler für die KPČ.<sup>103</sup> Die KPČ war zu einer tschechischen nationalistischen Partei geworden und hatte auf diesem Weg, wie vor ihr andere in Mitteleuropa, gesiegt.

Ganz abschütteln ließ sich das nicht mehr. Die äußere Taktik verändert die innere Substanz. Wenn auch die KPČ nach der totalen Machtübernahme im Februar 1948 schrittweise die ärgsten Diskriminierungen gegenüber den dort noch verbliebenen Deutschen abbaute, wenn auch Gottwald als erster wieder erklärte: „Není němec jako němec“, so zeigt doch die Präambel der ersten tschechoslowakischen Verfassung nach der kommunistischen Machtübernahme, der Verfassung vom 9. Mai 1948, daß die „internationalistische“ KPČ die „bourgeois“ nationalistischen Thesen vom „tausendjährigen Kampf der Tschechen gegen die Deutschen“ übernommen hatte und in rassistischer Weise die gesamte sudetendeutsche Volksgruppe (ohne Rücksicht auf den Klassenstandpunkt) für den Überfall des deutschen nazistischen Imperialismus kollektiv verantwortlich machte. Die Präambel sagt: „ . . . Damit wurde dem Erbfeind der Weg für den heimtückischen Überfall auf unseren friedliebenden Staat geebnet, wobei die Nachkommen jener fremden Kolonisten eifrig halfen, die gleich uns alle demokratischen Rechte der Verfassung genossen. Nun haben wir uns entschlossen, aus unserem befreiten Staat einen Nationalstaat zu machen — ledig aller feindlichen Elemente . . .“

#### *In der Gegenwart: Erstarrung der Positionen von 1945*

Die Kommunisten haben hinsichtlich der Frage der Deutschen in den Sudetengebieten während des letzten halben Jahrhunderts einander völlig entgegengesetzte Positionen bezogen, wie aufgezeigt worden ist.

Die Spannweite reicht von der Parole des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung vom Staate“ bis zum laut erhobenen Anspruch, Initiatoren und konsequenteste Verfechter eines eindeutigen Genozid-Verbrechens, der Austreibung und Zerstreuung dieser Volksgruppe, gewesen zu sein. Dazwischen liegen die Versuche des jungen Kreibich, auf der Basis des Klassen-

<sup>102</sup> Korbél 153.

<sup>103</sup> Korbél 162.

kampfes den unfruchtbaren Nationalismus beider Völker in Böhmen zu überwinden, und dazwischen liegt auch die Politik der 1929 endgültig „bolschewisierten“ Partei, die Massen der tschechischen Arbeiter im Geiste des „proletarischen Internationalismus“ zu erziehen und so beide Völker einander anzunähern.

Der „Proletarische Internationalismus“ — was blieb von ihm in Böhmen übrig? Der Grundgedanke des Marxismus-Leninismus: daß die Werktätigen aller Rassen, Nationen und Volksgruppen sich aus der wirtschaftlichen Versklavung befreien und als Gleiche zum gemeinsamen Wohl und in einem gemeinsamen Ganzen zusammenwirken würden, daß der Haß und Krieg erzeugende „bürgerliche Nationalismus“ damit überwunden würde — dieser Grundgedanke wurde in Böhmen im realen Kampf um die Macht verraten. Das Lied von der gemeinsamen Zukunft endete damit, daß Karl Kreibich 1945 schrieb:

„Es darf in der Tschechoslowakei keine organisierte, eigene nationalpolitische Gruppe geben, die eine deutsche Minderheit bildet, es darf keine deutsche Richtung geben, sei es wirtschaftspolitisch oder kulturell, kein eigenes deutsches nationales Leben. In den böhmischen Ländern darf es keine deutsche Politik geben . . . Ein patriotischer Bürger muß auch den rein tschechischen und slowakischen, den ausschließlich slawischen Charakter des Staates anerkennen . . . Es darf in der Tschechoslowakei keine deutsche Minderheit mehr geben . . . Die Kinder müssen tschechisch erzogen werden . . .“<sup>104</sup>

Waren die Versuche der Kommunisten, in der Zeit zwischen den beiden Kriegen eine Zusammenarbeit der beiden Völker in Böhmen herbeizuführen, die Trennung der Nationalismen zu überspringen, war dies alles nur Betrug, kalt geplante Täuschung, Mittel zum Zweck? Zu welchem Zweck?

Die Kommunisten legen an die Zeit den Maßstab ihres Dogmas an und ignorieren, was sich nicht in dieses Schema einfügt. Innerhalb dieses starren Rahmens aber heiligt der Zweck die Mittel. Und da der Zweck ungeheuer groß und erhaben ist — der Endzustand der Menschheit, das irdische Paradies —, sind alle Mittel erlaubt, wenn sie nur diesem Ziele dienen. Es begreifen aber die Erbauer dieser Endgesellschaft nicht, daß sie durch dieses wertfreie Handeln die Basis jeder Gesellschaft zerstören (auch der Gemeinschaft der Völker selbst), die immer auf dem beruht, was das Volk mit den Worten „Gerechtigkeit“ und „Treu und Glauben“ bezeichnet. Wo jeder Wert, jedes Wort, je nach dem augenblicklichen Zweck austauschbar und umkehrbar ist, löst sich alles in Nichts und Wertlosigkeit auf. Praktisch sind es dann Machtgesichtspunkte allein, die den Ausschlag geben, was man als „fortschrittlich“ und damit gut oder als „reaktionär“ und damit böse zu beurteilen hat. Die „Zukunft“ aber rechtfertigt alles. Wer dieser Zukunft gewiß zu sein glaubt, wendet bedenkenlos jedes Mittel an.

In unserem Fall also kann die kommunistische Politik die Unterstützung

<sup>104</sup> Tvorba (Prag) v. 22. 9. 1945, nachgedruckt in ‚Einheit‘ (London).

des sudetendeutschen, ja großdeutschen Revisionismus durch „Selbstbestimmung bis zur Loslösung“ befürworten, sie kann sich darauf hinter eine tschechische nationalchauvinistische Politik der Austreibung stellen und sie könnte eine erneute Schwenkung zur Verständigung beider Völker vornehmen, wenn es ihr dienlich erscheint. Die KPC würde dann erklären, wie es ein Sprecher dieser Partei in einem Vortrag in einer Parteihochschule der SED bereits getan hat: „Die Pflicht jedes Kommunisten, jedes Internationalisten besteht darin, vor allem den Nationalismus in der eigenen Nation zu bekämpfen.“<sup>105</sup>

Wir haben den Weg der kommunistischen Politik gegenüber den Sudetendeutschen drei große Perioden hindurch verfolgen können. In der ersten, von der Gründung der KPC bis zur Machtübernahme Hitlers in Deutschland, versuchte man zuerst, den Nationalismus auf beiden Seiten durch den „proletarischen Internationalismus“ zu überwinden und schließlich trat man im Interesse der sowjetischen Mitteleuropapolitik für das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht ein. In der zweiten, zwischen 1934 und 1938 wurde die KPC zur staatserschaltenden Partei. Sie propagierte den „nationalen Ausgleich“ innerhalb des Staatsrahmens zum Zwecke der Verteidigung der Republik und verurteilte die sudetendeutsche Selbstbestimmung als „faschistischen Separatismus“. In der dritten, als sich die deutsche Niederlage im Osten abzeichnen begann und die Sowjetunion es nicht mehr nötig hatte, auf einen deutschen Machtfaktor Rücksicht zu nehmen, wurde das Schicksal der Sudetendeutschen ausschließlich vom innertschechischen Machtkampf bestimmt. Dem nationalistisch-chauvinistischen Wettlauf um die Macht im Staate fiel die sudetendeutsche Volksgruppe zum Opfer.

Seit dies geschehen ist, sind mehr als anderthalb Jahrzehnte verflissen und am Ende dieser Nachkriegszeit beginnen sich die Dinge in Zentraleuropa erneut in Bewegung zu setzen. Die Aufteilung des deutschen und zentraleuropäischen Raumes und seine Zerreißung in eine Front des Westens und eine des Ostens wird immer unhaltbarer. Die Sowjetunion hat das Ringen um Deutschland eröffnet, und ob man dies beabsichtigt oder nicht, es werden daraus Entwicklungen folgen, die nach den Lösungen von 1918, 1938 und 1945 zu neuen Gestaltungen drängen. Was war, wird zu — durch die Geschichte verworfenen — Zwischenlösungen, gescheiterten Versuchen. In krisenhaften Wehen drängt es nun nach Dauer, nach der Stabilität, nach dem Frieden zwischen den Völkern dieses Raumes, einem Frieden, der weder in der bloßen Restauration des Vergangenen, noch im Einfrieren des Gegenwärtigen bestehen kann, sondern der neues Recht für die Zukunft aus tieferen Quellen setzt.

Die Frage stellt sich: ergeben sich heute schon neue Aspekte für die Einstellung der kommunistischen Politik gegenüber der nunmehr vertriebenen, überwiegend im westlichen Deutschland lebenden, sudetendeutschen Volksgruppe?

---

<sup>105</sup> Hájek 3.

In der Tschechoslowakei gibt es dafür noch kein Anzeichen. Die Politik der KPC gegenüber den Sudetendeutschen ist im Kern auf der Position von 1945, der Auslöschung der Deutschen in den böhmischen Ländern, erstarrt und stehengeblieben.

Die 1960 in Kraft getretene neue Verfassung gewährt den ca. 150 000 Sudetendeutschen, die heute noch in der Republik leben, keinerlei Gruppenrechte. Als Individuen unterliegen sie wohl den gleichen Pflichten und genießen die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger der Republik, und wir wollen auch nicht vergessen, daß die einschneidenden nationalen Diskriminierungen der ersten Nachkriegsjahre gerade durch die Kommunisten schrittweise beseitigt wurden, als ethnische Gruppe aber sind sie von der Staatsführung eindeutig zum Untergang, zum Aufgehen im tschechischen Volk durch eine Zwangsassimilation, verurteilt. Die deutsche Jugend lernt ihre Muttersprache nur noch notdürftig in Sprachzirkeln. Es gibt für die nach amtlichen tschechoslowakischen Statistiken 165 000 Menschen zählende deutsche Volksgruppe nicht eine einzige deutsche Schule, geschweige denn eine politische Vertretung oder kulturelle Selbstverwaltung. Auch keine deutsche Sektion in der KPC oder in den Massenorganisationen. Zur neuen Verfassung erklärte am 8. April 1960 das ZK der KPC:

„Die Verfassung wird . . . davon ausgehen, daß die Tschechoslowakei ein einheitlicher Staat zweier gleichberechtigter Völker, der Tschechen und Slowaken ist, der auch den übrigen Nationalitäten eine freie sozialistische Entwicklung sichert. Ausdrücklich sollen in dieser Hinsicht die magyarische, ukrainische und polnische Nationalität angeführt werden. Sicher kann auch die Frage auftauchen, warum nicht auch die deutsche Nationalität angeführt wird. Dazu haben wir jedoch keine Veranlassung, weil wir die Frage der deutschen Nationalität bei uns seit den Jahren 1945/46 als auf Grund des Potsdamer Abkommens erledigt betrachten.“<sup>106</sup>

Auf der gesamtstaatlichen Konferenz der KPC vom 4./5. Juni 1960 wiederholte der Erste Sekretär und Staatspräsident A. Novotný diese Begründung:

„Was die Bürger der anderen, bei uns lebenden Nationalitäten betrifft, so gewährleistet der Verfassungsentwurf ihnen die gleichen Rechte und Pflichten wie allen anderen Bürgern der Republik. Ausgehend von der Tatsache, daß bei uns außer den beiden Völkern der Tschechen und Slowaken auch ethnische Einheiten magyarischer, ukrainischer und polnischer Volkszugehörigkeit wohnen, gewährleistet die Verfassung diesen auch die Erziehung und kulturelle Entwicklung in der Muttersprache. Was die Frage der früheren deutschen Minderheit betrifft, so wiederholen wir aufs neue, daß die Bürger deutscher Volkszugehörigkeit bei uns keine ethnische Einheit bilden. Die deutsche Frage ist für unsere Republik mit voller Zustimmung der vier Großmächte kraft des Potsdamer Übereinkommens ein für alle Mal geregelt worden . . .“<sup>107</sup>

<sup>106</sup> Rudé Právo. Prag, 17. 4. 1960.

<sup>107</sup> Rudé Právo. 6. Juni 1960.

Der einzige hohe Parteifunktionär der KPČ, der sudetendeutscher Abstammung ist, Bruno Köhler, nimmt zum gleichen Thema Stellung<sup>108</sup> und versucht diese nationalistische Haltung mit dem proletarischen Internationalismus auf einen Nenner zu bringen. Er erreicht dies durch ein Vertauschen der Vorzeichen. Wer sich auf deutscher Seite gegen diese Zwangsassimilation ausspricht, ist ein Nationalist und wer sie von tschechischer Seite befiehlt, ist ein Internationalist. Köhler gibt eine Zusammenfassung der Prinzipien, von denen sich die kommunistische Politik gegenüber der sudetendeutschen Volksgruppe hat leiten lassen. Sie gehören der Sphäre hemmungslosen Machtstrebens an. Bruno Köhler schreibt:

„Wie uns der Leninismus lehrt, gelten für eine richtige und gerechte Lösung der Nationalitätenfrage vor allem zwei Gesichtspunkte: die Nationalitätenfrage muß jeweils im Zusammenhang mit der politischen Situation gelöst und ihre Behandlung immer den Interessen des siegreichen Kampfes der Arbeiterklasse und des politischen Fortschritts untergeordnet werden.

Einige dumme deutsche Revanchisten . . . werfen uns manchmal . . . vor, daß die KPČ, die nach der Befreiung eine Politik des Abschubs der Deutschen durchgeführt hat, in der ersten Republik für eine völlige nationale Gleichberechtigung der Deutschen in der Tschechoslowakei gekämpft habe. Da sich die Situation von Grund auf verändert hatte, mußte auch die Politik unserer Partei in der deutschen Frage deswegen verändert werden, weil die Nationalitätenpolitik unserer Partei immer den Interessen der Arbeiterklasse und dem menschlichen Fortschritt diene und dient. Wenn früher die Interessen des Fortschritts und der erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse die nationale Aussöhnung unter allen Nationen im tschechoslowakischen Staat einschließlich der Deutschen erforderte, so änderte sich die Situation in der Frage der Deutschen nach der Zerschlagung unserer Republik und der Bedrohung der Existenz des tschechoslowakischen Volkes durch den Nationalsozialismus, an dem die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der Tschechoslowakei beteiligt war, vom Grund auf.

Die Umsiedlung der deutschen Millionen-Minderheit ging selbstverständlich nicht ohne Schwierigkeiten von sich, besonders für jene, die vom Abschub betroffen waren. Die Notwendigkeit des gesamten Abschubs haben die Deutschen selbst verursacht . . . und daher sind für den Abschub der Deutschen und für alle Schwierigkeiten, die er verursachte, vor allem die Hitlerverbrecher verantwortlich . . .

Die Frage der deutschen Minderheit mußte auf der Grundlage der vollkommen andersgearteten Situationen auch anders als die Frage der magyarschen, ukrainischen und polnischen Minderheit in der ČSSR gelöst werden. Dieser Unterschied tritt auch in den Formulierungen der neuen Verfassung der Republik in Erscheinung . . . Es kann im neuen Verfassungstext keine Bestimmung darüber enthalten sein, was gar nicht existent ist, nämlich über eine deutsche Minderheit in der ČSSR. In unserer Republik gibt es keine deutsche Nationalitätenminderheit als ethnographische Gruppe, sondern es gibt Bürger deutscher Nationalität oder deutscher Herkunft.

Die Gleichberechtigung aller Bürger bezieht sich allerdings auch auf die 160 000 Bürger deutscher Nationalität und dies kann nicht anders sein, weil wir keine Chauvinisten und Rassisten, sondern Anhänger des Marxismus-Leninismus sind.

Gerade deswegen, weil wir keine bourgeoisen Nationalisten sind, sondern proletarische Internationalisten, unterstützt unsere Partei und Regierung bewußt den im Gang befindlichen Prozeß des völligen Zusammenlebens und der Assimilation der restlichen Deutschen in unserer Republik mit dem tschechischen oder slowakischen Volk. Sich gegen diesen Prozeß der freiwilligen Assimilation in dem Bestreben zu stellen — jede deutsche Seele zu erhalten — wäre nichts anderes als Nationalismus und nationale Beschränktheit . . .

Die Umsiedlung der deutschen Minderheit war daher eine einschneidende aber notwendige Lösung für eine gesunde und gerechte Ordnung der Nationalitätenverhältnisse in unserem Staate und für eine Sicherstellung einer erfolgreichen politischen Entwicklung in der befreiten Republik. Diese Lösung hat sich nicht nur für das tschechoslowakische werktätige Volk, sondern auch für die umgesiedelten Deutschen selbst voll bewährt.

Aus dem Kampf um den politischen Charakter unserer Republik wurde das deutsche Bürgertum ausgeschaltet, das . . . eine starke wirtschaftliche Kraft bedeutet hätte . . . Das tschechische und slowakische Volk konnte sich nach dem Abschub der Deutschen ungestört und konsequent mit dem eigenen Bürgertum auseinandersetzen . . . anstelle der abgeschobenen Deutschen haben tschechische und slowakische Menschen das Grenzgebiet besiedelt, eine Aktion, die zu einer Bastion für die von der KPC geführten Bewegung wurde.

Die konsequente und rechtzeitige Lösung des Problems der deutschen Minderheit erwies sich als besonders vorteilhaft in den ruhmreichen Tagen des Februars 1948 . . .

Als proletarische Internationalisten lehnen wir ein Verhalten ab, wie es die bürgerlichen Nationalisten gegen Völker anderer Nationalität praktizieren. Den Bürgern deutscher Nationalität, die bei uns leben . . . halfen wir insbesondere in sprachlicher Hinsicht bei der völligen Eingliederung . . .

Es gibt noch einige ältere Bürger deutscher Nationalität, die die tschechische oder slowakische Sprache nur ungenügend oder überhaupt nicht beherrschen. Für diese Bürger erscheint eine besondere Zeitung ‚Aufbau und Frieden‘ . . . Jener Teil der Bürger deutscher Nationalität, der eine solche Hilfe besonders benötigt, wird von Jahr zu Jahr kleiner, da die Zahl jener Deutscher oder Bürger deutscher Herkunft schnell anwächst, die gut oder in vielen Fällen vollkommen die tschechische oder slowakische Sprache beherrschen und sich mit beiden Völkern der ČSSR, den Tschechen und Slowaken, verschmelzen.

Der Prozeß der Assimilierung von Bürgern eines anderen Volkes mit einem Volk, mit dem es im eigenen Staate lebt, kommt überall in der Welt vor.“<sup>108</sup>

<sup>108</sup> Život Strany. Nr. 16/1960.

Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Wo jeder Wert, jedes Prinzip austauschbar ist, jedem taktischen Zug um die Macht untergeordnet werden kann, da sagen Worte nichts mehr aus. Um des Sieges, um des glücklichen Endzustandes willen, wäre dies alles gerechtfertigt? Das Heil in der Zukunft löscht jede Lüge, jede Gewalttat, jede Gemeinheit der Gegenwart aus? Und außerdem: das alles wäre ein ehernes geschichtliches Gesetz, eine Notwendigkeit, die jeder Verantwortung im Gewissen enthebt?

Wir haben das alles schon einmal gehört. Auch damals galt die Macht allein, auch damals sollte die Zukunft alles rechtfertigen. Wir müssen uns deshalb, bevor wir über die kommunistische Politik gegenüber unserer Volksgruppe urteilen wollen, erst von einer Selbstgerechtigkeit befreien, die den Fehler immer und ausschließlich nur beim anderen sucht. Am Irrtum der Zeit haben wir alle in dieser oder jener Weise teilgenommen. Wir haben nur eines heute voraus: wir haben unseren Götzen schon stürzen sehen.

Der ehemalige nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, Hermann Rauschning, berichtet in seinem Buch „Gespräche mit Hitler“ über eine Tagung nationalsozialistischer Ostpolitiker, die im Sommer 1932 im Braunen Haus in München stattfand. Damals sprach Adolf Hitler die folgenden Worte:

„Wir werden niemals eine große Politik machen ohne einen festen, stahlharten Machtkern im Mittelpunkt. Ein Kern von achtzig oder hundert Millionen geschlossen siedelnder Deutscher. Meine erste Aufgabe wird es daher sein, diesen Kern zu schaffen, der uns nicht nur unbesiegbar macht, sondern ein für alle Mal das entscheidende Übergewicht über alle europäischen Nationen sichern wird . . .

Zu diesem Kern gehört Österreich . . . Es gehört dazu aber auch Böhmen und Mähren, und es gehören dazu die Westgebiete Polens bis an gewisse strategische Grenzen . . . In all diesen Gebieten wohnen heute überwiegend fremde Volksstämme. Und es wird unsere Pflicht sein, wenn wir unser Großreich für alle Zeiten begründen wollen, diese Stämme zu beseitigen. Es besteht kein Grund dagegen, dies nicht zu tun. Unsere Zeit gibt uns die technischen Möglichkeiten, solche Umsiedlungspläne verhältnismäßig leicht durchzuführen . . .

Das böhmisch-mährische Becken, die an Deutschland grenzenden Ostgebiete werden wir durch deutsche Bauern besiedeln. Wir werden die Tschechen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen, wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate anweisen. Die Tschechen müssen heraus aus Mitteleuropa. Solange sie dort sind, werden sie immer ein Herd hussitisch-bolschewistischer Zersetzung sein. Und erst wenn wir dies erreichen können und wollen, bin ich bereit, das abermalige Blutopfer einer ganzen deutschen Jugend zu verantworten. Ist dies aber unser Preis, dann werde ich nicht einen Augenblick zögern, zwei, auch drei Millionen toter Deutscher im Bewußtsein der Schwere des Opfers auf mein Gewissen zu nehmen . . . Es ist das Geheimnis unseres Erfolges, das Lebensgesetz echten Herrentums wieder in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gestellt zu haben . . . Es gibt kein gleiches Recht für alle. Wir werden den Mut haben, dies nicht

bloß zur Maxime unseres Handelns zu machen, sondern uns auch dazu zu bekennen. Nie werde ich daher anderen Völkern das gleiche Recht wie dem deutschen zuerkennen . . .“<sup>109</sup>

Am 23. Juni 1950 unterzeichnete die Regierung der ČSR einen Vertrag mit der DDR, der den Frieden zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk herstellen sollte. Darin steht der Satz, daß die „durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Volksrepublik unabänderlich, gerecht und endgültig“ sei. Was „unabänderlich“ und „endgültig“ im Strom der Geschichte ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. „Gerecht“ aber kommt nicht von „Rache“, sondern von „Recht“. Über das was „gerecht“ ist darf jedoch wohl nur derjenige mitreden, der an diesen über aller Zeit und über allen Zwecken, über allen Völkern und Rassen, Religionen und Weltanschauungen, über allen Einzel-, Klassen- und Nationalinteressen stehenden Wert glaubt und bereit ist, bevor er den anderen verklagt, sich selbst, seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unter diesen Maßstab zu stellen.

---

<sup>109</sup> Rauschnig, H.: Gespräche mit Hitler. Nachgedruckt Zürich 1946, S. 35.